



universität
wien

DIPLOMARBEIT

*„Demokratieförderung und Konfliktlösungen durch den Regelexport
der Europäischen Nachbarschaftspolitik“*

Verfasst von Mag. phil. David Wohlmuth, Bakk. phil.

angestrebter akademischer Grad
Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Jänner 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300
Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft
Betreuerin / Betreuer: Univ.- Doz. Dr. Gernot Stimmer

„Die Qualität der Staatengemeinschaft hängt von der Qualität der sie tragenden Regierungen ab. Der beste Schutz für unsere Sicherheit ist eine Welt verantwortungsvoll geführter demokratischer Staaten. Die geeignetsten Mittel zur Stärkung der Weltordnung sind die Verbreitung einer verantwortungsvollen Staatsführung, die Unterstützung von sozialen und politischen Reformen, die Bekämpfung von Korruption und Machtmissbrauch, die Einführung von Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte. Handelspolitik und Entwicklungspolitik können wirkungsvolle Instrumente zur Förderung von Reformen sein.“

Javier Solana

***Bis 2009 war er Hoher Vertreter der
Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik und
Generalsekretär des Rates.***

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

I. Theoretischer Teil

1. Einleitung.....	9
1.1. Erkenntnisinteresse.....	11
1.2. Begriffsdefinitionen.....	14
<i>1.2.1. externes Regieren.....</i>	<i>14</i>
<i>1.2.2. Außenpolitik.....</i>	<i>15</i>
<i>1.2.3. Konditionalität.....</i>	<i>15</i>
<i>1.2.4. Der Regeltransfer.....</i>	<i>16</i>
1.3. Methodik	18
1.4. Theorien	19
<i>1.4.1. Integrationstheorien.....</i>	<i>19</i>
<i>1.4.2. Der Intergouvernementalismus.....</i>	<i>24</i>
<i>1.4.3. Der Neofunktionalismus.....</i>	<i>25</i>
<i>1.4.4. Der Institutionalismus.....</i>	<i>26</i>
<i>1.4.5. Die Pfadabhängigkeit.....</i>	<i>27</i>
1.5. Arbeitshypothesen.....	28
<i>1.5.1 Rational materialistisch Ansatz</i>	
<i>1.5.2. Und sozialkonstruktivistischer Ansatz</i>	
1.6. Exkurs über eine Europäische Identität.....	32

2.	Die Europäische Nachbarschaftspolitik	34
2.1.	Exkurs über die Entstehung der EU.....	34
2.2.	Die Entstehungsgeschichte der Europäischen Nachbarschaftspolitik.....	36
2.3.	Der Barcelona Prozess.....	38
2.4.	MEDA - <i>Mediterranean Economy Development Agency</i>	42
2.5.	Das Konzept der ENP.....	45
2.5.1.	<i>Finanzierung der Nachbarschaftspolitik</i>	47
2.5.2.	<i>Ziele der Nachbarschaftspolitik</i>	48
2.5.3.	<i>Mechanismen und Instrumente der Nachbarschaftspolitik</i>	51
2.6.	Die Frage der Konditionalität im Zusammenhang mit der ENP.....	53
2.6.1.	<i>Analyse von Konditionalisierungsmaßnahmen</i>	55
2.7.	Die ENP und die Auswirkungen auf die Entwicklungspolitik.....	57
2.8.	Der Aspekt der Menschenrechte in der ENP.....	61

II. Empirischer Teil

3.	Das Funktionieren der europäischen Nachbarschaftspolitik und des Regelexport am Beispiel von Ländern des Mittelmeerraums.....	63
3.1.	Die Europäische Nachbarschaftspolitik mit Israel	65
3.1.1.	<i>Einleitende Betrachtung über den Staat Israel</i>	67
3.1.2.	<i>Vertragsbeziehungen zu Israel</i>	68
3.1.3.	<i>Der Palästinenserkonflikt</i>	69
3.1.4.	<i>Die Wasserproblematik im Nahen Osten</i>	72
3.1.5.	<i>Europäische Konfliktlösungsstrategie in Israel</i>	73

3.2.	Die Europäische Nachbarschaftspolitik mit Marokko	76
3.2.1.	<i>Einleitende Betrachtung über das Königreich Marokko</i>	<i>77</i>
3.2.2.	<i>Vertragsbeziehungen zu Marokko.....</i>	<i>79</i>
3.2.3.	<i>Konflikte in Marokko.....</i>	<i>80</i>
3.2.4.	<i>Konfliktbewältigung und Friedensförderung durch die ENP in Marokko.....</i>	<i>82</i>
4.	Friedensförderung und Krisenbewältigung durch die Nachbarschaftspolitik der Union?	
4.1.	Die ENP und die Frage der Sicherheit.....	84
4.2.	Die ENP und die Handelspolitik.....	86
4.3.	Die ENP und die Frage des Klima- und Umweltschutzes.....	89
4.4.	Die ENP und ihr Krisen und Katastrophenmanagement.....	92
4.5.	Kritik an der Europäischen Nachbarschaftspolitik.....	95
4.6.	Analyse der Beziehungen zwischen der EU und den Mittelmeerstaaten	97
5.	Conclusio	98
6.	Anhang	
	LITERATURVERZEICHNIS.....	101
6.1.	Abstract.....	107
6.2.	Lebenslauf.....	110

Vorwort

Heutzutage hören wir Wörter in der Politik, die wir wahrscheinlich schon sehr oft in unserer Vergangenheit gehört haben und die schon eine gewisse dominante Präsenz in unserer Zeit eingenommen haben. Wörter deren Bedeutungen eine bedeutende Rolle spielen, wie Globalisierung, Entwicklung, Stabilität, Krise oder auch Konflikte.

Die vorliegende Arbeit untersucht die Auswirkungen, der Gestaltungen von Beziehungen auf multilateraler Ebene einer globalen Wirtschaftsunion, der Europäischen Union zu ihren Nachbarländern. Die Union übt in ihrer Nachbarschaftspolitik einen bedeutenden Einfluss auf die zukünftigen Entwicklungen ihrer Nachbarstaaten aus und versteht sich selbst allerdings nicht nur als weltweiter wirtschaftlicher Player, sondern auch als globaler Akteur in der Frage der Sicherheit und der Stabilität.

Bei den Bestrebungen für eine nachhaltige Entwicklung und für den Frieden hat die Union in ihrer aktuellen Europäischen Sicherheitsstrategie die 5 größten Bedrohungen ausgemacht. Darunter fallen der Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, der Zusammenbruch von Staaten, sowie die organisierte Kriminalität.

Wie diesen wichtigen Herausforderungen begegnet wird und wie die EU als ein Motor für Reformen wirken kann, damit beschäftigt sich die vorliegende Arbeit im Rahmen einer genaueren Analyse ihrer Nachbarschaftspolitik.

Da oft wissenschaftliche Arbeiten kompliziert und nicht so leicht verständlich verfasst sind möchte ich an dieser Stelle auch erwähnen, dass es keinen unüberwindbaren Bruch zwischen der Rationalität eines Forschendem und eines nicht Forschendem gibt. Die privilegierte Rolle eines Forschenden resultiert nicht daraus ein Monopol der Vernunft gepachtet zu haben, sondern dadurch, dass er, durch seinen Wissen generierenden Beitrag, Zugang zu mehr als einer Weltansicht schafft. Dafür möchte diese vorliegende Arbeit ebenso dienen um zu einem besseren Dialog zwischen Alltags und Wissenschaftsrationalität beizutragen.

Ich möchte allerdings auch daran erinnern, dass wir als Europäer die Welt nicht durch eine uns eingebildete Überlegenheit und Arroganz heraus betrachten dürfen. Der Gedanke und das Streben, die Welt verbessern zu wollen, ist zwar ehrenhaft und lobenswert, allerdings darf nicht darauf vergessen werden die Auswirkungen der eigenen Maßnahmen zu reflektieren und zu analysieren.

Wieso erwähne ich dies im Rahmen dieser vorliegenden Untersuchung der Europäischen Nachbarschaftspolitik? Zum einen kommt es oft dazu, dass die Welt aus einer bestimmten Sicht heraus betrachtet wird und im Laufe der Zeit eine Homogenisierung dieser Sichtweise sich immer mehr und mehr durchsetzt. Es kann allerdings nicht das Ziel sein, dass die Gegebenheiten unserer Welt nur durch eine dominierende Sichtweise heraus beschrieben wird und Vielfältigkeit, die Vielschichtigkeit und vor allem die Pluralität unterdrückt werden. Zum anderen darf nicht vergessen werden, dass die involvierten politischen Akteure und Entscheidungsträger durch ihre Maßnahmen und Aktionsprogramme das Leben und die Gesellschaft innerhalb und außerhalb der Europäischen Union prägen und aus diesem Grund ist es auch umso wichtiger, dass diese Handlungen reflektiert und deren Auswirkungen auf die jeweilige Gesellschaft und Kulturräume analysiert werden.

Gesetzte Maßnahmen und Programme, die ursprünglich dazu konzipiert wurden Frieden, die Achtung von Menschenrechten und eine verstärkte Demokratisierung in gewissen Ländern herbeizuführen, können allerdings auch erst Spannungen hervorrufen und zu Konflikten führen, die in weiterer Folge eine Instabilität hervorrufen können. Die daraus potenziell entstehenden gewalttätigen Auseinandersetzungen sind dann genau die Reaktionen, die im ursprünglichen Sinne eigentlich vermieden werden hätten sollen.

Aus diesem Grund ist es gerade in der Europäischen Nachbarschaftspolitik umso wichtiger, dass die Auswirkungen von gesetzten Maßnahmen berücksichtigt werden und zu einer verantwortungsbewussten Politik, einer good governance, im Endeffekt führen.

Bevor wir uns allerdings die Frage stellen können, wie die Union es vollbringen kann durch ihre Nachbarschaftspolitik bei der Friedens und Konfliktlösung in bestimmten Ländern einen effektiven Beitrag zu leisten muss zuerst die Frage geklärt werden, wie der Prozess des Regeltransfers im Detail funktioniert.

Die Implementierung von Werten und Normen ist, wie die Vergangenheit schon oft gezeigt hat, relativ einfach mit Mitteln der Gewalt und mit kriegerischen Handlungen durchzusetzen.

Es lässt sich allerdings beobachten, dass die Union eine Strategie verfolgt die versucht Maßnahmen zur Friedenssicherung durchzusetzen, die auf anderen Mitteln basiert als auf denen der militärischen Intervention.

1. Einleitung

Diese Arbeit befasst sich mit der Analyse der Beziehungen, welche die Europäische Union zu ihren Nachbarländern mit ihrer 2003 ins Leben gerufenen Nachbarschaftspolitik pflegt. Die Untersuchung möchte die gesellschaftspolitischen Auswirkungen und Prozesse, die sich im Zuge der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union entwickelt haben, genauer untersuchen, ob diese auch wirkungsvoll im Bezug auf demokratische Entwicklungsprozesse sind. Das Ziel dieser Arbeit ist es durch eine Analyse eine genauere Eruierung zu liefern, wie die Nachbarschaftspolitik der Union in die soziale Welt bestimmter Nachbarländer eingreift und ob die angewendeten Konzepte dazu beitragen Konflikte und gesellschaftliche Problemfelder zu reduzieren, sowie soziale Ungerechtigkeiten in den Nachbarländern zu minimieren.

Um die Komplexität der Europäischen Union, ihrer Instrumente, Institutionen und ihrer Arbeitsweise zu verstehen, müssen vor allem die Tiefenstrukturen offen gelegt und veranschaulicht dargestellt werden. Auch im Hinblick auf die generelle Zukunft der Gemeinschaft müssen die zugrunde liegenden Strukturen der Union klar und offen kommuniziert werden.

Dabei fällt die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und ihre Konditionalisierungsmaßnahmen unter das eigentliche Kernwesen der Union mit ihrer Handlungsweise, die als normative Kraft auf einer „soft power“ Strategie und nicht auf militärischen Kräften basiert. Die friedfertige Zusammenarbeit, vor allem durch die wirtschaftliche Integration steht bei dieser Strategie im Mittelpunkt und hat sich insofern bewährt, als dass sie in Europa dazu beigetragen hat, dass die Mitgliedstaaten bis zum heutigen Tage seit dem 2ten Weltkrieg sich zueinander im Großen und Ganzen friedfertig verhalten haben.

Kann diese Politik nun auch in den außereuropäischen und externen Beziehungen angewandt werden und ebenso zum gewünschten Erfolg führen? Unter welchen Bedingungen und unter welchen Umständen kann dies geschehen? Und wann hat diese Politikform, die auf normativen Funktionen und spill over Effekt basierende Transferierung keine Wirkung?

Durch die vorliegende Arbeit können wir vielleicht besser verstehen woraus sich die Europäische Nachbarschaftspolitik konstituiert und wie ihr Konzept sinnvoll eingesetzt werden kann und vor allem, wo sie auf ihre Grenzen stößt. Dies ist insofern relevant, da durch ein besseres verstehen der Europäischen Nachbarschaftspolitik das Problem der zu hohen Erwartungen an die Problemlösungskompetenz der europäischen Institutionen minimiert werden können. Einerseits sind die Erwartungen an die EU sehr hoch, vor allem was die Lösungskompetenzen anbelangt, andererseits stehen nur sehr eingeschränkte politische Instrumente zur Verfügung. Diese Diskrepanz wurde schon von Christopher Hill im Jahre 1993 als *capability expectations gap* bezeichnet. Dabei hat die Europäische Union durch den Regelexport ein Gewicht in ihrer Außenpolitik gesetzt, welches in dieser vorliegenden Arbeit genauer beleuchtet wird. Die EU verfolgt das primäre Ziel der Stabilisierung ihrer Außengrenzen und betreibt dabei die Schaffung einer erweiterten Handlungszone für die europäische Kommission um neue Märkte zu erreichen.

Einige beschreiben das Verhalten der EU schon als jenes eines Imperiums, zum Beispiel Münkler wenn er meint:

„ ...ein solches Europa wird nicht umhin kommen, selbst imperiale Merkmale zu übernehmen und imperiale Fähigkeiten zu entwickeln und wenn man genau hinsieht, hat es damit bereits begonnen...“¹

Nachdem die Methodik und Herangehensweisen beschrieben werden, soll auf die Theorien näher eingegangen werden, die den internationalen Beziehungen und Interaktionsformen der Außenpolitik zugrunde liegen.

Im Anschluss an den theoretischen Teil wird die Nachbarschaftspolitik näher beschrieben, sowie auf deren Mechanismen und Instrumente eingegangen, um die Anreize die für oder gegen diesen Politikprozess sprechen zu erläutern. Weiters wird auf die Wirtschaftsbeziehungen der Union mit ihren Drittstaaten eingegangen um die Nachbarschaftspolitik in das größere Politikfeld einzubetten.

¹ vgl. Münkler 2005, S. 9

Dabei sollen die Mechanismen und Instrumente aufgezeigt werden, die Anreize dazu liefern Konflikte innerhalb der Drittstaaten zu lösen. Inwiefern diese Maßnahmen wirklich effektiv greifen oder ob sie im Zusammenhang mit der ENP keinerlei Relevanz besitzen, beziehungsweise überhaupt keinen Einfluss auf eine Friedenspolitik haben, ist eine der Hauptfragen, mit denen sich diese Arbeit beschäftigt.

Die Arbeit legt ebenso einen Fokus auf die Frage der Effektivität der Nachbarschaftspolitik im Bezug auf ihr Konfliktlösungspotenziale im Bezug auf regionale Krisen und der Unterstützung des dortigen Konfliktmanagement durch den Regeltransfer und externes Regieren. Dabei werden die Rahmenbedingungen dieser Politik ebenso beleuchtet, wie die unterschiedlichen Gegebenheiten der jeweiligen Nachbarstaaten. Diese werden dann im Zusammenhang mit Demokratieförderung und Entwicklungsförderung betrachtet. Dabei wird die Frage gestellt ob die ENP ein effektives und hilfreiches Instrument bei der Schaffung von demokratischen Systemen ist und wie sie dabei vorgeht in den jeweiligen Nachbarstaaten diese humanitären Ziele voranzutreiben. Dabei wird auch die Frage behandelt, inwieweit externe Faktoren überhaupt einen Einfluss auf die Entwicklung von Gesellschaften souveräner Drittstaaten haben können.

1.1 Erkenntnisinteresse

Das wissenschaftliche Interesse dieser Arbeit geht der Frage nach, inwiefern die Europäischen Union durch ihre Nachbarschaftspolitik, nicht nur ihre eigenen Regeln erfolgreich an Drittstaaten exportieren kann, sondern wie die Nachbarschaftspolitik bei der Bewältigung von Konflikten, Krisen und dauerhaften Problemen erfolgreich eingesetzt werden kann um diese zu lösen oder zu minimieren. Die interpretative Sozialforschung ist im Zuge dessen für diese Arbeit von großer

Bedeutung, da durch sie die vielseitigen Aspekte und Einflussfaktoren aufgezeigt werden können. Im Vergleich zu der Untersuchung von Kausalzusammenhängen, wie es oft in der Naturwissenschaft der Fall ist, vermag die interpretative Sozialforschung eine Betrachtung zu liefern, die „sowohl als auch“ Aspekte bei der Analyse zulässt. Diese Betrachtungsweise ist besser für eine Analyse der Thematik geeignet als eine positivistische Analyse die Objektivität zu generieren versucht, indem sie einer „entweder oder“ Fragestellung nachzugehen versucht. Die Europäische Union ist zunächst einmal in politischer und ideologischer Hinsicht eine Idee einer regionalen Staatengemeinschaft. Darüber hinaus ist sie ein komplexes Projekt eines Staatenverbundes mit mehr als einer halben Milliarde Menschen, das durch seine Vielschichtigkeit geprägt ist. Der Multikulturalismus innerhalb der Gesellschaft und innerhalb der Europäischen Union findet sein Pendant in der Wissenschaft in der Postmoderne, welche das gleiche Ziel anstrebt, das auch die Union in ihren konstitutiven Elementen vertritt, nämlich die Vielfalt nebeneinander stehen zu lassen. Dieses Credo wird auch in der vorliegenden Arbeit verfolgt, welche dazu beitragen soll die vielschichtigen Aspekte und Betrachtungsweisen einer lösungsorientierten Nachbarschaftspolitik aufzuzeigen und zu analysieren.

Weiters soll der Frage nachgegangen werden wie die Union Konflikte außerhalb ihrer Grenzen verhindern möchte um auch die Stabilität für sich zu gewährleisten. Wie lässt sich die Diskrepanz zwischen der Einforderung von Werten und Normen gegenüber Nachbarstaaten und gegenüber dem EU Binnenraum erklären?²

Das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse ist die Untersuchung der Einflussfaktoren und Auswirkungen der europäischen Nachbarschaftspolitik auf Länder, bei denen nicht durch eine komplette Beitrittsperspektive ein Anreiz für eine Übernahme von Regeln gegeben ist. Welche Gründe haben diese Länder einen Regeltransfer zuzulassen und wie genau funktioniert dieser Prozess?

² Beispielsweise sind die Menschenrechte in der Nachbarschaftspolitik der Union ein Thema, jedoch hat die EU selbst ein Problem mit dem Schutz und der Gewährung von Minderheitenrechten innerhalb ihrer Mitgliedstaaten. Ein Argument, welches innerhalb der Menschenrechtsdebatte gerne von China als Gegenargument verwendet wird.

Hinter dieser Frage steht auch das Interesse herauszufinden, inwiefern die normative Kraft durch die Werte und Regeln der Europäischen Union gepaart mit ihrer Handelsaußenpolitik dazu führen kann, die sozialen Ungleichheiten und Krisen an der Peripherie der Union zu bewältigen. Welche Rolle spielt die ENP bei einer Analyse von Reformprozessen in Drittstaaten? Inwiefern hat die Europäische Nachbarschaftspolitik Auswirkungen bei der Übernahme von Regelwerken auf Drittstaaten? Die Antwort auf diese Frage, lässt sich teilweise aufgrund der Bilateralität der Nachbarschaftspolitik erklären. Da die ENP mit ihren Aktionsplänen und jährlichen Berichten über ein bilaterales Verhältnis zu dem jeweiligen Partnerschaftsstaat verfügt, eignet sie sich auch besser zur Untersuchung von nationalen Reformprozessen.

Dabei gilt es aber auch zu hinterfragen, warum Drittstaaten die Regeln der Union übernehmen und wie dieser Prozess in Erscheinung tritt. In welchen Fällen ist die ENP erfolgreich, wenn es um die Erreichung von humanitären Zielen geht und einer effektiven Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den jeweiligen Drittstaaten. Kann die EU mittels softpower Mechanismen dazu beitragen gewalttätige Auseinandersetzungen zu lösen und kann das Friedensmodell der Europäischen Union auch außerhalb seiner Grenzen funktionieren? Welche Ideologie wird dabei im Grunde genommen transferiert?

1.2 Begriffsdefinitionen

Da die Union aufgrund ihrer Konstellation durch souveräne Mitgliedsstaaten nicht über eine einheitliche Außenpolitik verfügt, setzt sie auf ein Mittel, welches sie seit Beginn ihrer Entstehung ständig verwendet hat: den Export von Regeln.

1.2.1 Externes Regieren

Die Europäische Union reproduziert sich außerhalb ihrer national definierten Grenzen wieder.³ Sie verwendet in ihren Beziehungen zu ihren Nachbarschaftsländern jene Regeln und Strategien, die sie auch im Inneren anwendet.⁴ Der Export von Regeln und dem Eingriff in die Institutionen von Nachbarstaaten der Union, was einen Eingriff in deren sozialen Räume bedeutet und somit das Leben der Menschen in den Nachbarsländern mit beeinflusst, kann als *externes* Regieren bezeichnet werden.⁵ Externes Regieren ist also im Unterschied zu einer außenpolitischen Maßnahme das Initiieren eines Prozesses um das soziale Leben in einem Drittstaat zu beeinflussen.

³ Vgl. Vogler und Bretherton: 1999, S. 249

⁴ vgl. Bicchi 2006 "our size fits all"

⁵ Vgl. Stefan Hofer, *Energiesicherheit durch Regelexport und Sandra Lavenex*, 2004, S. 683

1.2.2 Außenpolitik

Außenpolitik ist die Summe der offiziellen Beziehungen eines unabhängigen Staates der innerhalb der internationalen Beziehungen zu anderen externen Akteuren gepflegt werden.⁶ Dabei beinhaltet diese Definition nicht den Versuch die Regeln eines Drittstaates zu verändern. Es existiert jedoch allerdings auch eine andere Definition von Außenpolitik, die sie als Versuch von Regierungen begreift, um Ereignisse außerhalb der nationalen Grenzen zu beeinflussen.⁷ Dabei ist der Unterschied zu externem Regieren deutlich erkennbar, nämlich dadurch, dass es sich bei dieser Definition von Außenpolitik darum handelt singuläre Ereignisse zu beeinflussen, im Unterschied zum externen Regieren, welches versucht die Regeln zu ändern, aus denen die Gesellschaften von Drittstaaten konstituiert werden.

1.2.3 Konditionalität

Der Begriff der Konditionalität kommt ursprünglich aus dem Lateinischen und bezeichnet eine Bedingung. Im Rahmen dieser Arbeit wird von politischer Konditionalität und im Kontext von Entwicklungszusammenarbeit gesprochen, wobei dabei auch Auflagen gemeint werden die einem Empfänger auferlegt werden um Entwicklungshilfe zu bekommen.

Die politische Konditionalität bestimmt unter welchen Bedingungen ein Zielland eine Unterstützung erhalten soll. Sie setzt die Rahmenbedingungen fest, und legt ihren Fokus auf deren Einhaltung. Als Beispiel kann die Einhaltung der Menschenrechte herangezogen werden,

⁶ vgl. Christopher Hill 2003, 3

⁷ vgl. Ian Manners und Richard Whitman, 2000

da Länder, die nicht gegen diese oder andere Rahmenbedingungen verstoßen, finanzielle Entwicklungshilfe erhalten oder auch in anderen Formen bevorzugt werden.

1.2.4 Regeltransfer

Innerhalb der Europäischen Union wird der Regeltransfer auch als Europäisierung bezeichnet. Er beschreibt den Einfluss von Politik und Institutionen der Union auf die Politik und die Institutionen der Mitgliedstaaten.

Dabei entstehen Anpassungstendenzen und ein Harmonisierungsdruck.⁸ In diesem Zusammenhang wird auch oft von Integration gesprochen oder der Begriff der Europäisierung verwendet. Wobei es zwischen den internen Anpassungsprozessen innerhalb der Union und dem Prozess der Ausweitung europäischer Regeln und deren Anwendungen in Drittstaaten zu unterscheiden gilt. Letzteres liegt dieser Arbeit zugrunde und wurde von Olsen folgendermaßen definiert:

„Europeanization has been understood as the spread of forms of life and production, habits of drinking and eating, religion, language, and political principles, institutions and identities typical of Europe and unknown to the rest of the world beyond European territory“⁹

Europäisierung, die eher das aktive Aufnehmen von Regeln durch den Drittstaat beschreibt und externes Regieren, bei dem die Union aktiven Regeltransfer betreibt, gehören beide zu dem Begriff des Regel und Politiktransfers. Darunter versteht sich ein Prozess, der dazu dient, Ideen, Institutionen und Regeln in einem politischen System über die institutionellen Strukturen der

⁸ vgl. Mény 1996, Börzel und Risse 2000, Cowles Green 2001, Knill und Lenschow 2011, Featherstone Radaelli 2003, Tonra 2001

⁹ Vgl. Olsen 2002, S 937

Europäischen Union in einem anderen politischen System zu verändern. Dabei haben Dolowitz und Marsh folgende Definition von Politiktransfer beschrieben:

„a process by which ideas, policy, administrative arrangements or institutions in one political setting influence policy development in another political setting, mediated by the institutional system of the EU“¹⁰

Das die EU und auch andere Akteure versuchen die Politik außerhalb ihrer Grenzen zu beeinflussen ist kein neues Phänomen. Neu ist allerdings, dass es sich hier um einen institutionalisierten Apparat handelt, der aus Brüssel aus versucht den Regeltransfer in den Drittstaaten voranzutreiben und diese Politik auf Dauer in diesen Staaten zu implementieren. Die Frage, die sich im Zuge dieser Arbeit stellt ist, wie trägt dieser Prozess dazu bei Konflikte und Probleme der Menschen in diesen Ländern zu lösen. Dabei kommt man um die Frage nicht herum, wie die Europäische Nachbarschaftspolitik eigentlich konstituiert ist, woher sie ursprünglich kommt und wer die handlungstreibenden Akteure sind. Was sind ihre eigentlichen Zielsetzungen? Und welcher Gedanke, beziehungsweise welches Bestreben steht hinter dieser Politik? Weiters gilt es im Rahmen dieser Arbeit zu beantworten was denn die Zielländer dazu bewegt, mit der Union eine gemeinsame Nachbarschaftspolitik zu betreiben. Aus welchen Gründen übernehmen Staaten die Regeln, Normen und Werte der Europäischen Union und welche Bedeutung hat dies für die Entwicklung dieser Länder und für die Union?

Im Folgenden wird auf die Methodik und die Herangehensweise detaillierter eingegangen um im Anschluss daran die im Zusammenhang mit dieser Thematik stehenden Theorien näher zu beschreiben.

¹⁰ vgl. Dolowitz und Marsh 2000, S. 344

1.3 Methodik

Die komparative Methode ist im Rahmen dieser Arbeit besonders gut geeignet, da sie sich mit den innerhalb der Nachbarschaftspolitik relevanten Bereichen zwischen den verschiedenen Systemen befasst und auch für Fragen über die Dialektik zwischen Zentrum und Peripherie interessante Erklärungsansätze liefern kann. Forschen ist nach Lueger immer auch ein Vergleichen.¹¹ Auch in der Entwicklungsforschung und in der Länderforschung findet die komparative Methode Anwendung. Daher ist sie gerade für unsere Fragestellung besonders gut geeignet.¹² Um die Wirkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu beschreiben eignet sich die vergleichende Methode um Übereinstimmungen und Unterschiedlichkeiten in den Auswirkungen Europäischer Nachbarschaftspolitik erkennbar zu machen und zu analysieren.

Durch die, im Rahmen dieser Untersuchung ausgewählten mediterranen Staaten, Israel und Marokko, zu denen die Europäische Union eine Beziehung im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik pflegt, können Beispiele geliefert werden, die uns Erklärungen über die tatsächlichen Implementierungen von europäischen Regeltransferprozessen auf die jeweiligen sozialen Gesellschaften aufzeigen.

Die Auswahlkriterien ergaben sich aufgrund der forschungsleitenden Fragestellung. Die Beispielländer müssen über eine regelmäßige und aktive Beziehung zur EU verfügen und sie müssen von Krisen und regionalen Konflikten geprägt sein. Dadurch können wir schließlich analysieren, ob die Europäische Nachbarschaftspolitik tatsächlich über Potenziale durch soft power Mechanismen und institutional building verfügt, die es schafft den Friedensprozess in den jeweiligen Nachbarländern durchzusetzen.

¹¹ vgl. Novy, Andreas: 2002. *Entwicklung Gestalten*, S. 39

¹² Vgl. Braudel 1986 – *Analyse des Kapitalismus im Bezug zur Peripherie von Ballungsräumen*.

1.4 Theorien der Nachbarschaftspolitik und der Europäischen Union

1.4.1 Integrationstheorien

Als Europa noch von einem Ost – West Geplänkels eines imperialistischen Konkurrenzgedanken zwischen den verschiedenen Großmächten dominiert war, war es die sowjetische Ökonomin M. Maximowa die betonte, dass die ökonomische und politische Integration in entwickelte kapitalistische und sozialistische Gesellschaften durch gesetzmäßige Charaktereigenschaften bestimmt werden würde.¹³ Dieter Klein identifizierte dies ebenso durch den Prozess der Internationalisierung der imperialistischen Produktionsverhältnisse durch die Bildung von neuen Eigentumsstrukturen und durch die Entstehung von supranationalen Lenkungssystemen.¹⁴ Damit spielte er damals auf die Institutionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an.

Die neofunktionalistische Integrationstheorie, die von einem gesetzesmäßigen „spill over“ Effekt sprach und von der Marktintegration bis hin zur politischen Integration führen sollte, geriet in Erklärungsnot von der sie sich bis heute nicht gänzlich befreien konnte.¹⁵

Als Beispiel für ein weiteres Überschätzen der Integration kann aus der gemeinsamen Zollunion abgeleitet werden. Sie galt als erste Stufe der Marktintegration und konnte bis in die 70er Jahre erfolgreich umgesetzt werden, da die Staaten noch über die Möglichkeit verfügten auf unterschiedliche Wettbewerbspositionen mit Wechselkurskorrekturen zu reagieren. In der heutigen gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion gibt es diese Möglichkeit für die Staaten nicht mehr. Dies erklärt auch die gegenwärtige Krise der Europäischen Union¹⁶ und den

¹³ vgl. S. Hans Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber – Die Konfiguration Europas - Zum Wandel kritischer Integrationstheorien. 333

¹⁴ vgl. Dieter Klein, 1965

¹⁵ vgl. Ziebura 1973, S. 311

¹⁶ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,677118,00.html>, zuletzt abgerufen am 4.Sept. 2011

Wunsch mancher europäischer Politiker nach einer starken Wirtschaftsregierung.¹⁷ Es handelt sich hierbei nämlich um ein strukturelles Problem, da bei dem Fortbestehen der ungleichen Entwicklungen der unterschiedlichen nationalen Volkswirtschaften, und bei fehlenden Regulierungsmechanismen der Mitgliedsstaaten, der Ruf nach einer konzentrierten und imperialen Führungsmacht zur Durchsetzung von Maßnahmen immer lauter wird. Diese Machtkonstellation existiert allerdings in der heutigen Union nicht und wurde nun von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy vorgeschlagen. Dieser deutsch-französische Vorschlag stieß allerdings nicht nur bei der Mehrheit der europäischen Politikern auf eine breiten Ablehnung, sondern auch bei einem überwiegenden Teil der europäischen Bevölkerung. Jose Manuel Baroso reagierte darauf mit der Aussage, dass Europa nicht noch mehr Regierungen brauchen würde.

Wohin die politische und die wirtschaftliche Integration tatsächlich im Endeffekt führen wird, ist auch eine Frage mit der sich Nicos Poulantzas beschäftigte. Er befasste sich mit der Frage wie durch die Internationalisierung die Beziehungen zwischen den Nationalstaaten verändert werden. Dabei ist ein von Antonio Gramsci geprägtes Zitat besonders interessant:

„die imperialistischen Staaten nehmen nicht nur die Interessen ihrer inneren Bourgeoisien wahr, sondern gleichfalls die Interessen des herrschenden imperialistischen Kapitals und die anderer imperialistischer Kapitale, wie sie innerhalb des Internationalisierungsprozesses verbunden sind.“¹⁸

Wieso ist eigentlich die Integrationstheorie im Zusammenhang mit der Europäischen Union zu verstehen? Darauf antwortet Beate Kohler Koch, indem sie schreibt:

„...die durch die Integration bewirkten Veränderungen staatlichen Handelns... ein zunehmend beachtetes Untersuchungsfeld sowohl in der vergleichenden Untersuchung politischer Systeme als auch in der Policy Forschung geworden. Die Eigentümlichkeit

¹⁷ <http://www.fr-online.de/wirtschaft/kommt-eine-eu-wirtschaftsregierung-/1472780/2837102/-/index.html>, zuletzt abgerufen am 4. Sept. 2011

¹⁸ Nicos Poulantzas 1975, Seite 68

*politischer Institutionen, politischer Prozesse und Politikinhalt und deren Veränderungen lässt sich weder bezogen auf einzelne Mitgliedsstaaten noch in internationalen vergleichenden Perspektiven ohne Reflexion auf den EU Kontext untersuchen.*¹⁹

Die wirtschaftliche Integration, die einer politischen Integration vorausgehen sollte, war im Grunde ein Paradigmenwechsel der herrschenden Eliten und betraf in erster Linie die Wirtschaft und Sozialpolitik eines Landes. Dabei wurde nicht nur auf politischer Ebene der Keynesianismus als makroökonomisches Fundament für eine Regulierung der Arbeitslosigkeit außer Kraft gesetzt, sondern er wurde auch immer weniger auf wissenschaftlicher Ebene verbreitet. Dabei läßt die Entwicklung der Erwerbsquote innerhalb der Union erkennen, dass die Maßnahmen des eingebetteten Liberalismus, selbst bei einer Dynamisierung der Marktkräfte und bei einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zwar zu einer Entlastung der Staatstätigkeit führen aber nicht zur Lösung der mit der steigenden Arbeitslosigkeit wachsenden Problemstellungen. Daher steht diese Politik nicht nur innerhalb der EU, sondern auch außerhalb, vor einer wachsenden Problematik, der sich schon in einigen Ländern zu einem sozialen Sprengstoff umgewandelt hat.²⁰

Ihre Rechtfertigung und ihre Selbstlegitimation beschreibt Ziltener mit folgenden Worten:

„...Reaktion auf die Erfahrung des Ungenügens nationaler Räume und Ressourcen, um den ökonomischen und politisch-militärischen Herausforderungen im Weltsystem zu begegnen und um, damit zusammenhängend, die nationalen Gesellschaften zu modernisieren.“

¹⁹ Jachtenfuchs und Kohler Koch, 1996, Seite 20

²⁰ vgl. In diesem Zusammenhang Anthony Giddens, 1995, Seite. 73: “Vollbeschäftigung ist in den meisten Ländern des Westens eine weit zurückliegende Erinnerung und die wohlfahrtstaatlichen Systeme, die man für stabil hielt, erscheinen als außerordentlich fragil.”

Weiters führt er fort, dass Integration

„Als eine, die nationale Staatlichkeit komplementierende Ebene die europäische Ebene den Nationalstaat stärke, sie schwächte ihn nicht.“²¹

Dieser Ansicht nach könnten staatliche und auch keynesianische Beschäftigungsmodelle trotz fortschreitender europäischer Integration ko-existieren und wäre grundlegend möglich.

Dies stimme ja sogar mit den propagierten Zielen der Nachbarschaftspolitik überein und sei, da sie die Nachbarstaaten als Partner betrachte eher umsetzbar, da diese Politik auf der Konsensfähigkeit beider Partner beruhe.

Nichtsdestotrotz und auch wenn diese Erklärungen im Sinne einer „guten“ Nachbarschaftspolitik ausgesprochen werden, kann nicht geleugnet werden, dass bereits die nationalen Regierungen durch die Folge der Liberalisierung der Finanzmärkte einen Teil ihrer Souveränitätsansprüche bereits einbüßen mussten. Selbst bei einer unterstützenden Politik durch die Union, um die den Staat bei den Verknüpfungsverhältnisse im Mehrebenensystem europäischer Politik zu helfen, bleibt die Europäische Integration nicht unberührt von nationalen Restrukturierungen, Internationalisierungen und Transnationalisierungsprozessen durch die Globalisierung. Seit der Realisierung des Binnenmarktprojektes und durch die Gemeinsame Wirtschafts und Währungsunion hat der Integrationsprozess mehr und mehr begonnen auf die Gesellschaften der Staaten einzuwirken.

Um die Veränderung von Staatlichkeit zu erklären fragt die kritische Integrationstheorie nach den Aspekten die zu einer Denationalisierung beigetragen haben und analysiert hegemoniale Integrationsprojekte. Weiters stellt sie die Frage wie sich der Integrationsprozess in bestimmten Bereichen, wie den wirtschaftlichen oder politischen Bereichen auf andere Gebiete auswirken wird. In diesem Zusammenhang stehen die Debatten um eine eigenständige europäische Sicherheitspolitik und eine wirtschaftliche Stabilisierung mit einer sozialen Integration. Es

²¹ Vgl. Ziltener 1999, Seite. 124

finden sich auch schon viele Stimmen die auf europäischer Ebene eine Sozialunion und ein europäisches Sozialmodell einfordern um die Krisen der Nationalstaaten (zb. Der Massenarbeitslosigkeit) entgegenzuwirken.²²

²² vgl. Lee 2000, siehe auch Hans Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber – Die Konfiguration Europas - Zum Wandel kritischer Integrationstheorien. S.345

1.4.2 Intergouvernementalismus nach Stanley Hoffman

Im Mittelpunkt stehen bei dieser Theorie nationale Interessen und zwischenstaatliche Aushandlungsprozesse. Wichtig ist die Beibehaltung nationalstaatlicher Souveränität auch nach beispielsweise einem Beitritt zu einer Staatengemeinschaft. Die Zentralen Akteure des Integrationsprozesses sind hier die Nationalstaaten, welche durch die europäische Integration nicht geschwächt, sondern gestärkt werden. Hier werden Integrationsfortschritte als Resultat zwischenstaatlicher Verhandlungsprozedere verstanden. In diesen Verhandlungen artikulieren die Mitgliedstaaten ihre Interessen und Vorlieben und fixieren institutionell die ausgehandelten Ergebnisse. Die intergouvernementalistischen Erklärungsansätze verstehen Integration immer als eine rein begrenzte Vereinbarung zwischen souveränen Nationalstaaten. Weiters wird das nationale Interesse durch geopolitische Macht und Sicherheitsinteressen geprägt. Hier resultiert die Verhandlungsmacht eines Staates aus den allgemeinen Machtressourcen des Staates als Ganzes.

Der klassische Intergouvernementalismus wurde um den liberalen Intergouvernementalismus, nach Andrew Moravicsik, erweitert. Auf internationaler Ebene sind hier die Staaten einheitliche Akteure, hingegen auf nationaler Ebene abhängig von nationalen Interessen. Das nationale Interesse ist ökonomisch definiert und variiert von Sektor zu Sektor.

Im Unterschied zum klassischen Intergouvernementalismus resultiert die Verhandlungsmacht eines Staates nicht aus den allgemeinen Machtressourcen des Staates als Ganzes, sondern aus sektorspezifischen Machtressourcen.

Beide theoretischen Ansätze weisen allerdings Schwächen bei der Erklärung der EU Erweiterung auf. So hat der klassische Intergouvernementalismus Probleme mit der Erklärung der Erweiterung und Vertiefung, denn dieser Ansatz ist nur in der Lage den politischen Integrationsprozess zu erklären. Hingegen ist der liberale Intergouvernementalismus nur in der Lage den ökonomischen Integrationsprozess zu erklären und hat somit Probleme mit der Erklärung der Rechtsintegration, welche jedoch für diese Arbeit von entscheidender Relevanz ist. Weiters kommen hierbei auch den supranationalen Organisationen und den jeweiligen

Regulationsstrukturen eine eher untergeordnete Rolle zu. Die rasche Erweiterung und die Öffnung von neuen Handelszonen kann auch nicht ausschließlich durch die Interessen und Strategien der einzelnen Nationalstaaten erklärt werden.

Aus diesem Grund müssen wir den Neofunktionalismus als theoretische Grundlage dieser Arbeit hinzuziehen und ebenso genauer betrachten.

1.4.3 Der Neofunktionalismus nach Ernst B. Haas

Als Voraussetzung greift dieser theoretische Ansatz die internationale Arbeitsteilung in einer fortschreitenden pluralistischen Gesellschaft mit zahlreichen Interessensgruppen auf. Als die zentralen Akteure werden auf der einen Seite nationale und internationale Interessensgruppen und auf der anderen Seite supranationale Institutionen betrachtet. Das Hauptaugenmerk wird hierbei auf eine technische Zusammenarbeit, eine richtige und vorhandene Koordinations- und Kooperationsbereitschaft, sowie auf eine Reihe von Sozialisations- und Lernprozessen gelegt.

Hauptziele des Neofunktionalismus sind zum einen die Interdependenzbewältigung und zum anderen das Suchen nach gemeinsamen Problemlösungen und drittens die Einhegung des Nationalstaates durch eine neue politische Gemeinschaft.²³

Ausgangspunkt des Neofunktionalismus ist hinsichtlich der europäischen Integration und des EU Regeltransfers die Annahme, dass eine erfolgreiche Kooperation in einem Bereich, wie zum Beispiel die Entstehungsgeschichte der Europäischen Union in dem Bereich der Kohle und Stahlindustrie gezeigt hat, die politische Zusammenarbeit in anderen Bereichen begünstigt und erleichtert. Dieses Phänomen wird als „spill over“ Effekt bezeichnet. Dadurch können Fortschritte der Integration in verschiedenen Bereichen geklärt werden. Die Weiterentwicklung der europäischen Integration ist nicht nur eine wirtschaftliche oder eine technische Erweiterung, sondern innerhalb des Neofunktionalismus finden auch wirtschaftssoziologische Ansätze

²³ vgl. HP von Dr. Josef Melchior: der europäische Integrationsprozess und die EU – VP SoSe 2006, zuletzt abgerufen im September 2011.

Einklang, die die Einbindung von institutionalistischen und supranationalen Akteuren erklären können.²⁴

1.4.4 Der Institutionalismus

Dieser Ansatz betrachtet den EU Regeltransferprozess und die Nachbarschaftspolitik nicht nur durch externe Faktoren, sondern schreibt den bestehenden und beteiligten Institutionen einen bedeutenden Stellenwert hinsichtlich der Klärung von Integrationsprozessen zu. Beispielsweise kann der rasche Verlauf der EU Erweiterung und auch die relativ schnelle Abwicklung der Beitrittsverhandlungen bestimmter Länder durch diesen Ansatz, sowie durch die Strategien der europäischen Kommission erklärt werden.

In den Mittelpunkt dieses theoretischen Ansatzes rücken Regulationsstrukturen, Politiknetzwerke, sowie Akteure und Eliten auf europäischer Ebene. Auch der historische Institutionalismus richtet seine Aufmerksamkeit auf die schrittweise Einbindung der Mitgliedsstaaten und der privilegierten Partnerländer in ein Geflecht supranationalistischer Regelungen. Somit wird die Verselbstständigung der Institutionen gegenüber den Nationalstaaten zum Thema.²⁵

²⁴ vgl Martin Heidenreich: die fünfte EU Erweiterung auf der Zielgeraden

²⁵ vgl. Martin heidenreich die fünfte EU Erweiterung auf der Zielgeraden Okt. 2003 S.7

1.4.5 Pfadabhängigkeit

Pierson erklärt das Modell der Pfadabhängigkeit, „path dependency“ durch den Einfluss vergangener Entscheidungen auf gegenwärtige Entscheidungsprozesse. Pfadabhängigkeit bedeutet seiner Definition nach, dass Entscheidungen aus der Vergangenheit die Entscheidungen aus der Gegenwart beeinflussen und auch einschränken können.²⁶ Dazu muss allerdings noch erwähnt werden, dass der Entscheidungsprozess auch vom Lernprozess und Adaptionprozess abhängt.

„Learning ist the application of insights about casual relationships from past behavior to solve new problems.“²⁷

Die Europäische Nachbarschaftspolitik liefert ein gutes Beispiel dafür, wie der Lern und Adaptionprozess auf institutioneller Ebene funktioniert. Im Folgenden Kapitel soll daher auf die Europäische Nachbarschaftspolitik eingegangen werden.

²⁶ Model der Pfadabhängigkeit – Paul Pierson 2004 – Seite 202 und 204 – Stephan Hofer Seite 149

²⁷ vgl. Day and Growes, 1975; March und Olsen, 1989; zit. Aus Judith Kelley: New Wine in Old Wineskins: Promoting Political Reforms through the New European Neighbourhood Policy, 2006

1.5 Arbeitshypothesen

Die vorliegende Untersuchung basiert auf zwei unterschiedlichen Annahmen, nämlich der rationalistischen Perspektive, die durch ihre lange Tradition in der sozialwissenschaftlichen Forschung geprägt ist und der jüngeren sozialkonstruktivistischen normativen Annahme. Hinter den sozialkonstruktivistischen Theorien steckt der Grundgedanke, dass die Wirklichkeit sozial konstruiert ist und dass das internationale System nicht nur durch die Verteilung materieller Ressourcen bestimmt ist.²⁸

Im Hinblick auf die, im Zuge dieser Arbeit aufgeworfene Fragestellung ergeben sich daraus folgende Hypothesen:

Hypothese 1: Die Regeln der Europäischen Union werden eher in den Ländern implementiert, in denen eine starke Identifizierung und eine hohe Sympathie innerhalb der Bevölkerung mit der EU vorherrschend ist, als in jenen Ländern in denen eine starke Skepsis gegenüber der Union besteht.

Bei dieser Hypothese wird davon ausgegangen, dass die Akteure bei ihren Entscheidungen vorübergehend durch Normen und Werte geprägt sind, die sie in der jeweiligen Gegebenheit als angebracht gelten. Oder wenn innerhalb der Gesellschaft eine hohe Sympathie gegeben ist und aufgrunddessen die Bereitschaft hoch ist und somit der Aufwand bei der Einführung neuer politischer Veränderungen relativ gering ist. Dabei soll allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass sich politische Entscheidungsträger an materiellen Interessen orientieren. Es wird hier nur nach der Priorität gefragt, nämlich dass die materiellen Interessen im Vergleich zu Identität, Werten und Normen relativ unbedeutend sind, wenn es um bestimmte politische Entscheidungen geht.²⁹ Bei dieser Hypothese dominieren Überzeugungen und Einstellungen, die die Akteure in ihren Handlungen dazu bewegen Reformen eventuell anzustreben oder es nicht zu tun.

²⁸ vgl. Wendt 1999

²⁹ Vgl. March/Olsen 1998, S. 951, "the pursuit of purpose, is associated with identities more than with interests, and with the selection of rules more than with individual rational expectations

Die in den jeweiligen Ländern vorhandenen Identitäten und Gewohnheiten, sowie die Regeln und Normen der kulturellen Wertesysteme stellen eine starke und einflussvolle Grundlage für das Handeln der Akteure dar.³⁰

Die normative Kraft der EU hat einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die Integrationsbestrebungen. Mit dem Ende des Kalten Krieges vertiefte die Union ihre Bemühungen neue Länder zu integrieren und begann ihre Politik hin auf eine Sicherheits und Stabilitätsorientierte Richtung hin zu orientieren.

Keine Regierung eines europäischen Nachbarlandes übernimmt Regeln und Normen aus der Union, wenn es, nach der sozialkonstruktivistischen Annahme zufolge, keine pro Sympathien innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen Wertesystems für diese zu integrierenden Normen und Werte gibt, unabhängig davon ob materielle Anreize gegen sind oder nicht. Dieser Ansatz erklärt, warum die Union die Strategie verfolgt in anderen Ländern Demokratie gekoppelt mit wirtschaftlichen Entwicklungen und ökonomischen Strukturprogrammen zu promoten um ein gefestigte Zustimmung für ihre Politik zu erzielen.

Allerdings, dass die Verfolgung von normativ ausgerichteten Zielsetzungen wie der Verbreitung von demokratischen Werten nicht so von statten geht wie sich dies die Theoretiker wünschen zeigt auch die Entwicklung im Nahen Osten. Aufgrund realpolitischer Umstände und Anforderungen im Zusammenhang von Sicherheitsbestrebungen werden sozialkonstruktiven und normativen Bestrebungen zufolge, gerade in der Mittelmeerregion, oft autoritäre Regime unterstützt um Stabilität und wirtschaftspolitische Interessen zu gewährleisten.

Dies kann durch die rational und materialistische Theorie wiederum erklärt werden und die USA ist in ihren Bestrebungen auf internationaler ebene ein deutliches Beispiel für eine realpolitische und materialistische Außenpolitik. Die USA ist hierbei allerdings nicht das einzige Land, auch die Europäische Union schafft es oft nicht ihre Strategie von Demokratiepromotion

³⁰ vgl. Finnemore/Sikkink 1998, S. 912, Kratochwil 1989, 194 - 200

durchzusetzen, weil oft materialistische Interessenslagen einiger Staaten den demokratischen Entwicklungsprozess in einigen Ländern untergraben.³¹

Nach der rational – materialistischen Perspektive konzentrieren sich Regierungen auf ihre Vorteile und auf die Höhe ihrer innenpolitischen Kosten. Dabei ist es ihnen völlig egal, ob die Öffentlichkeit sich mit Europa und den europäischen Werten identifiziert oder nicht. Durch den Fokus auf die Konsequenzen handeln politische Akteure in einer Entscheidungssituation in Abwägung der persönlichen und kollektiven Vorteile und Nutzen die Ihnen diese Entscheidung im Unterschied zur Alternativentscheidung bietet.

Elster beschreibt diesen Vorgang folgendermaßen:

„when faced with several courses of action, people usually do what they believe is likely to have the best overall outcome“³²

Bei dieser Theorie wird der Schwerpunkt auf die Maximierung des Nutzens gelegt. Es wird angenommen, dass das Individuum zweckrational handelt, und dass es seine Ziele mit einem möglichst geringen Aufwand erreichen will.

Daraus lässt sich im Bezug auf diese Arbeit folgende Hypothese ableiten:

Hypothese 2: Herrschaftseliten und Regierungen von Drittstaaten übernehmen dann EU Regeln, wenn die potenziellen Vorteile einer Übernahme die anderen Kosten übersteigen. Basierend auf der innenpolitischen Machtkonstellation und der wirtschaftlichen Situation werden Handlungen abgewogen und auf Basis der Nutzenmaximierung vollzogen.

³¹ vgl. Cavatorta, 2001

³² vgl. Elster 1989, S. 22

Ganz allgemein besagt die Theorie des rationalen Handelns, dass zielorientierte Akteure auf der Grundlage von gegebenen Präferenzen und nach bestimmten Strategien ihren Nutzen entweder maximieren oder optimieren möchten.³³

Dabei stehen die möglichen Kosten einer Regelübernahme im Vordergrund und nicht das nationale oder das gesamtstaatliche Interesse. Dabei können politische Eliten den politischen Prozess ihren partiellen Interessen unterordnen und ihre Stellung so einsetzen um auf Kosten der Gesamtgesellschaft Kapital für sich daraus zu schlagen.

Aus diesem Grund sind auch oft politische Herrschaftseliten gar nicht bestrebt Veränderungen herbeizuführen und Reformen durchzuführen sondern versuchen aus den undurchsichtigen Situationen heraus sich persönlich zu bereichern.³⁴ Dies wird auch als „rent seeking“ bezeichnet.

Allerdings verfügt die EU in ihren außenpolitischen Bestrebungen, im Unterschied zu den Vereinigten Staaten von Amerika über eine völlig andere interne Struktur die es ihr ermöglicht, auch durch ihr spezifisches Institutionen Konstrukt auf multilateraler Ebene mit einer materialistischen und imperialen Struktur zu brechen und stattdessen auf internationaler Ebene Verträge, Normen und schlussendlich auch Reformen umzusetzen und damit Kooperation und Integration herbeizuführen.³⁵

Dabei darf nicht darauf vergessen werden, dass die Europäische Union der einzige internationale Akteur ist, der in seiner Entstehungsgeschichte durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Orientierung an gemeinsamen Werten und Normen nicht nur die Demokratiebestrebungen innerhalb ihrer Gemeinschaft forcieren konnte, sondern auch sich selbst erst dadurch konstituieren und etablieren konnte. Daher verfügt die EU über eine hohe Glaubwürdigkeit, wenn sie als normativer Akteur auf internationaler Ebene und in ihrer Nachbarschaftspolitik aufzutreten gedenkt.

³³ vgl. Chong 1996, S. 39

³⁴ vgl. Olsen, 1985 und Joel Hellmann 1998

³⁵ vgl. Tonra & Cavatorta, 2002

1.6 Exkurs über eine Europäische *Identität*

Wenn wir über Nachbarschaft sprechen, sprechen wir auch über Grenzen, die eine Abtrennung zwischen dem Einem und dem Anderen symbolisieren. Allerdings ist es nicht unwichtig für eine normative Analyse der Nachbarschaftsbeziehungen zuerst kurz auf die eigenen Normen und Werte einzugehen und diese zu verstehen, bevor diese im Kontext mit anderen Staaten und Gesellschaftssystemen analysiert werden.

Es kann daher nicht in einer Arbeit von Werten und Regelexport im Zusammenhang mit Europäischer Nachbarschaftspolitik gesprochen werden, ohne zumindest kurz darauf einzugehen welche Werte und Normen denn nun gemeint sind.

Was ist denn eine Europäische Identität? Diese Frage stellen sich viele Bürger Europas, sowie auch jene Beamten in Brüssel, die sich den Kopf darüber zerbrechen wie sie diese Botschaft überhaupt kommunizieren sollen.

Beginnen wir zuerst mit einer historischen Erklärung. Im Spätmittelalter tauchte erstmals das damalige Kunstwort Identität auf und wurde auf die „Selbigkeit“ oder „Einerleiheit bezogen. Bis zum Ende der Neuzeit wurde damit das menschliche Selbst in seinen Wandlungsformen verstanden.³⁶ Im 20. Jahrhundert begannen auch sehr ausgeprägte Formen der „kollektiven Identität“, welche auch durch die Entstehung von Nationalstaaten und einem Nationalbewusstsein der jeweiligen Länder erklärt werden kann. Die früheren Ausprägungen einer kollektiven Identität waren in Europa die Sippe und der Stamm, sowie auch religiöse Glaubensgemeinschaften. Im 20. Jahrhundert dann auch die soziale Klasse. Die kollektive Identität spricht meist von einer Vorstellung eines gemeinsamen Schicksals.³⁷ Sie beinhaltet auch deutliche Abgrenzung gegenüber anderen. Was jede Identität eigentlich inkludiert, nämlich die Wahrnehmung des selbst in Abgrenzung zum anderen. Die kollektive Identität kann auch

³⁶ Europa von A – Z, S. 145

³⁷ Europa von A – Z, S. 145

verstärkt werden, zum Beispiel durch einen gemeinsamen Feind.³⁸ Um eine Identität zu stabilisieren existieren symbolträchtige Dinge, wie Traditionen und Riten oder auch Mythen. Dinge wie diese oder auch Hymnen und gemeinsame geschichtliche Ereignisse nähren die kollektive Identität einer Gesellschaft.

Zu guter letzt auch Institutionen die sich etabliert haben um dem Kollektiv eine Handlungsfähigkeit auf Dauer zu verleihen, die auch verankert sind und über eine Autorität und eine Anerkennung innerhalb der Gesellschaft verfügen. Ideeelle Identität und politische Formen stehen seit dem starken Ruf nach einem Nationalstaat und einem Nationalitätenbewußtsein in sehr engem Bezug.³⁹

Von einer Europäischen Identität wird vermehrt ab den 70 er Jahren gesprochen. Das Ziel ist eine Identifizierung der Bürger und Bürgerinnen mit der Europäischen Union, wobei diese Identifizierung mit der Identifizierung mit einem jeweiligen Staat ähnelt.

Insofern kommt schnell der Gedanke der Verdrängung des Nationalitätsbewußtseins auf. Es wird befürchtet, dass diese von einer zukünftigen starken europäischen Identität verdrängt und zuguterletzt gänzlich ersetzt werden könnte.

Die EU betont daher immer wieder ihre Bestrebungen, nicht zu einem „Superstaat“ werden zu wollen.⁴⁰ Der EU Vertrag hält auch fest, dass die Union in ihren Bemühungen nicht nur in Arbeit für die eigene Identität bestrebt sein soll, sondern auch vor allem die nationale Identität der Mitgliedstaaten zu achten. Es werden aber auch andere Gründe geliefert die gegen dieses Theorie sprechen, nämlich vor allem die offiziell deklarierte Zielsetzung, dass die nationale und europäische Identität sich nicht gegenseitig ausschließen dürfen. Die Union soll als sui generis die Gemeinsamkeiten der Europäer symbolisieren. Darunter fallen die Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, die soziale Gerechtigkeit, sowie die Achtung der universellen Menschenrechte.

³⁸ Der Ausruf des Totalen Krieges von Goebels, kurz vor Ende des 2ten Weltkrieges ist ein sehr markantes Beispiel dafür.

³⁹ Europa von A - Z, S. 146

⁴⁰ Europa von A – Z, S. 146

2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik

2.1 Exkurs über die Entstehung der EU

Die Europäische Union ist ein Staatenverbund mit einer eigenständigen Rechtsordnung. Die EU besitzt zwar Souveränitätsrechte, allerdings verfügt sie nicht die Möglichkeit Souveränitätsrechte selbst zu generieren.⁴¹ Die auf Handelsabkommen und wirtschaftlichen Verträgen basierende Verbindung wurde mit dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 zu einer politischen Union und die Institutionen konnten mit dem Vertrag von Amsterdam tiefgreifender behandelt. Der Vertrag von Nizza im Jahr 2001 war nur als eine Übergangslösung gedacht um die Organisation für die Aufnahme von 10 neuen Mitgliedern zu gewährleisten. Nach der großen Erweiterung, die sich auch auf die Struktur der Union auswirkte wurde ein Konvent ins Leben gerufen, der an einem Verfassungsentwurf arbeiten sollte. Allerdings wurde die Ratifikation durch negative Referenden in Frankreich und den Niederlanden gestoppt. Als Ausweg aus der Misere wurde das Verfassungskonzept modifiziert und bestimmte Faktoren wurden gestrichen⁴², um das Konzept als Vertrag von Lissabon im Dezember des Jahres 2007 noch einmal aufzuwerfen. Es dauerte allerdings 2 Jahre bis der Vertrag von Lissabon, der auch als Reformvertrag bezeichnet wird, in Kraft treten konnte. Dabei stellt der Vertrag von Lissabon einen Änderungs und Ergänzungsvertrag zu den bereits existierenden Vertragsregelwerken dar. Dadurch konnten viele Inhalte des Verfassungskonvents übernommen werden und auch die Europäische Gemeinschaft wurde in die Europäische Union vollständig integriert.⁴³

Wichtige Änderungen die durch den Vertrag von Lissabon durchgeführt wurden und von Relevanz für die Europäische Nachbarschaftspolitik sind, waren zum einen die Aufwertung des

⁴¹ vgl. Karl Ucakar und Stefan Gschiegl: Das politische System Österreichs und die EU, 2 Auflage: 2010, Seite. 189

⁴² dazu zählten zum Beispiel Symbole wie Hymne und die Flagge

⁴³ Dadurch wurde die EU auch zu einer völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit. Vgl. Hellmann 2009

Europäischen Parlaments durch Ausweitung seiner Kompetenzen.⁴⁴ Und zum anderen wurde das Entscheidungsverfahren der qualifizierten Mehrheit auf Politikbereiche ausgeweitet, bei denen bisher das Einstimmigkeitsprinzip galt. Es wurde zum ersten Mal eine Ausstiegsklausel in das Regelwerk der Europäischen Union eingebaut und das Amt eines Hohen Vertreters der Union für Außen und Sicherheitspolitik wurde geschaffen. Dadurch sollte eine stärkere Kontinuität nach Außen präsentiert werden, gleichzeitig wurde das Rotationsprinzip der halbjährlichen Ratspräsidentschaft, bei dem jedes Mitgliedsland die Union präsentierte abgeschafft. Stattdessen soll vom Europäischen Rat der Ratsvorsitzende⁴⁵ ernannt werden.

Diese ganzen Änderungen dienten dazu im internationalen Feld die EU besser und deutlicher nach Außen hin präsentieren zu können. Es wurde in diesem Zusammenhang ebenso beschlossen, den Hohen Vertreter für Außen und Sicherheitspolitik in seiner Tätigkeit durch die Schaffung eines Europäisch Auswärtigen Dienstes zu unterstützen.

Im Vertrag von Lissabon wurden weiters, die Menschenrechte und die Europäische Grundrechtscharta für alle Mitglieder der Union als rechtsverbindlich erklärt.⁴⁶

⁴⁴ vgl. Karl Ucakar und Stefan Gschiegl: Das politische System Österreichs und die EU, 2 Auflage: 2010, Seite. 190

⁴⁵ Derzeit ist der Ratsvorsitzende Herman Van Rompuy.

⁴⁶ Bis auf die Mitglieder Polen, Großbritannien und die Tschechische Republik

2.2 Die Entstehungsgeschichte der Europäischen Nachbarschaftspolitik

Die Analyse der nachbarschaftlichen Beziehungen der Union zu ihren Mittelmeernachbarn beginnt mit dem Barcelona Prozess, der im Jahre 1995 auf der Euro-Mediterranen Konferenz in Barcelona von der Europäischen Union gemeinsam mit 13 mediterranen Staaten initiiert und am Ende der Konferenz in einer Deklaration finalisiert von 27 Ländern unterzeichnet wurde.⁴⁷ Zunächst kam der Begriff der Euro-Mediterranen Partnerschaft auf und erst im Jahre 2004 nach der großen Erweiterung der Europäischen Union um 10 weitere Mitgliedsländer wurde von der Europäischen Nachbarschaftspolitik gesprochen.⁴⁸

Das Ziel der Konferenz in Barcelona war eine Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der mediterranen Länder durch die Unterstützung der Europäischen Union herbeizuführen und einen Freihandelsraum zu schaffen, indem die Mittelmeerstaaten durch verbesserte wirtschaftliche Beziehungen und durch den politischen, sozialen und kulturellen Austausch von einander gegenseitig profitieren können.

Die Beweggründe für eine verstärkte Europäische Nachbarschaftspolitik sind durch globale Faktoren erklärbar. Durch die Globalisierung ist die Europäische Union nicht nur bestrebt, ihre internen Angelegenheiten zu koordinieren, sondern auch daran außerhalb ihrer Grenzen auf ökonomische und politische Prozesse einzuwirken. Dadurch kam es zu einer verstärkt koordinierten Europäischen Nachbarschaftspolitik, da die Union durch eine koordinierte Zusammenarbeit die wirtschaftlichen Beziehungen zu ihren Nachbarn verbessern möchte. Dabei unterstützt die Union diesen Prozess durch die Förderung von politischen Freiheiten und einer Förderung von Projekten zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur und dem Aufbau von Institutionen.

⁴⁷ vgl. European Commission, KOM (2000) 497, S. 3.

⁴⁸ vgl. Mitteilung der Europäischen Kommission an den Rat und das Europäische Parlament im März 2003: Größeres Europa – Nachbarschaft.

Die Länder mit denen die EU im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik zusammenarbeitet haben primär große Probleme mit der vorherrschenden Armut und der Immigration.⁴⁹

Mit der Ausnahme von Israel sind diese Länder vorüberwiegend von ihrer Agrarwirtschaft abhängig und kaum industrialisiert. Armut wird von vielen Ökonomen definiert als Fehlen von Nahrung, eines nicht vorhandenen Gesundheitssystems, keinem Zugang zu Trinkwasser, keiner Möglichkeit zu einer Bildung und zu Kultur schaffenden Partizipationsmöglichkeiten zu gelangen und im Endeffekt keinen Zugang zu Ressourcen zu haben um ein sicheres Leben in Frieden zu gewährleisten. Modernisierungstheoretiker sagen, dass arme Länder deswegen arm sind, weil sie Defizite in ihrer technologischen Entwicklung haben und über keine Strukturierung oder Organisation ihres Kapitals verfügen und somit ihre gesellschaftlichen Werte nicht ausleben.

Die Europäische Union hat es sich zu einem ihrer primären Ziele gemacht, mit Hilfe ihrer Nachbarschaftspolitik die Stabilität in diesen Ländern zu fördern. Dabei sehen sich die Akteure der Union und politischen Entscheidungsträger der Mittelmeerstaaten mit rasanten wirtschaftlichen, ökonomischen, sozialen und politischen Veränderungen konfrontiert.

Die Nachbarschaftspolitik richtet sich gegenwärtig an Algerien, Ägypten, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Lybien, Marokko, Moldau, Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien, Ukraine. Wobei in dieser vorliegenden Untersuchung die Mittelmeerländer Israel und Marokko genauer herangezogen werden und einer näheren Betrachtung zugeführt werden. Diese beiden Länder gehörten auch zu den ersten Mittelmeerstaaten mit denen 2005 bilateral vereinbarte Aktionspläne nicht lange nach der Entstehung einer Europäischen Nachbarschaftspolitik beschlossen wurden.

⁴⁹ Vgl. Alpagó Alpagó: *Power and Poverty – is the EU a New Planet?* S. 32

2.3 Der Barcelona Prozess

Der offizielle Hintergrund für den Barcelona Prozess war die Stärkung der Beziehungen der Union mit den mediterranen Nachbarländern. Vor dem Barcelona Prozess waren die Beziehungen zwischen der EU und den mediterranen Ländern und den Ländern des Nahen Ostens vorwiegend auf Wirtschaft und Handel beschränkt. Durch den im Jahre 1995 initiierten Barcelona Prozess konnte der Euro – Arabische Dialog verbessert werden und es konnte eine Euro Mediterrane Partnerschaft in Gang gesetzt werden die einen politischen Dialog in den außenpolitischen Beziehungen der Union förderte.⁵⁰ Die Europäische Union hat durch ihre Euro Mediterrane Partnerschaft es geschafft, abgesehen von den Vereinten Nationen, alle Konfliktparteien der Region in einem Gremium zu integrieren.

Als weitere Hintergründe speziell für den Barcelona Prozess und ebenso für die Europäische Nachbarschaftspolitik beschreibt David Lennon folgendes:

„It is certain that the motives will continue to be a mixture of economic self-interest, fear of immigration and genuine human concern.“⁵¹

Nach dem Ende des Kalten Krieges änderte sich für die Mittelmeerregion im Bezug auf ihre politische Rolle auf internationaler Ebene einiges. Wo noch vor dem Jahr 1989 die Großmächte gegeneinander ausgespielt wurden wurde eine Neuorientierung nach dem Ende des Ost – West Konflikts notwendig und die gesamte Region wurde vermehrt als Krisenregion wahrgenommen und gewann an Bedeutung in der Außenpolitik europäischer Staaten.⁵²

⁵⁰ vgl. Annette Jünemann 1999, Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel

⁵¹ vgl. David Lennon, The European Union and the Middle East. In: Robert J. Guttmann, Europe in the New Century. Visions of an Emerging Superpower. Boulder/London 2001, S.115

⁵² vgl. Annette Jünemann, Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel: Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999, S.35

Im Bezug auf die Sicherheit und die Stabilität Europas wurden bereits im italienischen Verteidigungsweißbuch aus dem Jahr 1981 viele Bedrohungen klassifiziert, die nicht unmittelbar militärischer Art waren, allerdings anders geartete Risiken für Europa bergen.⁵³ Darunter fallen unterschiedliche Bedrohungen zum Beispiel durch die Gefährdung der Energielieferungen, die Ausbreitungen militant islamistischer Gruppierungen, die Zunahme des Drogen und des Menschenhandels, die organisierte Kriminalität, Terrorismus, Migrationsströme sowie auch politische regionale Konflikte, zum Beispiel im Nahen Osten oder Zypern und die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen.

Aufgrund dieser Bedrohungsszenarien wird dem Barcelona Prozess auch ein starker sicherheitspolitischer Aspekt zugeschrieben, was durchaus zutreffend ist, allerdings lässt sich der Prozess nicht nur auf den Sicherheitsaspekt reduzieren. Der Impuls für den Barcelona Prozess kann als Strategiewechsel weg von einer Politik der Abschottung begriffen werden, hin zu einem neuen Konzept für eine längerfristige und nachhaltige Stabilisierung von Krisenregionen im Mittelmeerraum. Die Interessen der Europäischen Union beziehen sich nicht nur auf die Frage der Sicherheit, sondern verfolgen auch wirtschaftliche und entwicklungstechnische Ziele. Das Konzept des Barcelona Prozesses ist der Versuch durch politische Kooperation und den Abbau von sozialen und ökonomischen Hemmnissen, sowie der Beseitigung von Ungleichheiten eine langfristige Stabilisierung im Mittelmeerraum zu schaffen.⁵⁴ Der Gedanke dahinter ist auch für die EU von Vorteil, da der Barcelona Prozess den Auftrag hat die Armut in den Ländern zu reduzieren, kann dadurch auch die Migration nach Europa reduziert und abgeschwächt werden.

Die Migration ist durch den Wegfall der innereuropäischen Grenzen für die nordeuropäischen Staaten genauso zu einer wichtigen Problematik geworden, wie dies vor dem Schengener Abkommens größtenteils für Spanien und Portugal oder für Italien der Fall war. Dies war ein nicht unwichtiger Faktor, der dazu führte, dass der Barcelona Prozess als gesamt europäisches Projekt gestartet wurde.

⁵³ vgl. Volker Perthes, *Europe, the United States and the Middle East Peace Process*. Robert D. Blackwill, Michael Stürmer, *Allies Divided. Transatlantic Policies for a Greater Middle East*. Cambridge 1997, S.90

⁵⁴ vgl. Muriel Aulseburg, *Der Nahost Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven*. Friedenswarte Heft 2-3, 2001, S. 259

Dazu kamen noch die wirtschaftlichen Interessen der Union, wie die Sicherung der Energiezufuhr, vor allem der Öl Importe und die Idee der Schaffung eines großen Marktes für europäische Produkte. Die Idee eines Wirtschaftsraumes der mit anderen großen Wirtschaftsblöcken wie dem NAFTA Block konkurrenzfähig sein konnte, hatte einen wesentlichen Einfluss auf die Bemühungen und die Bestrebungen die durch den Barcelona Prozess in Gang gesetzt werden sollen.⁵⁵

Die Konferenz auf Ministeriebene die als der offizielle Start des Barcelona Prozesses gilt, fand in der gleichnamigen Stadt im November des Jahres 1995 statt und brachte wichtige Entscheidungsträger aus Ägypten, Algerien, Israel, die PLO, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, Syrien, Tunesien, die Türkei und Zypern an einen Tisch. Sogar Lybien wurde ein Beobachterstatus eingeräumt.

In der Deklaration die nach der Konferenz verkündet wurde, wurden drei große Körbe festgelegt.

Der erste Korb betraf eine politische und Sicherheitspartnerschaft und setzt den Schwerpunkt auf die Demokratisierung der Region sowie die Achtung der Menschenrechte und die friedliche Beilegung von bestehenden Konflikten.

Der zweite Korb behandelt die Wirtschaftspartnerschaft und deklariert als Ziel die Schaffung einer euromediterranen Freihandelszone.

Der dritte Korb der Barcelona Deklaration bezog sich auf die Partnerschaft im kulturellen und sozialen Bereich. Allerdings wird in diesem Punkt auch auf eine gemeinsame Zusammenarbeit gegen den organisierten Drogenhandel und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität eingegangen.

Auf der Barcelona Gipfel im Jahr 2005 wurde noch ein vierter Korb hinzugefügt der sich mit der Thematik der Migration beschäftigt.⁵⁶

⁵⁵ vgl. Hans Günter Brauch, Antonio Marquina, Abdelwahab Biad, *Beyond Stuttgart: Prospects for Confidence and Partnership Building Measures in Euro-Mediterranean Relations for the 21st century, Partnership for the 21st century*, New York/London, 2000, S.324

⁵⁶ vgl. European Commission, *twelve Questions about the Euro-Mediterranean Cooperation. The Barcelona Process explained.*

Durch die gemeinsame Basis der Mittelmeerstaaten die auf dem Barcelona Prozess unter der Federführung der Union deklariert wurde, schufen die Länder auch die Grundlage für das MEDA Programm, welches für die Projekte und Arbeiten zur Etablierung einer starken Freihandelsregion und eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zuständig ist.

2.4 MEDA

MEDA steht für *Mediterranean Economy Development Agency* und koordiniert die Zusammenarbeit auf multilateraler und bilateraler Ebene. Vor der Einführung von MEDA bestanden die Beziehungen zwischen der Union und den mediterranen Ländern zum größten Teil aus Entwicklungszusammenarbeit. Aus diesem Grund wurde auch das MEDA Programm ins Leben gerufen, da die Union auch ein Interesse an einem starken Ring stabiler Nachbarländer hat. Die Union kann nicht die Probleme dieser Länder ignorieren, da sich die Problematiken über die Nationalen Grenzen hinweg auch auf europäische Länder übertragen. Sie versucht mit Hilfe zahlreicher und unterschiedlicher Programme die wirtschaftlichen Stabilitätsbestrebungen der Mittelmeersländer zu unterstützen. Die MEDA Programme sollen bestehende Kooperation ausweiten und unterstützend in den Industrialisierungsprozess eingreifen. Auch um globale Ziele, wie Umweltziele oder Fragen der Energieversorgung anzugehen ist es für die EU von Vorteil, wenn sie über stabile Partner verfügt, mit denen gemeinsam globale Probleme besser gelöst werden können.

Die MEDA Programme stellen den eigentlichen Teil der Entwicklungszusammenarbeit dar und sind ein wesentlicher Teil des Barcelona Prozesses. Zur Unterstützung von sozioökonomischen Reformprozessen und zur Abpufferung von negativen Effekten bei Anpassungsprogrammen hat die Union im Zeitraum von 1995 nach der Barcelona Konferenz bis zum Jahr 1999 finanzielle Mittel in der Höhe von 4,68 Milliarden Euro für MEDA Programme zur Verfügung gestellt. Weiters stellte die Europäische Investitionsbank für die Jahre 2000 – 2006 Kredite in der Höhe von 7,4 Milliarden Euro zur Verfügung.⁵⁷

Während 90 Prozent dieser Gelder aus dem MEDA Budget direkt in die Wirtschafts und Finanzkooperationen fließen, die unter Kontrolle der Regierungen stehen, fließen nur 10 Prozent

⁵⁷ vgl. Christian Peter Hanelt, Felix Neugart, *Die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft. Stabilität und Prosperität im Mittelmeerraum. Internationale Politik* Nr. 8, August 2001, S.54

in horizontale und dezentrale Kooperationsprojekte. Beispielsweise beträgt das Budget für das Programm MEDA – Democracy nur 1 Prozent des gesamten MEDA Budgets.⁵⁸

Für den Bereich Konfliktbearbeitung und Prävention wurden aus dem MEDA Budget in den Jahren 1999 und 2000 mehr als 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die dezentralen und horizontalen Kooperationsprojekte im MEDA Programm basieren auf zwei Prinzipien.

Erstens kann sich die Europäische Kommission ihre Partner aussuchen, ohne die jeweiligen nationalen Regierungen zu konsultieren, dies wird als dezentrale Kooperation bezeichnet.

Und zweitens hat jedes MEDA Programm den Auftrag ein Netzwerk zu bilden an dem Partner aus mindestens 3 Ländern teilnehmen müssen und beide großen Regionen, die EU und der mediterrane Raum vertreten sein müssen. Dies wird als horizontale Kooperation beschrieben. In den regional politischen Projekten von MEDA soll der Aufbau einer demokratischen und regimekritischen Zivilgesellschaft gefördert werden. Dabei ist es ein nicht unwesentlicher Vorteil gewesen, dass die Projektpartner von der EU ohne das Einmischen der jeweiligen Regierung durchgeführt werden können. Allerdings wurde dies bei den späteren MEDA Programmen nicht mehr so leicht gewährt. Die Nationalen Regierungen wollten bei der Suche nach Projektpartnern konsultiert werden. Dies betraf die Programme Euro-Med Heritage, Euro-Med Audiovisual und Euro Med Youth. Wobei für die demokratiepolitischen Bestrebungen die Euro-Med Youth, gemeinsam mit der Anna-Lindh Stiftung, die größte Bedeutung aufgrund der inhaltlichen Richtungen dieser Programme hat. Die ersten MEDA Programme wurden von 1995 bis 1999 implementiert und die MEDA Programme der 2ten Generation traten von den Jahren 2000 bis 2006 in Aktion. Bei den ersten Programmen waren die größten Problematiken in der Umsetzung und im Management und bei den Programmen ab dem Jahr 2000 bis 2006, die auch unter MEDA II bekannt sind, gab es demokratiepolitische Defizite. Dies kann auch darauf zurückzuführen sein, dass der kulturelle Dialog im Vergleich zu menschenrechtlichen Belangen in den Jahren von 2000 bis 2006 dominierte.

⁵⁸ vgl. Annette Jünemann, Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel. Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel: Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999, S.54

Ein weiteres internes Problem der EU kam bei den MEDA Programmen auch hinzu, nämlich das der Korruption. Dies führte sogar soweit, dass im Jahr 1999 alle 20 Mitglieder der Europäischen Kommission zurücktreten mussten, weil die Korruption und das Missmanagement bei den MEDA Programmen so massiv war. Gerade viele Projekte zur Förderung der Zivilgesellschaft und der Verbesserung der Partizipation der Bevölkerung waren davon betroffen. Gerade diese essenziellen Programme zur Förderung von Demokratie und Reformen, wie die Programme zur Förderung von Netzwerken von Universitäten, von freien Medien und von lokalen Kommunen wurden in den Jahren 1996 bis 1998 wegen Mittelmissbrauchs in der Kommission suspendiert.

Die wichtigen Programme zur Unterstützung von Demokratieprojekten und NGO's, wie die MEDA Democracy und NGO – Cofinancing wurden im Jahr 1999 wegen Missmanagement eingestellt.

Im Jahr 2006 lief das Programm MEDA II aus und wurde durch das Instrument der Europäischen Nachbarschaftspolitik ersetzt.

2.5 Das Konzept der ENP

Das Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik besteht in der Regel durch das Angebot von Aufnahmen spezieller Beziehungen zu den Nachbarländern. Darunter fällt auch ein verstärkter politischer Dialog, die Aussicht für die Staaten auf eine Teilnahme an den vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes, sowie technische und finanzielle Hilfen und den Zugang zu EU Programmen und Netzwerken. Dafür wird allerdings als Grundlage eine Verpflichtung der gemeinsamen Werte, wie Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und good governance sowie eine nachhaltige Entwicklung eingefordert.

Bevor wir herausfinden können wie die ENP und deren Mechanismen überhaupt wirken müssen wir kurz beschreiben woraus sich die ENP zusammensetzt.

Sie besteht aus einer Kombination aus Lern und Adaptionprozessen im politischen Umfeld und zog ihre Instrumente aus den Erfahrungen durch den Erweiterungsprozess. Ein weiterer Kernpunkt der Pfadabhängigkeit ist, dass vergangene Entscheidungen Einfluss auf den Bildungsprozess von heutigen Entscheidungen haben, sowie auf die Gründung und Etablierung von Institutionen.⁵⁹ Lernen ist eine *application of insights* durch die Erfahrungen aus der Vergangenheit und dem Wissen, welches sich der Behördenapparat der Union aneignet können alte Verhaltensmuster zur Lösung von aktuellen Problematiken dienen.⁶⁰

Zum Herz der ENP gehört der Regeltransfer⁶¹ der sich in den Aktionsplänen widerspiegelt. Dabei betreibt die Union die Nachbarschaftspolitik keineswegs strategielos, im Gegenteil. Sie hat als Wirtschaftsgigant ein Interesse daran, dass die Stabilität in ihren Nachbarstaaten

⁵⁹ Pierson, 1996

⁶⁰ Day and Groves, 1975; March and Olsen, 1989; Hass, 1991; Stein, 1994

⁶¹ vgl. Schimmelfenning und Seldemeier 2004, Seite 62

gewährleistet ist unter anderem weil sie wirtschaftlich von einigen Ländern zum Beispiel im Energiesektor abhängig ist.⁶²

Beim Europäisierungskonzept geht es also darum einen Anpassungsprozess in bestimmten Zielländern zu erreichen. Dabei wird externes Regieren als die aktive Unterstützung des Regelexports auf der Seite der Union betrieben und der Prozess der Europäisierung auf der Seite der Nachbarstaaten, die hierbei eine Übernahme europäischer Regeln und Normen praktizieren.⁶³

Mit der Untersuchung von Regelübernahmeprozessen durch Konditionalisierung befasst sich auch der Forschungsfokus der internationalen Beziehungen, sowie das Feld der vergleichenden Politikwissenschaften.⁶⁴

Die Europäische Union hat in ihrer Nachbarschaftspolitik eine Formel der Politikgestaltung entwickelt, die auf alle Nachbarstaaten mit der Ausnahme von Russland angewendet wird. Das dahinter stehende Prinzip ist relativ einfach. Je besser sich der jeweilige Staat mit der Europäischen Union bemüht im Rahmen der gemeinsamen Nachbarschaftspolitik zusammenzuarbeiten, desto besser werden auch die Beziehungen des jeweiligen Staates zur Union eingestuft.⁶⁵

In der Regel sind die gemeinsam verhandelten Aktionspläne auf 3 – 5 Jahre hin angelegt und können in bestimmten Fällen auch verlängert werden. Prinzipiell beinhalten die Aktionspläne Maßnahmen die einer Kooperationsagenda entsprechen und reformorientiert sind. Bei der Ausarbeitung der gemeinsamen Aktionspläne dienen die Länderberichte, die von der Europäischen Kommission erstellt werden als Orientierung.

⁶² vgl. Thomas Hofer **Energiesicherheit durch Regelexport**

⁶³ **Mit der Frage ob Drittstaaten Regeln von einer internationalen Organisation, aus einem transnationalen Mehrebenensystem oder aus einem kosmopolitischen Empire übernehmen haben sich Kohler Koch 1999, Eising 1999, Jachtenfuchs 2001, Nulent 1999 sowie Beck und Grande 2004 auseinandergesetzt.**

⁶⁴ **Im Bereich der internationalen Beziehungsforschung beschäftigen sich unter anderem Handler Chayes 1993, Simmons 1998, Checkel 1999, Krasner 1999, Zürn 2001 und Young 1979 mit der Frage wie die Übernahmen von Regeln erklärt werden kann.**

⁶⁵ **Dabei besteht auch die Möglichkeit einer partiellen Zusammenarbeit, zum Beispiel in Form einer Mitgestaltungsmöglichkeit bei europäischen Institutionen und EU Agenturen. vgl Bericht der KOM 05.12.2007 "Für eine starke Europäische Nachbarschaftspolitik", Seite 14.**

2.5.1 Finanzierung der Nachbarschaftspolitik

Bis zum Ende des Jahres 2006 lief die Finanzierung von Projekten, beispielsweise des MEDA Programms, direkt an das jeweilige geographisch angelegte Programm. TACIS war das Programm für die östlichen Nachbarn und MEDA war für die Nachbarn des Mittelmeerraumes bestimmt. Ab dem ersten Jänner 2007 wurde die Finanzierung geändert und die direkte Finanzierung der Programme wird nun durch das Europäische Nachbarschafts und Partnerschaftsinstrument (ENPI) geregelt.⁶⁶ Dadurch konnte eine höhere Flexibilität bei der Unterstützung von unterschiedlichsten Programmen geschaffen werden.

Die ENPI ist darauf hin ausgerichtet, die Nachbarländer mit Hilfe der ENP Aktionspläne an die Politik und Standards der EU heranzuführen. Für den Zeitraum von 2007 bis 2013 wurden von der Europäischen Gemeinschaft für die Nachbarschaftspolitik ein Budget in der Höhe von circa 12 Milliarden Euro bereitgestellt.⁶⁷

Gefördert wurden vor allem Projekte die Länderübergreifend konzipiert waren und den jeweiligen Länderprogrammen entsprachen. Der Hintergrund war der Gedanke, dass durch eine Grenzen übergreifende Zusammenarbeit die Beziehungen mit den Nachbarländern und der Union stärker werden. Insgesamt gibt es derzeit 15 Grenzen übergreifende Programme die durch das Europäische Nachbarschaftspolitik Instrument finanziell unterstützt werden. Von 2007 bis 2013 fließen aus dem ENPI Budget 1,18 Milliarden Euro in solche Projekte. Darunter fallen vor allem Förderprojekte zum Aufbau einer Infrastruktur, Förderung eines Rechtssystems und dem Aufbau von Institutionen. Die Prioritäten, welche Projekte gefördert werden, wird vorher gemeinsam mit den Regierungen der Nachbarländern und der Kommission in den Aktionsplänen gemeinsam festgelegt. Alle EU Staaten und Firmen aus der Europäischen Union können sich bei der Vergabe dieser Projekte bewerben. Insofern unterstützt die EU durch die finanzielle Förderung der Nachbarstaaten auch die europäischen Unternehmen.

⁶⁶ siehe www.ec.europa.eu/world/enp/funding_de.htm, zuletzt abgerufen am 17. Jänner 2012

⁶⁷ siehe www.ec.europa.eu/world/enp/funding_de.htm, zuletzt abgerufen am 22. Jänner 2012

2.5.2 Ziele der Europäischen Nachbarschaftspolitik

Das deklarierte Hauptziel der ENP ist die Stabilität, die Sicherheit, der Wohlstand und die schrittweise Integration der Zielländer in den europäischen Wirtschaftsraum, sowie deren Einbeziehung in europäische Aktivitäten. Ein weiteres erklärtes Ziel der Nachbarschaftspolitik ist die Verhinderung von neuen Trennlinien, die an den Grenzen der EU zu den Nachbarländern entstehen können. Durch die Nachbarschaftspolitik sollen in den Nachbarstaaten der Union politische Prozesse gefördert werden, welche die grundlegenden Werte und Ziele der Europäischen Union widerspiegeln. Von den vier Grundfreiheiten der europäischen Gemeinschaft werden allerdings nur zwei den jeweiligen Nachbarländern angeboten, nämlich der freie Waren und der freie Kapitalverkehr. Dies entspringt einer Strategie der Kommission, die durch eine sektorale Integration eine Alternative zu einer Mitgliedschaft als Zwischenform etabliert. Dabei baut die Nachbarschaftspolitik auf den vorhandenen Partnerschafts- und Assoziierungsabkommen auf und intensiviert die Zusammenarbeit.

Die wesentlichen Werkzeuge bei der europäischen Nachbarschaftspolitik sind die Aktionspläne die über die Beziehungen zu den jeweiligen Staaten verfasst werden. Für Verhandlungen mit den jeweiligen Staaten besitzt die europäische Kommission kein Mandat.⁶⁸ Bei den Plänen handelt es sich auch nicht um juristische Dokumente sondern um politische Bestrebungen und gemeinsame Ziele. Aus diesem Grund ist es für die Aktionspläne auch von Bedeutung, dass sie flexibel und anpassungsfähig sein müssen.

Im Unterschied zur Erweiterungspolitik besteht bei der Nachbarschaftspolitik keinerlei Bestreben, dass die Nachbarschaftsstaaten in die Europäische Union integriert werden. Dies bedeutet einen wesentlichen Unterschied für die Entwicklung von Beziehungen, da diese in der Nachbarschaftspolitik stärker durch reziproke Verhältnisse terminiert werden, als bei der Erweiterungspolitik in welcher ein klares Ziel, nämlich eine Mitgliedschaft, verfolgt wird.

Die Beitrittskandidaten müssen den Aquis Communautaire vollständig übernehmen um als Mitgliedsländer in die Union aufgenommen zu werden. Sie müssen die Kopenhagener Kriterien

⁶⁸ Stefan Hofer Seite 154 und 155

in demokratischer, ökonomischer und rechtstaatlicher Hinsicht vollkommen entsprechen übernehmen und praktizieren. Die Länder gehören in weiterer Folge zu dem gemeinsamen Besitzstand der Union. Die Regeln, ebenso wie die Regelverstöße sind in diesem Prozess, welcher wie ein Stufenprozess aufgebaut ist, klar vorgeschrieben.

Die Nachbarschaftspolitik ist dagegen eine Politik der Prioritäten der Union und den jeweiligen Staaten. Dabei werden die Aktionspläne in einer Dreiecksbeziehung zwischen den Partnerländern, dem Rat und der internen Koordinationsabteilung der Kommission geführt. Zu einem späteren Zeitpunkt wird dann eine Konkretisierung, zu dem noch recht allgemein verfassten Aktionsplan erstellt. In diesem konkreteren Fahrplan und Maßnahmenpaket sind die Schritte und die Implementierung der Punkte mit der höchsten Priorität gegliedert. Die Aktionspläne sollen dazu dienen, leichter einen Konsens in den jeweiligen sektoralen Bereichen zu erzielen.

Der ENP geht es ihrer Selbstdefinition nach nicht um eine Erweiterung. Europa wird immer Nachbarn haben und die ENP dient somit der Beziehungspflege durch eine konsistente und bewährte Politik.

Inwiefern ist die Europäische Union überhaupt dazu in der Lage die Nachbarschaftsstaaten dazu zu bewegen, eine gemeinsame sektorale Zusammenarbeit im Rahmen einer institutionalisierten Nachbarschaftspolitik zu verfolgen und warum sollten die jeweiligen Staaten ein Interesse daran haben, das Regelwerk der Union anzunehmen?

Die Union verfolgt mit ihrer Nachbarschaftspolitik allerdings ihre Ziele zur Erweiterung ihrer Handelsmärkte. Dabei ist zum Beispiel die Gewährleistung einer freien Mobilität ein weiteres wichtiges Ziel der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

Es existieren jedoch Punkte bei der Mobilitätsthematik, die mit Konfliktbereich im Zusammenhang stehen. Zum einen stellt sie die Forderung nach mehr Mobilität an die Frage von Sicherheitsstandards und zum anderen an die Etablierung eines geordneten Justizsystems. Dabei erwähnt sie auch das Konzept der zirkulären Mobilität.⁶⁹

⁶⁹ vgl. Bericht der KOM 05.12.2007 "Für eine starke Europäische Nachbarschaftspolitik", Seite 7.

Dabei geht es um bestehende Migrationsströme und die Forderung an Drittstaaten den Menschen die Möglichkeit zur legalen Migration zur verschaffen. Dabei geht es nicht nur um die Frage der Sicherheit, sondern auch um die Frage nach einer effektiven Arbeitsmarktpolitik.

Die Union spricht von einer zirkulären oder von einer rotierenden Migration und spricht damit auch die Möglichkeit zur Rückwanderung von Migranten an. Daher hat die Union auch ein Interesse an einer Modernisierung der Arbeitsmärkte und nach einem geregelten und stabilem Gesellschaftssystem in den Nachbarländern.

2.5.3 Mechanismen und Instrumente der ENP

Da der Anreiz einer Mitgliedschaft für die jeweiligen Nachbarstaaten nicht gegeben ist, steht die Nachbarschaftspolitik vor der grundsätzlichen Frage welches Interesse die jeweiligen Staaten haben könnten um sich für das Regelwerk der Union zu öffnen. Aus diesem Grund ist die Nachbarschaftspolitik auch von Reziprozität geprägt, wobei die sozialkonstruktivistische Betrachtungsweise davon ausgeht, dass Regeln dort mit einer hohen Wahrscheinlichkeit übernommen werden, wo eine hohe Identifikation vorhanden ist. Mit einer Identifikation der Werte und Praktiken der Union ist es alleine jedoch nicht ganz erklärt.

Es darf nämlich nicht außer Acht gelassen werden, dass die innenpolitischen Kosten eine enorm wichtige Rolle bei diesem Prozess spielen, ebenso wie die externen Anreize. Dazu kommt noch der finanzielle Aspekt, der sich vor allem mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen befasst. Aus diesem Grund wurden von der Europäischen Kommission zahlreiche Programme ins Leben gerufen wie Taxis, Phare, Cards, Meda oder Interreg. Im Jahr 2007 wurden die Budgets der Programme zusammengefasst und das *European Neighbourhood Instrument* eingeführt. In diesem wurden für 7 Jahre (derzeit von 2007 bis 2013) etwa 12 Mrd. Euro geplant, welche abhängig von den jeweiligen Leistungsergebnissen und Prioritäten vergeben werden.

Eines der Hauptinstrumente innerhalb der Europäischen Nachbarschaftspolitik sind die Aktionspläne. Zu Beginn wurden sie nach dem „one size fits all“ Prinzip konzipiert, als allerdings Probleme auftraten musste die institutionalisierte Nachbarschaftspolitik ihre Lernfähigkeit beweisen und führte eine Differenzierung in ihren Arbeitsvorgang ein. Einer der Gründe dafür war, dass Moldavien nicht unter die selbe Haube mit Syrien gesteckt werden wollte. Das „one size fits all“ Prinzip wurde später auch von der EU Kommissarin für Regionalpolitik, Danuta Hübner als absurd bezeichnet.⁷⁰ Die Aktionspläne ebenso wie die Progress Reports fallen unter die gleichen Instrumente die in der Erweiterungspolitik angewendet werden und ähneln sich sehr in der Struktur sowie in der Sprache. Verhandlungen,

⁷⁰ vgl. Judith Kelley: *New Wine in Old Wineskins: Promoting Political Reforms through the New European Neighbourhood Policy*, 2006, S. 34

Überwachung in Form von Monitoring und regelmäßige Berichterstattung in Form von Reports sind die zentralen Instrumente der Erweiterungs-, sowie der Nachbarschaftspolitik der Union.

Dazu kommt noch, dass die Mitarbeiter die selben sind, die auch am Erweiterungsprozess mitgearbeitet haben.⁷¹ In der Realität bestehen die Aktionspläne aus Listen von speziellen Anforderungen die an die Partner gestellt werden. Ebenso wird der Acquis Communautaire, sowie auf bestehende Verträge und internationale Normen Bezug genommen. Wichtig ist hierbei die Komponente der Verfahrens- und Regelübernahme und den Aufbau des dazu notwendigen Apparates in den jeweiligen Zielstaaten. Vorwiegend reflektieren die Aktionspläne die wichtigen Punkte, die für die Europäische Union von Bedeutung sind.⁷² Bezug nehmend auf ein Interview mit einem Senior Official der Direction General für externe Beziehungen im Jahr 2008 spiegeln sich in 80 % des Inhalts eines Aktionsplanes die Präferenzen der EU wieder.⁷³ Dabei stellen sie eine hierarchische Machtstruktur zwischen der Union und den Partnerländern dar, die einer Joint Ownership Politik und einer gegenseitigen Betrachtung als Partner eigentlich widerspricht. Die Betrachtung der Zielländer als gleichwertige Partner um bestimmte Regeln und Normen durchzusetzen sind allerdings Zentral für eine Implementierung einer gemeinsamen Politik.⁷⁴

⁷¹ Daher auch der Titel von Judith Kelley "New Wine in Old Wineskins"

⁷² vgl. Bobitsky 2008

⁷³ vgl. Tom Casier, "To Adopt or Not to Adopt: Explaining Selective Rule Transfer under the European Neighbourhood Policy, Januar 2011, Seite. 39. Dabei werden die Aktionspläne auch als einseitige Wunschliste der Union bezeichnet.

⁷⁴ Vgl. Lavenex 2008 und Schimmelfennig 2009

2.6 Die Frage der Konditionalität im Zusammenhang mit der ENP

Auf den Begriff der Konditionalität wird im Strategiepapier der EU Kommission angesprochen, in dem es heißt:

*'the level of the EU's ambition in developing links with each partner through the ENP will take into account the extent to which these values are effectively shared'*⁷⁵

Dieser Satz trifft den Konditionalisierungsgedanken auf den Punkt. Er könnte auch anders umschrieben werden zum Beispiel wenn man sagt: Je mehr ein Land mit den Werten der Union konform geht, desto enger und besser wird die gemeinsame Kooperation mit der Union sein.

Konditionalität kann nach Olav Stokke⁷⁶ durch 3 charakteristische Merkmale beschrieben werden.

- als Mittel zum Zweck um vorgegebene Ziele zu erreichen
- durch eine Verbindung zwischen Hilfeleistungen von Geberländern und deren verlangten Bedingungen für ihre Hilfeleistungen
- die Interessen der Empfängerländer, meist sind es Entwicklungsinteressen, treten gegenüber den Interessen der Geberländer in den Hintergrund.

Vor allem der letzte Punkt verdeutlicht die Machtasymmetrie bei der Konditionalität der Europäischen Union. James Hughes beschreibt das Streben nach Integration durch die institutionelle Antriebskraft der europäischen Kommission.⁷⁷ Die Konditionalität der Europäischen Union spiegelt zudem eine Fortführung der Interessenspolitik der Europäischen Gemeinschaft wieder, zum Beispiel in der Frage der Energieversorgung.

⁷⁵ Commission Strategie Paper, 2004a, p. 13

⁷⁶ Stokke, Olav: 1995, S.3

⁷⁷ vgl. Hughes, James: 2003, S.2

Der Export westlich orientierter politischer Normen wird oft auch als Forderung von Demokratie bezeichnet. Dies schlägt mit der bereits etablierten Betrachtungsweise in dieselbe Kerbe, dass es eine klar ersichtliche Korrelation zwischen Demokratie und Entwicklung gibt. Vor allem wenn es um die Etablierung und Förderung einer nachhaltigen Entwicklung geht.⁷⁸ Dieser Standpunkt findet sich schon in den 60er Jahren wieder, wo er bereits dem Marshall Plan zugrunde liegt.

Die Partnerschafts und Kooperationsabkommen mit den GUS Ländern sind mit der Europäischen Union abgeschlossen worden und betrafen jene Länder für die keine Mitgliedschaft der Union vorgesehen war. Diese Abkommen gehen über reine wirtschaftliche Abkommen hinaus. Die Partner gelten in der Regel als gleichberechtigt.

Woher kommt nun der Ansatz, dass die EU Politik durch Konditionalisierungsmaßnahmen mit Drittstaaten einen Beitrag bei der Verhinderung von Konflikten leisten kann? Und wieso sind diese Maßnahmen mit wirtschaftlichen Beziehungen so eng verbunden? Nun dieser Ansatz kann durch die politischen Umwälzungen der 90 er Jahre erklärt werden, sowie durch die Osterweiterung. Im Wesentlichen bestand das „westliche“ Projekt der Förderung von Demokratie aus wirtschaftlichen und politischen Liberalisierungsmaßnahmen, die sie als unumgänglich betrachtet wurden. Die wirtschaftliche und die politische Konditionalität wurden verbunden. Am Anschaulichsten ist dies am Beispiel der Agenda des Entwicklungshilfekomitees der OECD im Jahre 1989 gezeigt worden.⁷⁹

⁷⁸ Hughes, James: 2003, S. 6

⁷⁹ Der Gipfel von Dublin stellte dann im Jahr 1990 eine Agenda der politischen Konditionalität auf.

2.6.1 Analyse von Konditionalisierungsmaßnahmen

Nach Jack Donnelly können theoretisch gesehen drei Formen der sozialen Interaktion beschrieben werden, und zwar:

- **die ausdrückliche Ausübung (assertive exercise)**
- **die aktive Achtung (active respect)**
- **die objektive Nutznießung (objective enjoyment)** ⁸⁰

Bei der ausdrücklichen Ausübung wird explizit verlangt, dass ein Recht entweder eingehalten werden muss oder etabliert werden muss. Bei Rechtsverletzungen treten konkrete Maßnahmen auf die auch oft als Sanktionen bezeichnet werden.

Die aktive Achtung zeichnet sich durch keinen Verstärkungsvorgang aus, da die Rechte aktiv geachtet werden und deren Einhaltung nicht notwendigerweise eingefordert werden muss.

Bei der objektiven Nutznießung ist die Ausübung schon eine Selbstverständlichkeit und es können die Rechte „unbestritten“ genossen werden. Auf die Einhaltung der Rechte wird nur dann bestanden, wenn ihre Nutznießung in Gefahr gerät.

Die Norm sollte eigentlich die objektive Achtung und auch die Vermeidung von Konflikten sein und die Unkosten und die Unannehmlichkeiten, die durch die Einforderung der Rechte auftritt, sollte eigentlich die Ausnahme sein. Die Garantie zur Nutznießung kann durch die Verantwortlichkeit des Staates und durch die Einsetzung bestimmter Maßnahmen bewusst gefördert und an Bedingungen geknüpft werden. Das ist der eigentliche Gedankengang der dem dem Konditionalisierungsgedanken zugrunde liegt.

Wenn von Maßnahmen gesprochen wird, geht man schon einen Schritt weiter als wenn man von Reaktionen spricht. Außerdem werden Maßnahmen typischerweise von der stärkeren Partei

⁸⁰ Jack Donnelly, *The Concept of Human Rights*, S. 9

ergriffen. Bei diesen Maßnahmen können sich die Partner allerdings weigern, diese überhaupt anzugehen oder anzunehmen.

Am Beispiel der Menschenrechtsklausel lässt sich jedoch anhand der Lomé Abkommen erkennen, dass es der EU im Jahre 1989 im Rahmen der Lomé IV Verhandlungen gelungen ist, eine Menschenrechtsklausel einzubauen, gegen die sich vor allem die Länder der afrikanischen Union lange Zeit gewehrt hatten.

Anhand solcher Beispiele wird veranschaulicht, dass aus den unterschiedlichsten Gründen heraus die Partnerländer versuchen entweder die Art der Abkommen und Maßnahmen oder gleich die Art und Stärke der Konditionalität mitzubestimmen. Dabei steht die Konditionalität in Proportion zu den Interessen der Union, da zum Beispiel die Beitrittskandidaten den Druck stärker zu spüren bekommen als Außenstehende. Die Bemühungen um den Beitritt zur Union oder zu einer stärkeren Zusammenarbeit, zum Beispiel im Rahmen von Assoziierungsabkommen, sind jedoch in der Vergangenheit mit sehr vorteilhaften Beziehungen belohnt worden. Interessant ist hierbei, dass die Art der Abkommen etwas über die Art und die Intensität der Beziehung aussagt. Dabei werden Druckmittel und Anreize angewendet, die neben dem legalen Rahmen der durch die Abkommen entsteht auch Handelsvorteile und finanzielle Unterstützungen beinhalten.

Bei der Analyse der Konditionalisierungskomponente darf man allerdings nicht vergessen, dass es auch eine Sozialisationskomponente gibt, die an dieser Stelle kurz erwähnt werden sollte und die ebenso aus dem Erweiterungsprozess in die Nachbarschaftspolitik übernommen wurde.

„Sozialisation is when actors generate behavior changes by creating reputational pressure through shaming, persuasion and other efforts so socialize state actors.“⁸¹

Die Sozialisierung, sowie auch die bewusste Bezeichnung der Zielländer als „Partner“ durch die Kommissionsmitarbeiter soll dazu beitragen den Dialog und die Bereitschaft für eine gemeinsame Politik zu fördern.

⁸¹ vgl. Johnston 2001, Seite 488

2.7 Die ENP und die Auswirkungen auf die Entwicklungspolitik

Warum ist die Entwicklungspolitik im Zusammenhang mit den Fragestellungen dieser Arbeit, sowie im Zuge einer Untersuchung der europäischen Nachbarschaftspolitik eigentlich von Bedeutung?

Unter anderem begnügt sich die Entwicklungsforschung nicht nur mit der Erforschung von Fremden außerhalb der Welt und dem Kulturkreis indem wir leben, sondern bemüht sich um Reflexion. Weiters dreht sich in der Entwicklungspolitik auch sehr um die interessante Dialektik zwischen der Peripherie und dem Zentrum von Machtsystemen, sowie der Betrachtung des Fremden und des Eigenen.

Die Entwicklungsforschung hilft uns dabei zu verstehen und einen Vergleich zwischen Ländern herzustellen, der für diese Untersuchung aufgrund der vollkommen unterschiedlichen historischen, politischen und geographischen Strukturen kein leichtes Unterfangen darstellt, allerdings für eine zusammenfassende Betrachtungsweise ein notwendige und aufschlussreiche Analyse liefert.⁸²

Die Entwicklungspolitik der Europäischen Union hat die Förderung von nachhaltiger Entwicklung, sowie die Bekämpfung der Armut als deklariertes Ziel.

Entwicklung sollte allerdings auch immer hinterfragt werden, denn wenn man heute über Entwicklung spricht, dann muss man auch danach fragen nach welchen Interessen die Entwicklung eigentlich gestaltet wird.

Also Entwicklung für wen?

⁸² Novy, Andreas: Entwicklung gestalten, 2003.

„So you want our country to remain underdeveloped!“⁸³

Sagten beispielsweise hochrangige Mitarbeiter der indischen Botschaft in Bonn zu deutschen Demonstranten die unter dem Slogan *keine menschenlose Entwicklung* gegen den Sardar Sarovar Staudamm demonstrierten der zu einer Zwangsumsiedlung für tausende Menschen und zu einer Überflutung von einigen hundert Dörfern führte.

Äußerst bedenklich ist auch die Aussage des Vorsitzenden der chinesischen Forschungsgesellschaft für Menschenrechte die er bei einem Symposium in Peking von sich gab:

„In Entwicklungsländern ist es notwendig, Menschen hinzurichten, um Stabilität und die Entwicklung der Wirtschaft zu sichern.“⁸⁴

Die Entwicklungspolitik muss vor allem in Zeiten der Globalisierung eine genaue Ausdifferenzierung vornehmen. Besonders in der dritten Welt und bei der Analyse der Macht von internationalen Unternehmen darf der Faktor Armut in diesen Ländern nicht aus dem Blickfeld geraten und die humanitären Ziele sollten vor wirtschaftliche Eigeninteressen gestellt werden, ansonsten sollte es nicht unter dem Namen Entwicklungspolitik geführt werden. Weiters muss in den Zielländern ein Schwerpunkt auf die internen Faktoren gesetzt werden, wie der Aufbau einer örtlichen Infrastruktur, eines Bildungssystems, einer öffentlichen Verwaltung. Dies ist alles Teil einer good governance wie sie die Europäische Union in ihrer Nachbarschaftspolitik deklariert. Aufgrund der Überschneidungen der deklarierten Bestrebungen von Entwicklungspolitik und Nachbarschaftspolitik ist es für diese Arbeit interessant inwieweit durch diese beiden Ansätze eine stärkere Partizipation der Bevölkerung herbeigeführt werden kann.⁸⁵

⁸³ Aram Zai, 2004. *Entwicklung als Ideologie. Das klassische Entwicklungsparadigma und die post development Kritik. Ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses.* Hamburg.

⁸⁴ Zitat aus deutschem und chinesischem Symposium in Peking am 25.1.2011 – siehe Aram Zai, 2004. *Entwicklung als Ideologie. Das klassische Entwicklungsparadigma und die post development Kritik. Ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses.*

⁸⁵ In diesem Zusammenhang wird auch von empowerment gesprochen.

Die Entwicklungspolitik darf daher nicht nur auf Wirtschaftswachstum hin ausgerichtet sein, sondern muss sich mit den Frage der Lebenserwartung, der Bildung, der Gesundheit und der Kindersterblichkeit beschäftigen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten stellen mehr als die Hälfte der weltweiten Entwicklungshilfe bereit (56 %). Die EU will die Millennium-Entwicklungsziele wie geplant bis Ende 2015 erreichen.

Angesichts einer wirtschaftlichen Krise kommt es ganz besonders darauf an, die Entwicklungshilfe optimal zu koordinieren und die Wirksamkeit zu erhöhen. Eine jüngste Studie belegt, dass jährlich zwischen 3 und 6 Mrd. EUR eingespart werden könnten, wenn die Mitgliedstaaten sich auf EU-Ebene abstimmen und geschlossen vorgehen würden.⁸⁶ Dies würde auch Doppelarbeit und unnötige finanzielle Doppelgleisigkeiten verringern.

Die Zusammenarbeit auf EU-Ebene führt zudem zu einer Minimierung der Kosten. Die anhand von Angaben aus dem Jahr 2009 auf 5,4 % geschätzten Verwaltungskosten sind geringer als die durchschnittlichen Verwaltungskosten der größten bilateralen Geldgeber. Die geltenden Verwaltungsvorschriften sollen sicherstellen, dass das Geld der europäischen Steuerzahler ordnungsgemäß ausgegeben wird. Es gelten strenge Kriterien, deren Einhaltung überwacht werden müssen. Dies gebietet der Grundsatz der Transparenz und der ordnungsgemäßen Verwaltung.

Entwicklungshilfe ist eine Investition, die allen Europäern zugute kommt. Dank der Entwicklungszusammenarbeit können einige Probleme frühzeitig gelöst und Mittel eingespart werden. Indem jene Länder unterstützt werden, die unmittelbar von Krisen bedroht sind, werden auch Probleme wie Migration, Klimawandel, Ernährungssicherheit, Piraterie, sexuelle Gewalt und viele andere Bereiche behandelt. Es ist weitaus sinnvoller, sich mit den Ursachen der Armut zu befassen, als die Symptome zu bekämpfen.

Die Friedensfazilität für Afrika ist ein gutes Beispiel dafür, wie die EU in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten tätig werden kann. Die Mitgliedstaaten, von denen die meisten in diesem Bereich nicht tätig sind, können jedoch im Rahmen der EU ihren Beitrag einfach, rasch und

⁸⁶ vgl. *The Benefits of a European Approach*, HTSPE, 2009

gezielt einbringen. Seit 2004 hat die EU 740 Mio. EUR zur Konfliktvermeidung bzw. zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten bereitgestellt.

Die Nahrungsmittelfazilität ist ein weiteres Instrument, das nur von einem Geber wie der EU, die über die nötige kritische Masse verfügt, geschaffen werden konnte. Im Rahmen dieser im Dezember 2008 zur Bewältigung des drastischen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise in Entwicklungsländern eingerichteten Fazilität wurden im Zeitraum 2009-2011 zusätzlich 1 Mrd. EUR für Projekte und Programme in 50 Zielländern bereitgestellt. Dies zeigt, dass Europa bei weltweiten Nahrungsmittelkrisen eine effektive Hilfe leisten kann, zu der ein einzelner Mitgliedstaat nicht in der Lage wäre.

Im Rahmen des von der Europäischen Union 2009 eingeführten FLEX-Mechanismus (Flex „V“) konnte 40-80 Millionen Menschen in Entwicklungsländern geholfen werden, die aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise besonders armutsgefährdet waren. 2009 und 2010 wurden von den 500 Mio. EUR, die im Rahmen dieses Mechanismus vorgesehen waren, 434 Mio. EUR ausgezahlt. 17 der ärmsten Länder Afrikas und des karibischen Raums konnten diese Hilfe in Anspruch nehmen.

2.8 Der Aspekt der Menschenrechte in der ENP

Obwohl auf internationaler Ebene bereits durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte neben anderen Konventionen existieren und auch eine bedeutende Rolle für die Staatengemeinschaft spielen, zeigt sich die EU bestrebt darin ihren Beitrittskandidaten den Menschenrechts Acquis zu verankern und in ihren Außenbeziehungen auf die Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte zu achten.

Weiters spielen die Menschenrechte im Rahmen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit zum Beispiel mit dem AKP Staaten eine wichtige Rolle.⁸⁷

In Bilateralen Handelsabkommen wird ebenso auf die Einhaltung der Menschenrechte geachtet und im Falle von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen kann es zur einseitigen Auflösung oder Aussetzung der Verträge durch die EU kommen.

Zu einem der wichtigsten Elemente der Menschenrechte und der Demokratiepolitik der EU gehört das europäische Parlament. Mit einem eigenen Unterausschuss für Menschenrechte, der zu dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten dazu gehört werden häufig Debatten über Menschenrechtslagen in Drittländern aufgeworfen. Das Parlament richtet auch schriftliche oder mündliche Anfragen in bestimmten Fällen an die Kommission oder den Ministerrat. Es diskutiert in öffentlichen Hearings über die Menschenrechte und die Außenpolitik. Es kann die Aufmerksamkeit auf Menschenrechte lenken, dies wird besonders häufig während bestimmter Staatsbesuche praktiziert.

Weiters werden interparlamentarische Delegationen und Diskussionsformen eröffnet und andere Kontakte, zum Beispiel zu NGO's gepflegt.

Das EP arbeitet sehr eng mit dem Rat und der Kommission zusammen. Vor allem auf dem Gebiet der vertraglichen Beziehung zu Drittstaaten und auch im Falle von Sanktionen. Das EP ist Mitbegründer des European Community Humanitarian Office "ECHO", welches sich seit 1992 mit der Koordination humanitärer Aktionen befasst.

⁸⁷ Das sind Staaten aus Afrika, Karibik und dem Pazifik.– siehe auch Lome und Cotonou Abkommen.

Hans Morgenthau beschreibt, dass es keine offensichtliche Beziehung zwischen den Menschenrechten und der Außenpolitik besteht.⁸⁸

Trotzdem stellen die Menschenrechte einen wesentlichen Kern der gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik dar. Dies hat mehrere Gründe: Zum einen beanspruchen Menschenrechte das öffentliche Interesse und stellen neben einem humanitärem Ziel auch einen Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens dar. Sie sind ein Garant zur Wahrung der Identität des Staates und ideologisch geprägt.

Für die EU sind die Menschenrechte daher nicht nur außerordentlich relevant, sie gelten als der klare Ausdruck von rechtlich geregelten "europäischen" Werten und stellen auch ein wirksames Instrument zur Verfolgung politischer Ziele dar.

Nach Manfred Nowak, ist die EU sogar seit dem Vertrag von Maastricht dazu verpflichtet⁸⁹ die Menschenrechte in den Außenbeziehungen zu verfolgen, da die grundlegenden Menschenrechte zu den allgemeinen Prinzipien des Gemeinschaftsrechtes gehören.

Die EU kann durch ein gemeinsames Vorgehen gegen eine grobe Verletzung der Menschenrechte weit effizienter vorgehen, als dies bei einzelnen staatlichen Maßnahmen der Fall gewesen wäre. Hinsichtlich der europäischen Werte ist die Außenpolitik ein Ausdruck gesellschaftlicher Interessen und Werte.⁹⁰

⁸⁸ vgl Hans Morgenthau 1979, zitiert in Donnelly, Jack: 2005, S. 155

⁸⁹ vgl. Nowak, Manfred 1999 S. 687

⁹⁰ vgl. Dirk Peters und Wolfgang Wagner

3. Das Funktionieren der europäischen Nachbarschaftspolitik und des Regelexport am Beispiel von Ländern des Mittelmeerraums

Die folgenden Beispielländer Israel und das Königreich Marokko sollen nun im Detail zeigen, wie die Europäische Nachbarschaftspolitik in der Realität umgesetzt wird. Der Fokus wird hierbei darauf gelegt, welche Auswirkungen die ENP auf die Gesellschaften und deren regionale Konflikte hat und wie sie dazu beiträgt, oder beitragen kann, diese zu minimieren wird im Anschluss in einer gemeinsamen Analyse diskutiert. Ob die ENP hier direkt auf die regionalen Konflikte in bestimmten Nachbarschaftstaaten eingeht oder nicht wird, soll untersucht werden und dazu werden im folgenden Kapitel die Länder Israel und Marokko genauer betrachtet.

Die Potenziale einer Krisen und Konfliktlösungsorientierten Politik sind zwar zweifellos vorhanden, allerdings ob die Europäische Union durch ihre normative Kraft als Zivilmacht auftritt oder ob sie ihre realpolitischen Interessen verfolgt gilt zu beobachten. Die noch andauernden Krise direkt vor der Haustür Europas, vor allem in den Ländern des Mittelmeerraumes liefert uns einen interessanten Einblick die Europäische Nachbarschaftspolitik einen Beitrag dazu leisten kann einen politischen Dialog zu fördern der einen Einfluss auf eine Krisenbewältigung in diesen Regionen bringen kann

Die Anzahl der Konflikte in der Nachbarschaft der Europäischen Union ist enorm. Sie reichen vom Nahen Osten bis in die Westsahara und sind auch im Osten der EU immer noch präsent. Die EU hat allerdings auch ein Eigeninteresse an der Lösung dieser Konflikte, da sie ihre Strategie

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich allerdings mit den südlichen Partnern, da die Situation im Zuge des arabischen Frühlings unmittelbare Erkenntnisse über den Erfolg und die Ergebnisse einer Reformorientierten Nachbarschaftspolitik bringen kann. Außerdem hat die Nachbarschaftspolitik sich in der Zeit seit dem Zerfall des Ostblocks und der Sowjetunion weiterentwickelt und die Kommission setzt auf andere Schwerpunkte als zuvor.

Es besteht ein unmittelbares Interesse, dass die Union gemeinsam mit den Nachbarstaaten die Lösung der bestehenden Konflikte vorantreibt. Dabei hat sich innerhalb der ENP auch ein Paradigmenwechsel vollzogen, es heißt jetzt nicht mehr „Stabilität“ um jeden Preis, sondern um eine nachhaltige Entwicklung der Reformbestrebungen der einzelnen Länder.

Dabei geht es der EU auch um die Wahrung der eigenen Interessen, da Krisen, Konflikte und Eskalationen die die politischen Reformen und die wirtschaftliche Entwicklung in den Nachbarländern untergraben, nicht nur in unbewältigbaren Migrationsströmen ausarten können, sondern auch eine Unterbrechung bestimmter Handelswege und Versorgungsleistungen bedeuten. Weiters ist es ein sicherheitspolitisches Interesse die humanitäre Lage in bestimmten Regionen zu verbessern, da ansonsten der Nährboden für terroristische und kriminelle Aktivitäten die Sicherheit der europäischen Bürger gefährden könnte.⁹¹

Die ENP bezieht sich allerdings nicht nur auf Staaten, Nachbarländer, deren Regierungen und Institutionen, sondern auch auf die Zivilgesellschaft und auf Organisationen sowie auf akademische Einrichtungen.

Es wird den Ländern auch die Mitwirkung an Programmen und Agenturen der Europäischen Union angeboten. Zum Beispiel konnte Israel als erstes ENP Land am Programm Wettbewerb und Innovation teilnehmen.⁹² Dadurch erhofft sich die Union eine Erhöhung der Attraktivität ihrer Partnerschaft. Die EU unterstützt im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik die mediterranen Länder mit finanziellen Förderungen und setzt im gleichen Zug auch auf sozialpolitische Maßnahmen und wirtschaftliche Reformen um den Reformprozess in diesen Ländern zu unterstützen.

⁹¹ Vgl. Bericht der KOM 05.12.2007 “Für eine starke Europäische Nachbarschaftspolitik”, Seite 7.

⁹² Vgl. Bericht der KOM 05.12.2007 “Für eine starke Europäische Nachbarschaftspolitik”, Seite 12.

3.1 Die Europäische Nachbarschaftspolitik mit Israel

Europa hat einen besonderen Status in der Region und besonders in Israel. Nach dem Osler Prozess im Jahre 1993 und vor allem aufgrund des Barcelona Prozesses, auf den schon auf einer anderen Stelle in der Arbeit näher eingegangen wurde, war das Interesse der Europäischen Union groß sich im Nahen Osten vermehrt zu engagieren. Dabei lassen sich drei Punkte zur Erklärung des europäischen Engagements heranziehen. Erstens aufgrund der historischen Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk und zweitens aufgrund der im Barcelona Prozess deklarierten Gründe und des Interesses zur Schaffung von Frieden und Stabilität in der Region. Als dritten Punkt sind die wirtschaftlichen Interessen als Erklärung für ein europäisches Engagement in der Region heranzuziehen.⁹³ Der historische Punkt lässt sich zum Beispiel aus der Beziehung zwischen Deutschland und Israel oder Österreich und Israel nicht wegdenken und wird noch lange Zeit präsent in den politischen Beziehungen dieser Länder eine Rolle spielen. Aus diesem Grund ist auch zu beobachten, dass die Europäische Union sich im Nahostkonflikt eher zurückhaltend verhält und keine besonders aktive Rolle in diesem Friedensprozess bisher eingenommen hat. Es gibt auch die Meinung, dass die Schuld an diesem Konflikt im Nahen Osten in Europa zu suchen ist, wie der Historiker Moshe Zimmermann in seinem Buch über die Wurzeln des Nahostkonfliktes beschreibt. Er erklärt in seinem Buch, dass die Zionisten aus Europa nicht nur eine emanzipatorische Grundhaltung mitbrachten, sondern auch eine nationalistische und sogar rassistische Grundhaltung aus Europa mitnahmen.⁹⁴ Allerdings lässt sich in vielen ehemaligen europäischen Kolonien die Frage der Schuld auf die ehemaligen Kolonialmächte abwälzen und da die Verfolgung dieser alten Fragestellung nicht wesentlich zu einer Lösung der Konflikte beitragen kann, soll sie auch an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden, sondern vielmehr die aktuellen Ansatzpunkte einer europäischen Politik die heutzutage Auswirkungen auf die Region haben können.

⁹³ vgl. Muriel Ausseburg, *Der Nahost – Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven*. In: *Friedenswarte* Heft 2-3, 2001 S. 280.

⁹⁴ siehe Moshe Zimmermann, *Europa ist schuld. Die tiefen Wurzeln des Nahostkonflikts*. Feuilleton *Süddeutsche Zeitung*, 14.10.2000

Europa hat es geschafft im Barcelona Prozess alle Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen allerdings setzte die EU eher auf den Punkt durch den Barcelona Prozess die sozioökonomischen Rahmenbedingungen für eine langfristige Stabilität in der Region zu fördern und setzte damit auch den Schwerpunkt auf die wirtschaftlichen Entwicklungen. Der Barcelona Prozess konnte allerdings nicht viel zu dem Friedensprozess beitragen, wie der Stellvertretende Leiter der Deutschen Vertretung in Ramallah, Jens Lütkenherm, in einem Interview im August des Jahres 2001 verlautbarte. Allerdings sollte man auch nicht zu vorschnell urteilen und die Auswirkungen des Barcelona Prozesses mit zu hohen Erwartungen überfordern. Der Israelische Botschafter in der EU, Ephraim Halevy, bezeichnete schon die erfolgreiche sektorale Zusammenarbeit der Konfliktparteien als einen großen Schritt in die richtige Richtung und eine vertrauensbildende Maßnahme.⁹⁵

⁹⁵ siehe Howard M. Sachar, *Israel and Europe. An Appraisal in History.* New York, 2000, S. 354

3.1.1 Einleitende Betrachtung über den Staat Israel

Der Staat Israel stellt im Zusammenhang mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik einen Sonderfall dar. Zum einen weil er wirtschaftlich stärker und stabiler als die anderen Staaten in der Region ist und zum anderen weil es sich noch immer um die einzige Demokratie in Nahen Osten handelt. Wenn es um die Frage von europäischen Sicherheitsinteressen in der Region geht so steht das Land Israel eher nicht als ein Entwicklungsland dar, sondern als ein starker hochgerüsteter Partner, der aber auch andere Interessen verfolgt als die Europäische Union. Die Israelische Außenpolitik ist auch viel stärker zum Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika geprägt als durch die Europäische Union. In Israel besteht oft sogar eine Skepsis gegenüber der europäischen Politik und Interventionen aus Europa werden oft zurückgewiesen. Auf der einen Seite könnte die EU allerdings mit wirtschaftlichen Sanktionen dem Land Israel schaden, wenn die Regierungen in bestimmten Punkten, wie zum Beispiel dem fortschreitenden Siedlungsbau israelischer Siedlungen in der Westbank, nicht einlenkt. Andererseits würde eine wirtschaftliche Blockade Israels durch die Europäische Union die Kräfte schwächen, die einen Frieden befürworten und würde den weniger kompromissbereiten Akteuren einen Aufschub verleihen. Dazu kommt noch, dass wirtschaftliche Sanktionen ja gerade gegen die Idee der nachhaltigen Stabilität der Europäischen Nachbarschaftspolitik sprechen würden und sehr wahrscheinlich auch keine Auswirkungen auf die Friedensverhandlungen hätten.⁹⁶

⁹⁶ vgl. Ortega, 2003, S.160

3.1.2 Vertragsbeziehungen zu Israel

Die ersten Beziehungen zwischen Israel und der Union verfestigten sich im Jahre 1975 im Rahmen eines ersten Kooperationsabkommens. Im Jahr 1995 fingen die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen an, welches im Jahr 2000 schlussendlich in Kraft trat. Der erste Aktionsplan wurde im Jahr 2005 festgelegt und sollte für die folgenden drei Jahre gelten.⁹⁷

Das Assoziierungsabkommen regelt größtenteils die wirtschaftlichen Kooperationen zwischen Israel und der Europäischen Union. Es enthält allerdings auch politische Implikationen und die Förderung regionaler Kooperationen, sowie die Achtung von Menschenrechten und demokratischen Werten.

In einem generellen Treffen über die politische, ökonomische und soziale Situation in Israel wurde der Actionplan auf das Jahr 2011 verlängert. Im Februar 2011 tagte dann der Association Council, dem voraus gingen Arbeitsgruppentreffen, die sich mit dem Thema der Menschenrechte und der internationalen Organisationen zur Förderung des politischen Dialoges und der Kooperation beschäftigten.

Die Europäische Union ist Israels größter Handelspartner. Fast 40% der israelischen Importe kommen aus der Union und fast 30 Prozent der israelischen Exporte gehen in die EU. Der politische Dialog findet entweder auf dem Assoziierungsrat oder dem Assoziierungskomitee statt. Der Assoziierungsrat tagt auf Ministerebene, während das Komitee sich aus Beamten zusammen setzt und dabei wirtschaftliche Fragen behandelt. Die weitgehendsten Kooperationen zwischen Israel und der Europäischen Union finden in den Bereichen Wissenschaft und Technologie statt. Die Bedeutung der Zusammenarbeit lässt sich daran erkennen, dass Israel als erstes Land im Rahmenprogramm für Forschung und technische Entwicklung aufgenommen wurde.

⁹⁷ vgl. COM 2011 303 – Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2010 – Country Report: Israel

3.1.3 Der Palästinenserkonflikt

Im September 2011 versuchte der Palästinenserpräsident Mahmud Abbas bei der UN Versammlung in New York Unterstützung zu finden, um seinen Antrag auf Mitgliedschaft Palästinas als 194 Land bei der Uno einzubringen. Gleichzeitig wäre dann auch das palästinensische Territorium als Staatsgebiet anzuerkennen. Ein Vorstoß der nicht nur auf Skepsis auf internationaler Ebene stößt, sondern auch die radikalislamische Terrororganisation, die über den Gaza Streifen herrscht der zu dem Teil der palästinensischen Autonomiegebiete gehört, ist gegen den Antrag einer Mitgliedschaft der UNO⁹⁸, da dies wiederum zu Verhandlungen mit Israel führen würde und dies ist nicht im Interesse der Hamas. Dass die Palästinenser einen eigenen Staat bekommen wurde bereits im Jahre 2003 in der „Roadmap“ unter dem Titel „Ergebnisorientierte Straßenkarte für eine dauerhafte zwei Staaten Regelung und zur Beilegung des israelisch – palästinensischen Konflikts von allen Beteiligten offiziell akzeptiert. Der Außenminister der israelischen Regierung Avigdor Lieberman und der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu haben bei ihrem Amtseid sogar darauf geschworen, dass diese Politik zur Schaffung einer 2 Staatenlösung weiterverfolgt wird.⁹⁹

Aus diesem Grund wird der Vorstoß des Palästinenserpräsidenten als Versuch interpretiert, Israel auf internationaler Ebene unter Druck zu setzen und eine Stimmung gegen den israelischen Staat zu entfachen. Weiters wird bei dieser Debatte vergessen, dass es bereits einen palästinensischen quasi Staat mit eingeschränkter Souveränität gibt. Im Jahr 1993 hat Israel offiziell die PLO als Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannt und versucht nicht über die Palästinenser zu herrschen, was angesichts eines jüdisch demokratischen Staates allein anhand der großen Araber auch wohl kaum möglich wäre.

⁹⁸ vgl. www.israelnationalnews.com/News/News.aspx/147979#.Tnshy7-HIaA, zuletzt abgerufen am 22. September 2011.

⁹⁹ Auch in den Jahren 2000 und 2008 haben israelische Führungskräfte, namentlich Ehud Barak und Ehud Olmert der Gründung eines palästinensischen Staates zugestimmt. Siehe dazu www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-14988070, zuletzt abgerufen am 22. September 2011.

Das es eine Eigenstaatlichkeit für die Palästinenser gibt, liegt somit auch im Interesse Israels, obwohl einige rechte dagegen sind, dass biblische Städte wie Nablus oder Hebron den Palästinensern überlassen werden. Was aber durch die israelische Regierung, obwohl der ehemalige Ministerpräsident Ariel Sharon ein Hardliner war, gegen den Willen der Rechten durchgesetzt wurde.

Die Israelische Regierung sieht den einseitigen Vorstoß Abbas als Grundlage den israelischen Staat zu diskriminieren und bei zahlreichen UNO Gremien, sowie dem Internationalen Gerichtshof das Land weiter zu diskreditieren. Dafür spricht nicht nur die Haltung des Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas, der es ablehnte sich im Zuge seines Aufenthaltes in New York mit dem israelischen Premierminister zu Verhandlungen zu treffen, sondern auch die Weigerung den Staat Israels als Staat jüdischer Nationen anzuerkennen, da Abbas nicht auf das Rückkehrrecht der Palästinenser verzichten möchte. Die Frage wieso ein Rückkehrrecht noch für die Strategie der Palästinenser relevant ist, wenn Palästina der 194te weltweit anerkannte souveräne Staat wird kann die israelische Regierung nur insofern deuten, als dass es darum geht den Staat Israel durch einen arabischen Staat zu ersetzen oder zumindest zu minimieren. Dies erklärt sich auch anhand der offenen Forderung des Palästinenserpräsidenten Abbas, wo er nicht die Grenzen aus dem Jahre 1967 als Ziel seiner Bestrebungen beschrieb, sondern die Grenzlinien aus dem Jahr 1947 als Ziel seiner Bemühungen definierte. Demzufolge würden die Palästinenser Ansprüche auf den Süden der Stadt Tel Aviv, auf die Stadt Nazareth, Naharija, Beer Schewa und den Ben Gurion Flughafen ausdehnen.¹⁰⁰ Vom heutigen Israel wäre dann kaum noch etwas vorhanden. Aus diesem Grund weigert sich der Palästinenserpräsident einer Lösung zur Beendigung des Konflikts zuzustimmen. Die Lösung könnte einerseits so aussehen, dass der Staat Palästina als Nicht-Mitglied der UNO einen Beobachterstatus erhält und somit mehr Souveränität erhält als sie als Autonomiegebiet im Moment inne hat. Aus diesem Grund ist ein intervenieren der internationalen Staatengemeinschaft notwendig, denn selbst ein ausgerufenen Staat würde Palästina, würde die Probleme in der Region nicht lösen. Weiters kann sich kein Staat auf soliden Grundfesten etablieren wenn nicht zuvor durch Verhandlungen die Existenz aller Nachbarn anerkannt und gefestigt wurde, sowie die Sicherheit und die Lebenssicherung der

¹⁰⁰ Vgl. www.n-tv.de/politik/Israel-will-Palaestina-194-verhindern-article4336891.html, zuletzt abgerufen am 22. September 2011

Bevölkerung gewährleistet wird. Dies beinhaltet zum Beispiel die Fragen der ungeklärten Grenzstreitigkeiten, die Jerusalemfrage sowie die Frage der Rückkehr von Flüchtlingen in die jeweiligen Heimatgebiete. Dies kann sicher nicht durch eine Destabilisierungskampagne erfolgen, sondern nur durch den Verhandlungsprozess indem diese offenen Dinge einvernehmlich gelöst werden.

3.1.4 Die Wasserproblematik im Nahen Osten

Aufgrund der klimatischen Bedingungen herrschen in Israel starke Schwankungen zwischen den regenreichen Wintermonaten und den niederschlagsarmen Sommermonaten. Im Laufe des Klimawandels sinkt auch die Gesamtniederschlagsmenge des Landes, was die Wasserversorgung der Region erheblich erschwert. Die meisten Regenfälle fallen in den Zeitraum zwischen November bis Februar in den anderen Monaten gibt es so gut wie gar keinen Regen. Dazu kommt noch, dass ein großer Anteil des Wassers aufgrund der hohen Temperaturen wieder verdunstet. Dazu kommt, dass das Land aus bis zu 60 % Wüste besteht. Aus diesen Gründen kommt es immer wieder zu einer Wasserknappheit der auch deutlich am Meeresspiegel des toten Meeres ablesbar ist. Dieser sinkt von Jahr zu Jahr und die Hotels, welche sich als Kurbetriebe in der unmittelbaren Umgebung des toten Meeres angesiedelt haben, müssen ihre Gäste immer weiter ans zurückweichende Ufer bringen.¹⁰¹

¹⁰¹ vgl. Thobanen, Henning: "Der Wasserkonflikt im Jordanbecken", 2005, S. 10 - 11

3.1.5 Europäische Konfliktlösungsstrategie in Israel

Die Frage ob die EU mit Hilfe ihrer Nachbarschaftspolitik grundsätzlich sich als geeignet erweist regionale Konflikte zu lösen oder ob sie im internationalen System eher versucht ihre eigenen Interessen zu vertreten, erweist sich als äußerst schwierig. Wenn es ein wichtiges Interesse der Union ist, Frieden und Wohlstand und Stabilität in den südlichen Nachbarstaaten einzuführen, wieso nimmt sie dann so eine passive Rolle in den Friedensverhandlungen im Nahen Osten ein? Es kam sogar zwischen Israel und der Union zu einer Eiszeit, was ihre diplomatischen Beziehungen anbelangt. Die Beziehungen zwischen der EU und Israels stagnierten zum Beispiel während der schwedischen Ratspräsidentschaft. Seit dem Lissaboner Vertrag wurde nun dem ein Riegel vorgeschoben, indem das Land welches den EU Vorsitz führt nicht so einfach die Außenpolitik ganz Europas bestimmt.

Im Bezug auf den Friedensprozess im Nahen Osten ist die EU dazu aufgerufen sich engagiert an einer Zwei Staaten Lösung zu beteiligen. Palästinenser und Juden die von ihren Wohnungen vertrieben wurden sollen die Möglichkeit haben entweder in ein neues Zuhause oder ein altes und sicheres Zuhause zurückzukehren.

Die EU verfolgt allerdings eine eher zurückhaltende Strategie und man kann dies auch als abwartende Position interpretieren, dies ist unter anderem am uneinheitlichen Verhalten der Europäischen Außenminister erkennbar, wie beispielsweise im Vorfeld der UNO Vollversammlung im Herbst 2011 und auch aufgrund der stagnierenden Entwicklung die im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2010 läßt sich ablesen, dass im Friedensprozess im vergangenen Jahr keine signifikanten Fortschritte erzielt wurden.¹⁰² Dabei ist es interessant welche Rolle die Union beim Friedensprozess einnimmt. Die EU befürwortet offiziell ebenso eine 2 Staatenlösung in der Palästina als existenzfähiger, demokratischer und friedfertiger souveräner Staat beschrieben wird, wie die USA.

¹⁰² vgl. Implementation of European Neighbourhood Policy in 2010 in Israel, Report Seite 2.

Weiters hat die EU offiziell die Hamas, den islamischen Jihad und andere palästinensische Gruppen auf die Liste der terroristischen Organisationen gesetzt und spricht Israel das Recht zu sich gegen die von diesen Organisationen ausgehenden Gewaltakte zu verteidigen.¹⁰³ Das als großen Wurf zu bezeichnen ist weit übertrieben, und die Interessen der Europäer sind eher diffus als koordiniert.

Trotz zahlreicher Programme und eines offiziellen Positionspapiers der EU als Partner im Friedensprozess¹⁰⁴ wird im Gaza Streifen immer noch mit Waffen gehandelt. Die Importverbote für den Gaza Streifen hat Israel im Dezember 2010 teilweise gelockert obwohl sich der israelische Soldat Gilat Shalit damals immer noch in der Gefangenschaft der Hamas befunden hatte.

Weiters ist nicht ersichtlich wie die EU auf die bestehenden Ängste der beiden Seiten einzugehen versucht. Die Befürchtungen Israels bei einer Verteidigungsaktion seiner Bürger durch die internationale Gemeinschaft verurteilt zu werden ist nicht unberechtigt. Im Jahre 2005 zog sich die israelische Armee aus dem Gaza Streifen zurück und dies war für viele der Versuch, dass ein Frieden ohne den Einsatz von Truppen auch hergestellt werden könne. Dies sollte sich als desaströser Fehler herausstellen, da nach dem Abzug der israelischen Truppen Raketen aus dem Gaza Streifen auf israelische Dörfer und Siedlungen in der unmittelbaren Nähe der Grenze abgefeuert wurden. Als daraufhin die israelischen Truppen in den Gaza Streifen einmarschierten um den Abschuss von kleineren Raketen auf ihr Territorium zu verhindern wurden sie von der internationalen Gemeinschaft verurteilt. Der Alptraum der israelischen Bevölkerung ist nun in diesem Zusammenhang, dass das gleiche Szenario welches im Gaza Streifen passierte, sich in der Westbank wiederholen könnte. Angriffe von der Westbank auf den Staat Israel könnten fast jeden Punkt des Landes erreichen und würden ein normale Leben in Israel so gut wie unmöglich machen.

¹⁰³ Siehe the EU Partnership for Peace Programme http://eeas.europa.eu/delegations/israel/projects/overview/index_en.htm, zuletzt abgerufen am 22. September 2011

¹⁰⁴ vgl. www.enpi-info.eu/mainmed.php?id=11&id_type=10, zuletzt abgerufen am 22. September 2011

Der Schlüssel dazu liegt darin das israelische Volk davon zu überzeugen, dass keine Gefahr für Israel, wie im Fall des Gaza Streifen, aus einem unabhängigen palästinensischen Staat entstehen wird.¹⁰⁵ Bisher ist es bedauerlicherweise noch nicht zu einer dauerhaft friedlichen Lösung des Konfliktes gekommen. Wie auch immer die Lösung aussehen wird, es bleibt zu hoffen dass ein Zitat von Immanuel Kant sich durchsetzen wird, welches besagt:

„Der Friede ist ein Meisterstück der Vernunft“

¹⁰⁵ vgl. www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-14988070, zuletzt abgerufen am 22. September 2011

3.2 Die Europäische Nachbarschaftspolitik mit Marokko

Die EU setzt auf Marokko einen besonders wichtigen Schwerpunkt in ihrer Außenpolitik. Dies lässt sich aufgrund der hohen Förderungen aus dem Nachbarschaftsbudget für Marokko erkennen. Allein in den Jahren von 2007 – 2010 betrug die finanzielle Förderung der ENP für Marokko circa 654 Millionen Euro.¹⁰⁶

Aufgrund der finanziellen Förderungen haben auch europäische Unternehmen die Chance sich an Projekten und Ausschreibungen in Marokko zu beteiligen. Dadurch versucht auch die Union europäische Unternehmen zu fördern. Die Basis für die finanzielle Förderung von Marokko liefert der Aktionsplan, der auch den Ablauf der Projekte regelt. In der Regel werden Projekte 2 Jahre vorher beschlossen bevor sie vergeben werden. Seit dem Jahr 2000 ist mit Marokko ein EU Assoziierungsabkommen in Kraft. Der Transport, sowie der Energiesektor und die Verbesserung der Bedingungen für ausländische Investitionen stellen wichtige Eckpunkte in den Beziehungen der Union mit Marokko dar. Als weiteres wichtiges Ziel wurde auch die Förderung und Etablierung eines nachhaltigen Wachstums anvisiert.

Aufgrund der offenen Haltung der marokkanischen Regierung gegenüber dem Ausland wurde dem Land im Jahr 2008 der Status Avancé zuerkannt, sowie die Zusammenarbeit um zusätzliche Bereiche erweitert.

¹⁰⁶ vgl. Trade Report vom 13 Jänner 2011, Kirsten Hungermann

3.2.1 Einleitende Betrachtung über das Königreich Marokko

Die Entwicklung in Marokko ist ähnlich wie in den Osteuropäischen Staaten, bevor sie EU Mitglieder wurden. Marokko hat auch ein Beitrittsgesuch zu Europäischen Union gestellt welches allerdings abgelehnt wurde. Die Gründe für die Absage waren vielfältig.

Zum einen sind die Standards an Freiheiten und Rechte der Bürger in der Union keineswegs mit denen der Bürger des Königreichs vergleichbar. Die Medienfreiheit ist in Marokko nur partiell vorhanden und auch ausländische Korrespondenten werden gegenwärtig oft auf ihre Genehmigungen hin untersucht.¹⁰⁷ Zum anderen herrschen viele soziale Krisen und Unruhen, sowie auch regionale Konflikte wie der Westsaharakonflikt.

Es ist noch ein langer Weg zu den sozialen Reformen, die im Zuge des Modernisierungsprozesses eingeleitet werden. Frauenrechte und Gleichbehandlungen müssen sich erst durchsetzen. Beispielsweise ist der Anteil der Frauen mit unehelichen Kindern sehr hoch und gegen diese Frauen kommt es sehr oft zu gewalttätigen Übergriffen, weil es den gesellschaftlichen Werten nicht entspricht, dass eine Frau nicht verheiratet ist und Kinder hat. Es kommt vor, dass Frauen von ihren Männern zusammengeschlagen werden, weil sie schwanger werden und die Männer eine Abtreibung fordern. Die Organisation INSAF unterstützt beispielsweise Frauen, die vor der Ehe schwanger geworden sind und große Angst davor haben, dass ihre Familie sie verstößt. Oft werden solche unehelich schwangeren Frauen als Prostituierte bezeichnet und bekommen keine Unterstützung mehr durch ihre Familie.¹⁰⁸

Die marokkanische Minister für Social Affairs, Nouzha Skalli, setzt sich sehr stark für die Frauenrechte in der Regierung ein und versucht den Frauen vom Land Arbeitsplätze zu verschaffen, wobei dies mit einem Kind fast unmöglich ist ohne eine organisierte Kinderbetreuung, die es den Müttern ermöglicht einem Beruf nachzugehen oder etwas zu lernen.

¹⁰⁷ siehe www.euronews.net/2011/04/06/morocco-s-march-for-change/, zuletzt abgerufen am 16.Jänner.2012

¹⁰⁸ Vgl. www.udhr60.ch/report/donnely-HumanDignity_0609.pdf, zuletzt abgerufen am 24.Jänner 2012

Durch Organisationen wie INSAF¹⁰⁹ können Mütter Gruppenbetreuungen und Weiterbildungsmaßnahmen organisieren. Dadurch bekommen sie die Möglichkeit ein Ausbildung zu erlernen und sich auch gegenseitig mit Tipps bei der Alleinerziehung ihrer Kinder zu helfen.

Die Frauen werden dort ausgebildet und bekommen Informationen über Frauenrechte und Gleichberechtigung. Das Zentrum vermittelt auch einen Rechtsbeistand in Fällen von häuslicher Gewalt. Aufgrund der geringen Bildung und des hohen Grades an Analphabetismus in Marokko besteht auch eine sehr hohe Unwissenheit über Rechte und Pflichten.

Die hohe Arbeitslosigkeit ist im Königreich Marokko ebenfalls ein sehr großes Thema. Aufgrund geförderter Projekte ist die Nutzung der Bildungsangebote durch die Bevölkerung gestiegen, was insbesondere bei der jungen Bevölkerung, die weder lesen noch schreiben kann oder über Computerkenntnisse verfügt, besonders wichtig für ihre spätere Lebensphase ist.

Die Frage der sozialen Rechte sieht die marokkanische Ministerin für Soziales, Nouzha Skalli, an die wirtschaftlichen Entwicklungen gebunden.

¹⁰⁹ siehe www.untf-evaw.org/beta/?grantees=134, zuletzt abgerufen am 24 Jänner 2012

3.2.2 Vertragsbeziehungen zu Marokko

Marokko stellte schon 1987 seinen Beitrittsantrag. Dieser wurde aber am 14. Juli 1987 abgelehnt, insbesondere weil Marokko geographisch definitiv nicht auf dem europäischen Kontinent liegt. Andere Faktoren wie die sich noch entwickelnde Wirtschaft und ungelöste Grenzstreitigkeiten mit einigen Nachbarn sowie die Menschenrechtsverletzungen in der Causa Westsahara würden die Aufnahme von Beitrittsgesprächen erschweren. Allerdings gilt das Königreich Marokko als Favorit unter den Ländern mit denen die Europäische Union ihre nachbarschaftlichen Beziehungen im Rahmen der ENP betreibt.

3.2.3 Konflikte in Marokko

In den langjährigen vergangenen Beziehungen der europäischen Union mit den arabischen Staaten wurde der politische radikale Islam immer stärker als eine der größten Gefahren für die Sicherheit der Region und als Faktor für den Stabilitätsverlust charakterisiert.

„threats to European security arise not from malvolent state power but rather from a complete or partial breakdown of state authority on the other side of the Mediterranean“¹¹⁰

Die Befürchtung, dass die islamischen Bewegungen zu einer Destabilisierung der bestehenden Verhältnisse führen könnten führte dazu, dass die Union demokratiefördernde und nachhaltige Konzepte außen vor ließ und eher stabilitätsfördernde Maßnahmen unterstützte, die allerdings dazu beitrugen autoritäre Regime zu unterstützen. Es stieg die Angst, dass nicht nur die Friedensbemühungen im Nahen Osten gefährdet wären, sondern auch die arabischen Partner der Union durch radikale islamistische Gruppierungen in Bedrängnis geraten würden.

Durch das eigene Interesse der Union im Bezug auf ihre innere Sicherheit und auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die Regulierung von Migrationsströmen, die Unterbindung von Menschenhandel und präventiven Maßnahmen zum Schutz vor terroristischen Aktivitäten hat die EU in ihrer Rolle als führender Initiator der Mittelmeerpolitik die Schwerpunkte auf Sicherheit und Stabilität gesetzt. Die Nachbarschaftspolitik ist auch sehr stark an die wirtschaftlichen hegemonialen Interessen angelehnt, was sich an der derzeitigen Lage in Marokko und anderen mediterranen Ländern auch beweist. Obwohl der Barcelona Prozess schon im Jahre 1995 begann ist heute wenig zu sehen, was auf einen vermehrten

¹¹⁰ Mortimer, 1994, S. 109. Francesco Cavatorta, Raj Chari, Sylvia Kritzinger. In: The European Union and Morocco. Security through authoritarianism?, S.8. Institut für Höhere Studien (IHS)

Demokratisierungsprozess schließen lässt. Der Menschenrechtsreport von Amnesty International stellt Marokko ein relativ armes Zeugnis in dieser Hinsicht aus.¹¹¹

Es lässt verwundern, wieso die Europäische Union trotz ihrer vielseitig gepriesenen Menschenrechte und Wertanschauungen zu den Menschenrechtsverletzungen in Marokko keine Regung zeigt. Das Land Marokko hat sehr viel an finanziellen Unterstützungen durch die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union erhalten und trotzdem ist wenig auf demokratiepolitischer Ebene oder im Bereich der Menschenrechte passiert.

Trotz der offensichtlichen nicht-Bemühungen der marokkanischen Regierung in diesen Bereichen etwas zu unternehmen wurden an Marokko der größte Teil der im MEDA Budget beinhalteten finanziellen Mittel vergeben.¹¹² Durch die MEDA Programme erhielt Marokko bisher die Summe über 1,1 Milliarden Euro an Zuwendungen. Unter den MEDA I Programmen von 1995 – 1999 waren es 656 Millionen Euro und unter MEDA II von 2000 – 2003 noch einmal 524,5 Millionen Euro. Dazu kommen noch die Kredite der Europäischen Investitionsbank die von 1995 – 2002 auf die Totalsumme von 1.220 Millionen Euro kamen und die an Marokko verliehen wurden um Straßen und Infrastrukturprojekte umzusetzen und um den Bankensektor zu entwickeln. Dabei sind viele Geld an korrupte und autoritäre Regimebehörden geflossen. Weiters sind dem Königreich Marokko zur Unterstützung seiner Kampfhandlungen beispielsweise im Westsahara Konflikt Waffen und Kriegsmaterialien aus europäischen Ländern geliefert worden, obwohl der European Union Code of Conduct of Arms Export dezidiert die Belieferung von Waffen an Länder untersagt, die über keine stabile und solide demokratische Regierung verfügen. Was auf keinen Fall von Marokko behauptet werden kann.

Es ist in diesem Fall schwer eine konfliktlösungsorientierte europäische Politik zu promoten, wenn im gleichen Zug auch Waffenlieferung stattfinden, die in weiterer Folge dazu dienen die Okkupation der Westsahara zu bewerkstelligen. Weiters arbeitet die EU in ihrer Terrorismusbekämpfung mit Geheimdiensten und Sicherheitsabteilungen der Regierung

¹¹¹ Francesco Cavatorta, Raj Chari, Sylvia Kritzingen. In: *The European Union and Morocco. Security through authoritarianism?*, S.8. Institut für Höhere Studien (IHS), S. 10

¹¹² Francesco Cavatorta, Raj Chari, Sylvia Kritzingen. In: *The European Union and Morocco. Security through authoritarianism?*, S.8. Institut für Höhere Studien (IHS), S. 12

zusammen, denen man auch zuschreibt, menschenverachtende Verhörmethoden und Praktiken zu haben.¹¹³

3.2.4 Konfliktbewältigung durch die ENP in Marokko

Der Anna Lindh Report verweist auf die sozio-kulturelle Komponente der Europäischen Nachbarschaftspolitik in den Gesellschaften nordafrikanischer Länder. Er unterstreicht die Wichtigkeit der seit 1995 andauernden Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den südlichen Nachbarstaaten auf und betont die hohe Erwartungshaltung dieser Länder gegenüber der Europäischen Union, dass sich diese Annäherung und Kooperation mit der EU positiv auf die gesellschaftliche Entwicklung der Region auswirkt.¹¹⁴

Die jüngsten Entwicklungen in der arabischen Region haben gezeigt, dass auch im Falle von Marokko besonders der Fokus auf das Potenzial der virtuellen Communities gelegt werden sollte. Diese virtuellen Plattformen ermöglichen es den Bürgern sich zu vernetzen, sie ermöglichen es den Reform orientierenden Kräften sich zu organisieren und so den Anstoß für die jüngsten Entwicklungen und Proteste gegen Unterdrückung und gegen das Blockieren von Reformen hervorzurufen.

Der Anna Lindh Report ortet gerade in diesen virtuellen Plattformen das Potenzial andere Kulturen zu verstehen, indem der interkulturelle Dialog auf diesen Plattformen stattfindet und dass dadurch Reformbewegungen und Demokratieentwicklungen gefördert werden können.

Durch eine positive Konnotation innerhalb der Bevölkerung und durch die Möglichkeit der Miteinbeziehung der Bevölkerung in Nachbarschaftliche Projekte zwischen der EU und Marokko kann ein Gefühl der Zugehörigkeit und Identifizierung hervorgerufen werden.

¹¹³ Francesco Cavatorta, Raj Chari, Sylvia Kritzing. In: *The European Union and Morocco. Security through authoritarianism?*, S.8. Institut für Höhere Studien (IHS), S. 14

¹¹⁴ vgl. *The Mediterranean as an Meaningful Space, Concluding Remarks Emerging from the Annah Lindh Report, Euromed Intercultural Trends 2010, The Anna Lindh Report, S.136*

Es ist daher umso wichtiger, dass die politischen Akteure nicht auf die sozio kulturelle Komponente der Zusammenarbeit in der Europäischen Nachbarschaftspolitik vergessen und dass das Augenmerk auf die gemeinsamen Werte und Verkörperungen gelegt wird.

Werte und Ziele wie der Respekt vor kultureller Vielfalt, Solidarität mit Anderen, Courage und Achtung von einander, Innovationsgeist oder junger dynamischer Tatendrang sind jene Gemeinsamkeiten die in der Zusammenarbeit nicht vergessen werden sollen.

Aus diesem Grund muss die Union auch vor allem in Bildungsprogramme und Förderung von kulturellem Austausch investieren. Der Anna Lindh Report spricht eine Intensivierung der Kooperationen der Universitäten an.¹¹⁵

Die Akademischen Studien und Forschungen im Bereich der Sozialforschung sind von bei der Konstituierung von Institutionen und dem Aufbau einer nachhaltigen Struktur, die die Zusammenarbeit unterschiedlicher Kulturen bewerkstelligen soll, von hoher Wichtigkeit. Auch der kulturelle und soziale Aspekt des Tourismus ist wichtig, abgesehen von den wirtschaftlichen Vorteilen für die Region die der Tourismus mit sich bringt.

Die Rolle der Medien darf bei einer Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Marokko und einer Förderung von Länder übergreifende Projekte auch nicht unterschätzt werden. Eine positive Öffentlichkeitsarbeit hat einen wichtigen Einfluss auf die Bereitschaft zu neuen Projekten und die Medien können dabei helfen thematische Schwerpunkte zu setzen, genauso wie sie kritisch Hintergründe beleuchten können und zu einer Aufklärung beitragen können sofern sie frei und unzensiert arbeiten können.

¹¹⁵ vgl. *The Mediterranean as an Meaningful Space, Concluding Remarks Emerging from the Annah Lindh Report, Euromed Intercultural Trends 2010, The Anna Lindh Report, S.139*

4. Friedensförderung und Krisenbewältigung durch die Nachbarschaftspolitik der Union?

4.1 Die ENP und die Frage der inneren Sicherheit

Die Kommission hat mit Mitteln aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) zwei Pilotprojekte zur Umsiedlung von Flüchtlingen, die auf Malta gestrandet sind, innerhalb der EU finanziert. Eines davon war mit 770.000 EUR dotiert und wurde mit französischer Beteiligung durchgeführt, das andere Projekt trägt die Bezeichnung EUREMA und ist mit rund 2 Mio. EUR ausgestattet. EUREMA wird von den maltesischen Behörden geleitet, und insgesamt nehmen zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frankreich, Deutschland, VK, Portugal, Luxemburg, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei und Rumänien) an dem Projekt teil. Diese Länder haben zugesagt, rund 260, der auf Malta gestrandeten Flüchtlinge aufzunehmen. An dem Projekt sind zudem der UNHCR und die Internationale Organisation für Migration (IOM) beteiligt. Die von der EU bereitgestellten Mittel decken sämtliche Kosten ab und haben es den Mitgliedstaaten ermöglicht, die Flüchtlinge aufzunehmen, ihnen eine bessere Zukunft zu bieten und den großen Migrationsdruck zu mindern, dem sich Malta aufgrund seiner geografischen Lage des Öfteren ausgesetzt sieht.

Einrichtungen wie Europol oder Frontex erleichtern den Mitgliedstaaten die Zusammenarbeit vor Ort, beispielsweise bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, bei der Kontrolle der Außengrenzen der EU oder bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit in den offenen Räumen der EU. Die von Europol (Gesamtmittelausstattung für 2011: 83 Mio. EUR) koordinierte Einsetzung gemeinsamer Ermittlerteams hat bereits einige erfolgreiche Aktionen zur Aushebung krimineller Drogen- und Geldfälschernetze ermöglicht. Allein beim Kokain wurde im Jahr 2008 mit den von den Mitgliedstaaten gemeldeten 77 Tonnen EU-weit fast die doppelte Menge wie im Jahr 2003 sichergestellt. Da es hierfür einen EU-weiten „Markt“ gibt, bedarf es auch EU-weiter Gegenmaßnahmen.

Für den Schengen-Raum gilt die Maßgabe, dass jeder Mitgliedstaat seinen Teil der Außengrenzen für die anderen Mitgliedstaaten mitkontrolliert. Die EU muss in der Lage sein, Mitgliedstaaten, die sich aufgrund ihrer geografischen Lage, der Reiseströme und der Migrationsrouten in Schwierigkeiten befinden, zu unterstützen. Dies ist die Aufgabe von Frontex (Mittelausstattung für 2011: 78 Mio. EUR), dessen Dienste von den Mitgliedstaaten zunehmend in Anspruch genommen werden, weshalb im Juni 2011 seine Verstärkung beschlossen wurde.

Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke in Griechenland: Bei der vom 2. November 2010 bis 2. März 2011 durchgeführten Aktion unterstützten jede Woche rund 200 gut ausgebildete Grenzbeamte aus 26 Mitgliedstaaten ihre griechischen Amtskollegen bei Grenzkontrollen und bei der Identifizierung aufgegriffener illegaler Einwanderer. Die von Frontex geleiteten Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke halfen den griechischen Behörden zudem bei der Beschaffung sachdienlicher Informationen über Migrationsrouten und Schleppernetze, die sich die verzweifelte Lage von illegalen Einwanderern zunutze machen. Vor Beginn der Aktion waren im Oktober 2010 entlang der griechisch-türkischen Landgrenze insgesamt 7.607 Personen aufgegriffen worden. Während der viermonatigen Aktion wurden über 11.800 Migranten aufgegriffen, und die Zahl der illegalen Grenzübertritte ging um über 70 % zurück.

Gemeinsame Aktion „Hera“: Bei dieser von Frontex koordinierten Maßnahme handelt es sich um die bisher umfangreichste Such- und Rettungsmaßnahme der EU. Sie hat bereits zahllosen Menschen das Leben gerettet, weil illegale Einwanderer davon abgehalten wurden, mit nicht seefesten Kleinbooten die gefährliche Hochseereise von Westafrika (Senegal, Mauretanien und Kap Verde) zu den Kanarischen Inseln anzutreten. Dank der bisherigen Maßnahmen konnte die Westafrika-Route fast vollständig für illegale Einwanderer geschlossen werden (im Rekordjahr 2006 waren fast 32.000 Flüchtlinge auf den Kanarischen Inseln angekommen). Schmuggler und Menschenhändler lassen sich gleichwohl nicht ohne Weiteres abschrecken: Die organisierte Kriminalität ist gewinnorientiert und wendet immer komplexere und ausgeklügeltere Methoden an. Seit Beginn von „Hera“ hat sich die von den Menschenhändlern gewählte Route zunehmend über den zentralen Mittelmeerraum zum östlichen Mittelmeerraum einschließlich der griechisch-türkischen Grenze verlagert.

4.2 DIE ENP und die Handelspolitik

Als sich nach dem Unglück von Fukushima vom März 2011 viele EU-Bürger Sorgen wegen einer möglichen Verstrahlung von aus Japan eingeführten Nahrungsmitteln und sonstigen Waren machten, waren die Zollbehörden der EU unter den Ersten, die dafür Sorge trugen, dass die Strahlungsschwellwerte nicht überschritten wurden und keine kontaminierten Erzeugnisse in die EU gelangten.

Zusätzlich zur Erhebung von Zöllen und Agrarabgaben für die Mitgliedstaaten der EU und den EU-Haushalt (über 20 Mrd. EUR jährlich) unterstützt sie die Mitgliedstaaten bei der Erhebung von Mehrwertsteuern und Verbrauchssteuern und sonstigen Einnahmen, und sie stellt sicher, dass alle Ausfuhren kontrolliert werden, damit nicht zu Unrecht Mehrwert- oder Verbrauchssteuern erstattet werden. Des Weiteren steuert sie unmittelbar die Politik der EU im Verkehrs- und im Agrarbereich sowie bei den gesundheitspolizeilichen Maßnahmen und den Umweltmaßnahmen, und sie setzt diese Politik auch direkt um. Ferner steht die Zollunion an erster Stelle, wenn es an der Grenze darum geht, die Sicherheit der Versorgungskette zu wahren, Schmuggel und Betrug zu bekämpfen und Rechte an geistigem Eigentum zu schützen.

Die Kosten, die die 27 Mitgliedstaaten auf sich nehmen müssten, um im Hinblick auf die Betrugsbekämpfung, die Erleichterung des Handels und die einheitliche Anwendung der geltenden Rechtsvorschriften die gleichen Ergebnisse zu erzielen, wie sie die Maßnahmen der Kommission ermöglichen, wären mindestens viermal so hoch wie die Kosten der betreffenden Kommissionsmaßnahmen. Mit anderen Worten: Durch jeden von der Kommission aufgewendeten Euro werden die Gesamtkosten der 27 Mitgliedstaaten um mindestens 4 EUR verringert.

Das für den Zeitraum 2008-2013 mit 324 Mio. EUR ausgestattete Zollprogramm gewährleistet ein reibungsloses Funktionieren der Zollunion als Ganzem und vermeidet ein Flickwerk aus 27 mit Umsetzungsaufgaben befassten Verwaltungen. Beispielsweise ermöglicht das Programm den einzelstaatlichen Verwaltungen, pro Sekunde 7 Zollanmeldungen (d.h. 211 Millionen Zollanmeldungen jährlich) ohne Beeinträchtigung des Ein- und Ausfuhrverkehrs zu bearbeiten.

Das sichere EU-weite Computernetz, durch das sämtliche Zoll- und Steuerbehörden miteinander verbunden sind, verursacht jährliche Kosten in Höhe von 11 Mio. EUR, ermöglicht den

Mitgliedstaaten zugleich aber Einsparungen in Höhe von 35 Mio. EUR, die alternativ für bilaterale Netze aufzubringen wären.

Das zentrale IT-System TARIC, über das tagtäglich sämtliche Zolltarife und Handelsmaßnahmen online abgerufen werden können, ist ein weiteres Beispiel für die enormen Größeneinsparungen, die die Verwaltung durch die EU ermöglicht. Seit dem Jahr 2007 hat die Kommission insgesamt 3,7 Mio. EUR für die Entwicklung dieses Systems aufgewendet. Wenn alle Mitgliedstaaten ihr eigenes System entwickelt hätten, hätten sich die Gesamtkosten auf etwa 80 Mio. EUR (also das Zwanzigfache!) belaufen.

Ein weiteres Beispiel aus dem Zollbereich ist das System der Wirtschaftsbeteiligten (EOS), in dem Informationen über 2,5 Millionen im Kontakt mit den Zollverwaltungen stehende eingetragene Unternehmen aus den 27 EU-Mitgliedstaaten gespeichert sind. Ein solches übergreifendes System spart den Unternehmen Zeit und Ressourcen, weil sie sich nicht mehr in jedem Mitgliedstaat, in dem sie tätig werden möchten, registrieren lassen müssen. Die Kommission gab für die Entwicklung des EOS 5 Mio. EUR aus, eine separate Entwicklung durch die Mitgliedstaaten hätte 25 Mio. EUR gekostet.

Auch die Gemeinsame Fischereipolitik wird derzeit einer Reform unterzogen. Die Union hat die alleinige Zuständigkeit für den Schutz der biologischen Meeresschätze, die übrige Fischereipolitik fällt unter die gemeinsame Zuständigkeit. Im Bereich Meerespolitik und Fischerei sollen die Pilotprojekte Marsuno und BlueMassMed den Weg für eine wirksamere und kostengünstigere Seeüberwachung in der gesamten EU ebnen. Am BlueMassMed-Projekt für den Mittelmeerraum beteiligen sich die Behörden von sechs Küstenstaaten der EU. Am Marsuno-Projekt arbeiten die Behörden von neun Mitgliedstaaten des Nordseeraums sowie Norwegens zusammen. BlueMassMed und Marsuno tragen maßgeblich dazu bei, Doppelarbeit bei der Datensammlung zu vermeiden, die teuer käme und überflüssig ist, wenn sich die Behörden absprechen. Das BlueMassMed-Projekt, das von Frankreich koordiniert wird, kostet 10,2 Millionen Euro, wovon die EU 3,6 Millionen Euro übernimmt. Das von Schweden koordinierte Marsuno-Projekt ist mit einem Budget von 3,05 Millionen Euro ausgestattet. Die EU ist mit 1,9 Millionen Euro beteiligt.

Tier- und Pflanzenseuchen und die Kontaminierung der Lebensmittelkette machen nicht an den Grenzen halt. Die EU stellt jährlich rund 300 Millionen Euro für Jahres- und Mehrjahresprogramme zur Kontrolle und Ausrottung verschiedener Seuchen zur Verfügung. Mit verschiedenen Maßnahmen, darunter durch den Erlass von Vorschriften, sorgt die EU für Lebensmittelsicherheit: Sämtliche Maßnahmen fügen sich in ein umfassendes Konzept ein, das die Sicherheit von der Herstellung bis zum Verzehr - „vom Bauernhof bis auf den Tisch“ - sicherstellen soll. Trotz der Ausbreitung neuer Seuchen wie der Blauzungenkrankheit hat sich der Gesundheitsstatus des Nutztviehs in der EU, darunter auch in den neuen Mitgliedstaaten, stetig verbessert, was sich positiv auf den Handel mit lebenden Zuchttieren und mit Lebensmitteln tierischen Ursprungs im Binnenmarkt, auf die Exportmöglichkeiten der EU und auf das Vertrauen der Verbraucher ausgewirkt hat. Die EU muss einbezogen werden, wenn verhindert werden soll, dass ein Mitgliedstaat alleine die Kosten für Maßnahmen tragen muss, deren Auswirkungen grenzüberschreitend sind. Ähnlich ist es beim Pflanzenschutz, wo die Mitgliedstaaten EU-Zuschüsse zu den Ausgaben für die Ausrottung und Eindämmung von bestimmten Schadorganismen erhalten können. Ohne Unterstützung der EU können die Mitgliedstaaten Ausbrüche von Schadorganismen nur sehr schwer eindämmen, da dies für sie mit sehr hohen Kosten verbunden ist. Nutznießer der Ausrottungsmaßnahmen sind aber größtenteils auch andere Mitgliedstaaten und die EU insgesamt.

4.3 Die ENP und die Frage des Klima- und Umweltschutzes

Kaum ein Umweltproblem stoppt an den Landesgrenzen und kann von einem Mitgliedstaat im Alleingang gelöst werden. Die Mitgliedstaaten müssen ihre Anstrengungen bündeln und Partnerschaften mit Interessengruppen schaffen, um diese Probleme bewältigen zu können. Bleiben sie ungelöst, könnte dies letztendlich für die EU insgesamt sehr teuer werden.

Zu den Klimaschutzmaßnahmen der EU gehören nicht nur die ersten und sehr ehrgeizigen verbindlichen Ziele für eine Emissionsdrosselung und für erneuerbare Energieträger, sondern auch die erste und umfassendste Emissionshandelsregelung der Welt. Keiner würde wohl einen belgischen oder dänischen Kohlenstoffmarkt für sinnvoll halten oder davon einen wirksamen Beitrag zur Emissionssenkung erwarten. Wie sollten diese Länder dann eine Vorreiterrolle für unsere Partner in der Welt spielen können? Europa kann nur dann wirksam Klimaschutz betreiben, wenn es geschlossen handelt, und nur dann sind positive Impulse für ein nachhaltigeres Wachstum und neue Arbeitsplätze zu erwarten. Darüber hinaus tragen die Klimaschutzmaßnahmen der EU zu einer Senkung der Energieausgaben bei: 2010 hat Europa rund 50 Milliarden Euro mehr für Erdölimporte ausgegeben als 2009. Das entspricht fast einem Drittel der gesamten Ausgaben der EU-Mitgliedstaaten für Forschung und Entwicklung. Durch eine Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und eine verstärkte Nutzung der erneuerbaren Energie ließe sich vermeiden, dass bei jeder Erhöhung des Ölpreises riesige Summen ins Ausland abgeführt werden. Die Mittel könnten stattdessen in die Forschung, Bildung oder andere Wachstums- und Beschäftigungsmaßnahmen fließen.

Entschlossene, schnelle klima- und energiepolitische Maßnahmen der EU würden bis 2020 unterm Strich 1,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, beispielsweise in den Branchen der Gebäudeisolierung oder der intelligenten Stromnetze in Europa. Wenn wir nicht gemeinsam handeln, dürften sich unsere Einfuhren an fossilen Brennstoffen bis 2050 verdoppeln. Mit gezielten Maßnahmen können wir diese Einfuhren stattdessen um mehr als 50 % reduzieren. Die durchschnittlichen Brennstoffkosten werden dann um 175 bis 320 Milliarden Euro pro Jahr sinken.

Mit dem globalen Dachfonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energien hat die Kommission einen innovativen globalen Risikokapitalfonds geschaffen, der private Investitionen in Projekte für Energieeffizienz und erneuerbare Energie in Entwicklungs- und Schwellenländern fördern soll. Während die EU zwischen 2007 und 2010 lediglich 80 Millionen Euro zu diesem Fonds beigesteuert hat, werden private Investitionen von rund 300 Millionen Euro erwartet. Die Bereitstellung von EU-Mitteln zur Finanzierung der technologischen Entwicklung und zur raschen Verbreitung neuer Technologien (beispielsweise für die CO₂-Abscheidung und – Speicherung) hat den Vorteil, dass das Risiko innovativer Demonstrationsprojekte bei der Ersterprobung einer neuen Technik gestreut wird. Es erscheint sinnvoll, das Risiko der Entwicklung neuer Klimaschutztechnologien mit Hilfe des EU-Haushalts zu verteilen. Denn das Ergebnis kommt allen Ländern zugute.

Das EU-Umweltprogramm LIFE+ fördert Partnerschaften, die anders nur schwer zustande kämen. Ressourcen und Erfahrungen werden verstärkt gebündelt, was die Maßnahmen im Vergleich zu isolierten Aktionen einzelner Mitgliedstaaten wirksamer macht. Das Programm, das auch Klimaschutzmaßnahmen umfasst, ist mit insgesamt 2,2 Milliarden Euro (rund 300 Millionen Euro pro Jahr) ausgestattet. Zwar ist das Programm selbst nicht sehr umfassend, doch hatten die einzelnen Projekte oft eine überdurchschnittlich große Wirkung.

Der Nutzen solcher Projekte für die Umwelt ist oft vielfältig: Ein österreichisches LIFE-Projekt mit der Bezeichnung „Donauufer“ ist ein gutes Beispiel hierfür. Im Rahmen dieses Projekts kleinen Maßstabs wurden die natürlichen Ufer und Überschwemmungsgebiete in einem drei Kilometer langen Abschnitt der Donau wiederhergestellt. Der Nutzen war jedoch weit über das Gebiet in unmittelbarer Nähe des Projekts hinaus zu spüren. Das Projekt trug nicht nur lokal zum Schutz bedrohter Fisch-, Pflanzen- und Vogelarten wie des Seeadlers bei, sondern verringerte durch die Verlangsamung der Strömung und die Öffnung von Durchlässen zu den Augewässern auch das Überschwemmungsrisiko im nahegelegenen Hainburg sowie im stromabwärts gelegenen Pressburg. Das renaturierte Gebiet, das von unzähligen Experten besichtigt wurde, dient als Vorbild für ähnliche Initiativen entlang der Donau und anderen Flüssen. Die Kosten des Projekts waren jedoch mit nur 1,7 Millionen Euro gering (davon 0,7 Millionen Euro aus dem EU-Haushalt).

Schlamm vergolden: Die Abwasserreinigung ist ein Kernstück der EU-Umweltschutzvorschriften, da Wasser eindeutig zu den gemeinsamen Ressourcen zählt. Bei der Abwasserreinigung entsteht Klärschlamm: Jedes Jahr fallen in Europa neun Millionen Tonnen Klärschlamm an. Dieser Schlamm enthält genügend Energie für die Deckung des Strom- und Heizbedarfs von 1,7 Millionen Haushalten. Doch Klärschlamm ist ein umweltpolitisch heikles Thema. Es gilt, erst einmal die Öffentlichkeit von seiner Verwendung zu überzeugen. Im Rahmen des LIFE-Projekts mit der Bezeichnung „MAD but Better“ (MAD = mesophile anaerobe Faulung) wurde ein vollständiges Klärverfahren entwickelt, das sich sehr leicht für viele verschiedene Abfallbranchen anpassen lässt. Das Projekt hat sich als wegweisend für eine bessere Abwasserbewirtschaftung erwiesen. Die MAD-Technik ist inzwischen zum Standardverfahren für die Abwasserbehandlung in allen Kläranlagen Großbritanniens geworden. Bis August 2007 entstanden vier Werke, die sich der enzymgesteuerten Hydrolyse bedienen. Fünf weitere wurden in Auftrag gegeben. Zwölf EU-Mitgliedstaaten und 26 andere Länder in aller Welt wollen ähnliche Anlagen einrichten. Einen besonderen Anreiz bildet der niedrige Preis: Die Kosten der Schlammabeseitigung sinken auf nur 210 Euro pro Tonne Trockenschlamm, also um 50 % im Vergleich zu den üblichen Deponiekosten. Der durch dieses Verfahren hergestellte Schlamm dient Landwirten als Düngemittlersatz. Sie sparen so rund 175 Euro pro Hektar. Das Europäische Erdbeobachtungsprogramm GMES könnte der Industrie Einnahmen von rund 6,9 Milliarden Euro im Jahr bringen, was 0,2 % des jährlichen BIP der EU entspricht. Natürliche und vom Menschen verursachte Katastrophen in Europa, Amerika, Asien und Afrika haben vor dem Hintergrund gestiegener Sicherheitsanforderungen noch deutlicher gemacht, dass wir verbesserte Erdbeobachtungssysteme brauchen. Mit Hilfe der Europäischen Initiative für Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES) werden einschlägige Daten gesammelt, beispielsweise über die Umweltverschmutzung, Überschwemmungen, Flüchtlingsbewegungen, Waldbrände oder Erdbeben. Politische Entscheidungen können auf der Grundlage dieser Daten getroffen werden. Die GMES-Initiative birgt ein großes Potenzial für den Dienstleistungsmarkt, der die Daten gratis verwenden kann. Der Nutzen, den die GMES-Initiative im Zeitraum 2006 bis 2030 bringen könnte, wird mit 0,2 % des aktuellen jährlichen BIP der EU beziffert. Bezieht man sämtliche GMES-Dienste ein, könnte der Nutzen 130 Milliarden Euro (zu Preisen von 2005) oder rund 6,9 Milliarden Euro pro Jahr betragen.

4.4 Die ENP und ihr Krisen und Katastrophenmanagement

Um zu Betrachten wie die ENP im Bezug auf regionale Krisen ihrer Nachbarländer reagiert, müssen wir uns die partiellen Wirkungsfelder der Nachbarschaftspolitik ansehen. Dabei betrachten wir jene Länder an die sich die ENP richtet und über ein geringes Demokratieverständnis und kaum institutionell etablierte Grundfreiheiten verfügen. Wenn es heißt politische Reformen in den jeweiligen Zielländern zu erreichen, dann muss vor allem die Ausgangslage dieser Länder berücksichtigt werden. Es wäre unfair zu behaupten, die schlechte Demokratieförderung wäre alleinig einer ineffizienten Nachbarschaftspolitik anzulasten. Es müssen ebenso die anderen Gegebenheiten und Faktoren werden längerfristige Erfolge erzielen zu können.

Krisenherde und Konfliktfelder die durch eine koordinierte Nachbarschaftspolitik in Angriff genommen werden sind die Außen und Sicherheitspolitik, die Migrationsströme,

Eine von der Europäischen Nachbarschaftspolitik unterstützte Reform des Justizsystems und die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität kommt nicht nur den betroffenen Ländern zugute, sondern auch den Bürgern und Wirtschaftsteilnehmern in der Union. Hierdurch können Frieden, Stabilität und Demokratie in Europa gesichert und EU-Mittel eingespart werden, die ansonsten für Krisenprävention, verstärkte Grenzkontrollen und die Bekämpfung illegaler Einwanderung eingesetzt werden müssten.

Bei Krisen und Katastrophen leistet die Europäische Union in erster Linie humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe. Wie wichtig das Handeln der EU in diesem Bereich ist, wird durch die wachsende Häufigkeit, Intensität und Komplexität humanitärer Krisen sowie von Naturkatastrophen und vom Menschen verursachter Katastrophen überall auf der Welt verdeutlicht. Global betrachtet hat sich die Zahl der Naturkatastrophen zwischen 1979 und 2010 verfünffacht. Allein 2010 ereigneten sich weltweit 950 Katastrophen (davon fünf Großkatastrophen), die Hunderte Millionen von Menschen in Mitleidenschaft gezogen haben. Auch Europa ist gefährdet: Überschwemmungen und Waldbrände, Erdbeben und extreme

Wetterbedingungen nehmen zu. Für das Jahr 2010 belaufen sich die wirtschaftlichen Kosten humanitärer Krisen auf schätzungsweise 100 Mrd. EUR. Das Problem dürfte sich in Zukunft noch verschärfen: Es wird damit gerechnet, dass die Zahl der von Klimakatastrophen betroffenen Menschen bis 2015 jährlich um 375 Millionen ansteigen wird. Die Europäische Union auf diese wachsenden Herausforderungen mit humanitärer Hilfe und Katastrophenhilfe effizienter und wirkungsvoller reagieren, als wenn die Mitgliedstaaten einzeln versuchten, die Auswirkungen der Krise in Europa und anderswo zu bewältigen.

Bei der Bereitstellung humanitärer Unterstützung steht die EU weltweit an der Spitze: Auf sie entfallen rund 50 % der offiziellen humanitären Hilfe. Die Kommission ist weltweit der zweitgrößte Geber humanitärer Hilfe. Schon das bloße Volumen des EU-Budgets für humanitäre Hilfe ermöglicht eine Optimierung der andernfalls zersplitterten Anstrengungen und fördert eine solide Arbeitsteilung. Ein Beispiel hierfür sind die so genannten „vergessenen Krisen“ - Katastrophen oder Konflikte, die nicht mehr in den Schlagzeilen sind, aber deren Opfer internationaler Unterstützung bedürfen. So hat sich die Kommission dafür eingesetzt, die internationale Aufmerksamkeit auf die Krise in der Sahelzone (Burkina Faso, Tschad, Mali, Mauretanien und Niger) zu lenken, die unter chronischer Regenarmut, politischer Instabilität, hohen Nahrungsmittelpreisen und Epidemien leidet, welche die bereits schwierige Situation der Bevölkerung noch verschärfen, was aber im Ausland kaum wahrgenommen wird.

Eine wirksame Reaktion auf zunehmend komplexere Krisen übersteigt häufig die Kapazitäten eines einzelnen Mitgliedstaates - oder ist nur zu exorbitanten Kosten möglich. Die Europäische Union hingegen verfügt aufgrund ihrer gemeinsamen Ressourcen und der vorhandenen nationalen Fähigkeiten über ausreichende Mittel, Erfahrungen und Expertise, um effizient und kostenwirksam einzugreifen.

Beispielsweise wurde nach dem Erdbeben auf Haiti im Januar 2010 eine gemeinsame Vorgehensweise der EU und ihrer Mitgliedstaaten zur Unterstützung des Wiederaufbaus eingeführt. Auf der Geberkonferenz für den Wiederaufbau Haitis im März 2010 in New York sagten die EU und die Mitgliedstaaten Mittel in Höhe von 1,234 Mrd. EUR zu, wovon 522 Mio. auf die EU entfallen sind. Durch dieses gemeinsame Engagement wurden Sichtbarkeit und Bedeutung der EU als größter internationaler Geber für den Wiederaufbau deutlich hervorgehoben.

Die Mitgliedstaaten und die EU führten ferner eine gemeinsame Programmplanung durch, die zu einer überarbeiteten gemeinsamen Strategie für den Zeitraum 2011-2013 führte. Hierdurch soll ein besser abgestimmtes und effektiveres Handeln von EU und Mitgliedstaaten erreicht werden.

4.5 Kritik an der Europäischen Nachbarschaftspolitik

Wie schon bereits zu Beginn dieser Arbeit erwähnt, entstehen in der Nachbarschaftspolitik oft Spannungen allein durch die Formulierung von Zielen. Brüne beschreibt die Zielkonflikte in der Europäischen Nachbarschaftspolitik indem er sagt:

„In einschlägigen öffentlichen Diskussionen wird – von staatlicher und nicht staatlicher Seite – gerne der Eindruck erweckt, als ließen sich in der Regel allgemein und eingängig formulierte Ziele (Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft, Festigung der Demokratie, Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten etc.) konfliktfrei und ohne politische und ökonomische Verlierer realisieren. Das Gegenteil ist richtig...“¹¹⁶

Die verantwortlichen Akteure der Nachbarschaftspolitik sollten mit einer grundlegenden Empathie in das Leben der jeweiligen Nachbarländer eintauchen. Sie müssen sich darüber bewusst sein, dass sie zwangsläufig mit Vorurteilen behaftet sind und an neue Gegebenheiten mit einer reflektierenden Betrachtungsweise herangehen müssen. Dabei müssen die bestehenden Prozesse ebenso reflektiert, adaptiert und notfalls sogar revidiert werden.

Ein wesentlicher Kritikpunkt ist auch, dass durch die Europäische Nachbarschaftspolitik die Kommission die Möglichkeit erlangt, die externen Beziehungen mit den jeweiligen Nachbarstaaten zu gestalten. Dazu ein Ausschnitt eines Interview mit einem Mitarbeiter der Kommission aus dem Jahr 2004:

„with ist plethora of rhetorical devices, the Council of Ministry may have appeared as the most influential arbitror of EU foreign policy. But when it came to „real“ foreign policy impact of the EU in the last decade, the power lay with the Commission.“¹¹⁷

¹¹⁶ siehe Brüne, 2000, Seite 214

¹¹⁷ vgl. Judith Kelley: *New Wine in Old Wineskins: Promoting Political Reforms through the New European Neighbourhood Policy*, 2006, Seite 31.

Weiters kann nicht hierbei auch nicht außer Acht gelassen werden, dass die tatsächlichen Betreiber¹¹⁸ alle ausnahmslos in ihrer Laufbahn am Erweiterungsprozess mitgearbeitet haben. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass die Union im Prinzip die Nachbarschaftspolitik unter anderem dafür gegründet hat, um eine „weichere“ Variante der Erweiterungspolitik mit der ENP weiterzuführen.

Was bedeutet diese Entwicklung allerdings für den Nationalstaat? Das Übertragen von Tätigkeitsfeldern und Befugnissen an inter oder supranationale Organisationen widerspricht doch dem Streben von nationalen Regierungen, die ja auch innerhalb des Mehrebenensystems der Europäischen Union bestrebt sind möglichst viel Souveränität¹¹⁹ und Macht zu erhalten.

Das Verhalten von Nationalstaaten kann im Bezug auf die Regelübernahme allerdings durch das „Balancing“ oder die „Bandwaggoning“ Strategie erklärt werden. Nach Stephen Walts versuchen Staaten im „Balance of Threat“ Konzept¹²⁰ eine Bedrohung auszubalanzieren. Dabei wird die Bedrohung abgewogen zwischen der geographischen Nähe, den jeweiligen militärischen Fähigkeiten und den wahrgenommenen aggressiven Intentionen.

Nach Randall Schweller steht den Staaten auch die Möglichkeit auf das „Trittbrett“ aufzuspringen und die „Bandwaggoning“ Strategie anzuwenden.¹²¹

Prinzipiell muss man allerdings auch die Frage stellen, ob es bei der ENP vorwiegen nicht um den Zugang zu neuen Märkten geht und die humanitären Ziele hierbei zu kurz kommen.

118 Die Mitarbeiter der Direction General für externe Beziehungen.

119 Souveränität bedeutet den Ausschluss von externen Akteuren und Einflüssen auf das jeweilige Territorium eines bestimmten Staates. Vgl. Dazu Krasner 1999, Seite 4. Krasner unterscheidet drei Formen von Souveränität: die internationale rechtliche Souveränität, die innenpolitische Souveränität und die interdependenz Souveränität.

120 Stephen Walts, 1987

121 vgl. Stephan Hofer, 2007. „Energiesicherheit durch Regelexport“, Seite 20.

4.6 Analyse der Beziehungen zwischen der EU und den Mittelmeerländern

Die ungleiche Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den südlichen Nachbarstaaten führt auch zu stärkeren wirtschaftlichen Spannungen. Der Aufbau von Institutionen erweist sich als problematisch, da das Institutionengefüge nicht von unten nach oben wachsen, sondern sich die Ungleichheiten zwischen den nördlichen und südlichen Mittelmeerstaaten in den Institutionen verfestigen.¹²² Die Kommission vertritt die Interessen der Europäischen Union, die wiederum durch die Interessen der Mitgliedsstaaten geprägt ist, und tritt als homogener Akteur gegenüber den Nachbarstaaten auf. Allein durch diese Konstellation ist das Verhältnis in der Nachbarschaftspolitik durch eine Ungleichstellung der Partner vorgegeben. Weiters sind zwar die finanziellen Mittel, welche die EU den Projekten im Rahmen der Nachbarschaftspolitik zur Verfügung gestellt hatte zwar hoch, im internationalen Vergleich sind sie allerdings äußerst gering. Während im Jahr 1997 die Mittel für die osteuropäischen Partnerländer 11 Euro pro Kopf betragen, waren es für die Staaten des Mittelmeeres nur drei Euro pro Kopf.¹²³

Bei einer Analyse der Nachbarschaftspolitik fällt auch die zeitlich schleppende Entwicklung der Projekte und der Entwicklung markant auf. Ein Umstand, der auf die EU internen Strukturen zurückzuführen ist. Der Europäische Rat ist für die strategische Ausrichtung der EU Politik im Mittelmeer und im Nahen Osten zuständig, während die Generaldirektion der Kommission (DG RELEX) für die Implementierungen und das Management von Nachbarschaftsprojekten zuständig ist. Dazu gehört auch die Vor- und die Nachbereitung der zuständigen Ausschüsse, sowie die Vorbereitungen der mediterranen Konferenzen und Arbeitsgruppentreffen. Dadurch ist zwar die Kommission ein wichtiger Akteur der Nachbarschaftspolitik, es kommt allerdings oft zu Kapazitäts- und Koordinationsproblemen.

¹²² vgl. Annette Jünemann, ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstandes. Die Euro – Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Orient Jg. 46, 2005, S.361

¹²³ vgl. Bernhard J. Trautner, Die USA und Europa im Nahen Osten: Konkurrenz oder Komplementarität? Reinhard Mutz, Bruno Schoch, Ulrich Ratsch. Friedensgutachten 2001, Münster 2001, S.81

5. Conclusio

Die Frage nach der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Zusammenhang auf deren Demokratie fördernden Komponenten und reformorientierten gesellschaftlichen Auswirkungen in den Nachbarländern Europas standen im Zentrum dieser Untersuchung.

Obwohl die EU über viele Instrumente innerhalb der Nachbarschaftspolitik verfügt Grundfreiheiten und demokratische Tendenzen zu fördern hat die EU meist nur in jenen Fällen agiert, in denen es strategisch für sie von Bedeutung gewesen ist. Weiters hat die EU verabsäumt nicht demokratisches Verhalten der Nachbarstaaten zu sanktionieren oder andere Maßnahmen zu setzen obwohl dies im Widerspruch zu den gepriesenen Zielen der Nachbarschaftspolitik steht.

Des Weiteren verfügt die Europäische Union, sowie auch ihre Nachbarschaftspolitik über ein Glaubwürdigkeitsproblem, da es in den ENP Ländern bislang nicht zu einer deutlichen Verbesserung der Situation gekommen ist.

Die EU hatte als eines ihrer primären Ziele die Stabilität im Zuge der Nachbarschaftspolitik in Angriff genommen. Doch seit der Entstehung der ENP im Jahre 2003 muss sich die Union die Frage stellen wodurch sie die Stabilität erreichen möchte.

In der Vergangenheit hat die Nachbarschaftspolitik auf kurzfristige Maßnahmen gesetzt um Sicherheitsfragen, Handelsbeziehungen und Migrationsströme zu handhaben. Die Erfolge blieben allerdings eher dürftig und die Union leidet bis heute unter einem Glaubwürdigkeitsproblem, wenn sie Sicherheit, Demokratie und Werte überall propagiert jedoch in ihrer Nachbarschaftspolitik nicht auf Wohlstand durch nachhaltige Entwicklungsmaßnahmen in den Regionen setzt, um politische und ökonomische Freiheiten für die Menschen in diesen Ländern zu etablieren.

Im Hinblick auf die derzeitige Situation in den nordafrikanischen Ländern nach dem arabischen Frühling, indem sich einige Länder, wie beispielsweise Lybien von ihren Diktatoren selbst befreit haben, und andere Länder immer noch gegen die Unterdrückung kämpfen, hat die

Europäische Union die Gelegenheit ihre Glaubwürdigkeit wieder herzustellen und eine Strategie in der mediterranen Region zu implementieren, die auch den vorgegebenen Zielen entspricht.

Die südlichen Länder der EU bedürfen allerdings einer raschen realen Unterstützung um diese Strategie durchzusetzen. Diese könnte beispielsweise in Form von Direktinvestitionen oder in längerfristigen Infrastrukturprojekten injiziert werden.

Durch die Förderung einer Infrastruktur kann nachhaltiges Wirtschaftswachstum hergestellt werden, welches der Bevölkerung in den Zielländern zu gute kommt. Dabei kann die EU durch ihre ENP eine wichtige Partnerrolle übernehmen um den Ländern das nötige Know How zu liefern um sie in bestimmten Projekten zu unterstützen. Diese Maßnahmen wären viel sinnvoller als die Organisation von Wahlen oder eine Wahlbeobachtung anzubieten, nachdem man vorher ein halbes Jahrhundert lang den zuvor herrschenden Diktator unterstützt hatte.

Weiters muss die neue Strategie der Europäischen Nachbarschaftspolitik gegenüber jenen Staaten die despotisch und diktatorisch herrschen, die gegen die Menschenrechte und Minderheitenrechte und somit gegen die Grundwerte der Union verstoßen, jene Stellung beziehen die in einer klar distanzierten Position gegenüber solchen Regimen klar erkenntlich ist. Dabei muss es nicht heißen, dass die Nachbarschaftspolitik gegenüber diesen Regimen die Beziehungen generell einstellt, allerdings muss sie sich gegenüber Regimen die sich auf Angst, Folter und gewaltsame Herrschaftsmethoden anstatt auf demokratische Legitimation stützen distanzieren. Wo Menschenrechte verletzt werden, muss die Union eine kritische Position einnehmen und mit einer klaren Stimme sprechen. Das Fehlen solcher klaren Worte oder diplomatischer Reaktionen, die vielerlei Maßnahmen wie die Kündigung von Unterstützungen, von diversen Kooperationen, sowie andere Konditionalisierungsmaßnahmen beinhalten können, könnte wieder zu einem Vertrauens und Glaubwürdigkeitsverlust führen.

Aus diesem Grund muss im Kontext einer Erfolg versprechenden Europäischen Nachbarschaftspolitik auch in manchen Fällen auf härtere Maßnahmen zurückgegriffen werden und darf nicht nur aus Reden und Appellen bestehen. Wie der Fall Syrien wieder bewiesen hat, können selbst Sanktionen der Bevölkerung nicht helfen und dem töten Unschuldiger kein Ende bereiten.

Die Drittstaaten müssen allerdings als Partner die Maßnahmen befürworten. Auch bei bestehenden Regimen, die gegen die eigene Bevölkerung vorgehen muss die Nachbarschaftspolitik jene Kräfte in und außerhalb der Ländern unterstützen, die für einen legitimierten, auf den Grundrechten basierenden, Staat und für die Freiheit kämpfen.

Natürlich ist es unangenehm und gefährlich sich in Bürgerkriege einzumischen, allerdings gibt es viele Formen, wie sich die Union positionieren kann und wie sie den Notleidenden eines Konfliktes helfen kann. Das Ziel muss auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Stabilität die Verfolgung eines am Ende legitimierten Staates sein, der die Freiheiten und die Rechte der darin lebenden Menschen schützt und nicht ihre Unterdrückung forciert. Die EU darf kein Partner von Unterdrückung sein, sondern muss das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit in ihre Institutionen und ihre Politik festigen, indem sie die Freiheiten und Grundwerte sowie die Entwicklungen zur Selbstbestimmung fördert und in jeder Hinsicht unterstützt.

6. Anhang

Literaturverzeichnis

Alpago, : Power und Poverty – is the EU a new planet?

Ausseburg, Muriel: Der Nahost Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. Friedenswarte Heft 2-3, 2001

Bicci, Frederica: Talking tough or talking together?: European security discourses towards the Mediterranean. Mediterranean politics, 11, p. 189 – 207. 2006

Bieling, Hans Jürgen; Steinhilber, Jochen: Die Konfiguration Europas – Zum Wandel kritischer Integrationstheorien.

Bobitsky. 2008

Brauch, Hans Günther; Antonio Marquina; Abdelwahab Biad: Beyond Stuttgart. Prospects for Confidence and Partnership Building Measures in Euro-Mediterranean Relations fort he 21st century, Partnership fort he 21st century, New York/London, 2000

Braudel, :Analyse des Kapitalismus im Bezug zur Peripherie von Ballungsräumen. 1986

Brüne. Stefan: Jenseits benevolenter Rhetorik: Offene Grundfragen europäischer Entwicklungspolitik. In: NORD – SÜD aktuell 14, 2000, S. 296 - 303

Cavatorta, Francesco; Raj Chari, Sylvia Kritzinger: The European Union and Morocco. Security through authoritarianism? Institut für Höhere Studien (IHS)

Casier, Tom: To Adopt or Not to Adopt: Explaining Selective Rule Transfer under the European Neighbourhood Policy. 2011

Chong. Rational Choice and Politics. 1996

Draxler, Jan: Die EU und er Nahostkonflikt - theoretische Prämissen und methodische Probleme bei der Beurteilung der europäischen Nahostpolitik. DA Universität Wien. 2005

Dolowitz, David P.; Marsh, David: Learning from Abroad: The Role of Policy Transfer in Contemporary Policy Making. Governance, Vol.13, Issue 1 pages 5 – 23, 2000.

Donnelly, Jack: the concept of human rights

Elster. Jon. Social Norms and Economic Theory, Journal of Economic Perspectives 1989

Finnemore, Martha; **Sikkink**, Kathryn: International Norm Dynamics and Political Change. International Organization / Volume 52 / issue 04. p.887 – 917. 1998

Giddens, Anthony: Politics, Sociology and Social Theory: Encounters with Classical and Contemporary Social Thought. Cambridge: Polity. 1995

Heidenreich, Martin: Die 5. EU Erweiterung auf der Zielgeraden. 2003

Hellmann, Joel: The Winner Takes All: The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transitions. World Politics 50.2, page 203 – 234. 1998

Hill, Christopher: What is to be Done? Foreign Policy as a Site for Political Action, International Affairs 79, 2, 2003

Hofer, Stefan: Energiesicherheit durch Regelexport. Diss. Universität Wien. 2007

Hughes, James: EU enlargement, Europeanisations and the dynamics of regionalization in the CEEC's. Peter Lang, Belgium. 2003

Johnston, Alastair Ian: Treating International Institutions as Social Environments. International Studies Quarterly 45, p. 487 – 515. 2001

Jünemann, Annette: Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel: Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999

Jachtenfuchs, Markus; Koller, Koch, Beate: International Policy Making as a Learning Process? The European Union and the Greenhouse Effect, Aldershot. 1996

- Jünemann**, Annette: Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstandes. Die Euro – Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Orient Jg. 46. 2005
- Kelley**, Judith: New Wine in Old Wineskins: Promoting Political Reforms through the New European Neighbourhood Policy. 2006
- Kerl**, Stefan: Die Entwicklungszusammenarbeit der EU mit Palästina. DA Universität Wien. 2008
- Klein**, Dieter: Zur Dialektik des modernen Imperialismus. Verlag Junge Welt. 1965. 63 Seiten.
- Kratochwil**, Friedrich: Rules, norms, and decisions: On the conditions of practical and legal reasoning in international relations and domestic affairs. Cambridge University Press. 1989
- Lavenex**, Sandra: Research: Promoting Democracy in the EU's Neighborhood. 2008
- Lavenex**, Sandra: EU external governance in wider Europe, Journal of European Public Policy, 11 (4) 680 – 700.
- Lennon**, David: The European Union and the Middle East. In: Robert J. Guttman. Europe in the New Century. Visions of an Emerging Superpower. Boulder/London 2001
- Manners**, Ian; Whitman, Richard: The Foreign Policies of European Union Member States. Manchester: Manchester University Press. 2000
- March J.G**; Olsen, J.P: The Institutional Dynamics of International Political Orders. International Organizations I, Vol. 52 (4), p. 943 – 969. 1998
- Münkler**, Herfried: Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Assymmetrie. Welbrück. Wissenschaft, Weilerswist. 2006
- Novy**, Andreas: Entwicklung gestalten. 2002
- Nowak**, Manfred: Einführung in das internationale Menschenrechtssystem. Wien. NWV, Neuer Wiss. Verlag., 2002.

Olsen, Johan P, The Many Faces of Europeanization, *JCMS: Journal of Common Market Studies*. Vol. 40, Issue 5, pages 921 – 952, 2002

Ortega, Dr. Olga Martin: Peacebuilding and rule of law in Africa. *Just Peace?* Oxon Routledge 2010, Co – edited with Chanda L. Sriram and Johanna Herman.

Peters, Dirk; **Wagner**, Wolfgang: Die EU in den internationalen Beziehungen. Theorien und Analysekonzepte. Schöningh. UTB, 2005

Pierson, Paul: *Politics in Time: History, Institutions, and Social Analysis*. Princeton University Press. 2004

Poulantzas, Nicos: Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien. Suhrkamp, Frankfurt am Main. 1975

Sachar, Howard M.: *Israel and Europe. An Appraisal in History*. New York. 2000

Schimmelfenning, Frank; **Sedelmeier**, Ulrich: Governance by conditionality. EU rule transfer to the candidate countries of Central and Eastern Europe. 2004

Schimmelfenning, Frank: *Europeanization beyond the member states*, ETH Zürich, 2009

Stokke, Olav: Aid and political conditionality. Published in Collaboration with the European Association of Development Research and Training Institutes. (EADI) Geneva. 1995

Trautner, Bernhard: Die USA und Europa im Nahen Osten: Konkurrenz oder Komplementarität? Reinhard Mutz, Bruno Schoch, Ulrich Ratsch. *Friedensgutachten* 2001. Münster 2001

Ucakar, Karl; **Gschiegl**, Stefan: *Das politische System Österreich und die EU*. 2. Auflage. 2010

Vogler/Bretherthon. Corporate Social Responsibility in the external Relations of the EU. *Oxford Journals. Law. Yearbook of European Law*, Volume 24, Issue 1. page 423 – 462, 1999

Volker, Perthes: *Europe, the United States and the Middle East Peace Process*. Robert D. Blackwill, Michael Stürmer, *Allies Divided. Transatlantic Policies for a Greater Middle East*. Cambridge 1997

Walts, Stephen: The Origin of Alliances. Ithaca, NY: Cornell University Press 1987

Weidenfeld; Wessels: Europa von A-Z. 2010

Wendt, Alexander: Social Theory of International Politics, Cambridge University Press. 1999

Zai, Aram: Entwicklung als Ideologie. Das klassische Entwicklungsparadigma und die post development Kritik. Ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses. Hamburg. 2004

Ziebura. Imperialismus und Kolonialpolitik, 1973

Zimmermann, Moshe: Europa ist schuld. Die tiefen Wurzeln des Nahostkonflikts. Feuilleton Süddeutsche Zeitung. 14.10.2000

Ziltener, Patrick: Strukturwandel Europäischer Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit. Münster: Westfälisches Dampfboot. 1999

Internetlinks:

<http://www.fr-online.de/wirtschaft/kommt-eine-eu-wirtschaftsregierung/-/1472780/2837102/-/index.html>, zuletzt aufgerufen am 4. Sept. 2011

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,677118,00.html>

zuletzt aufgerufen am 4.Sept. 2011

www.ec.europa.eu/world/enp/funding_de.htm, zuletzt aufgerufen am 22.Jänner 2012

www.ec.europa.eu/world/enp/funding_de.htm, zuletzt aufgerufen am 17.Jänner 2012

www.enpi-info.eu/mainmed.php?id=11&id_type=10, zuletzt aufgerufen am 22. September 2011

www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-14988070, zuletzt aufgerufen am 22. September 2011

www.udhr60.ch/report/donnelly-HumanDignity_0609.pdf, zuletzt aufgerufen am 24.Jänner 2012

6.1. Abstract

Diese Diplomarbeit unter dem Titel Demokratieförderung und Konfliktbewältigung durch die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union beschäftigt sich mit den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der EU zu ihren Nachbarstaaten und deren Auswirkungen auf die dortigen Gesellschaften.

In dieser Arbeit sind im Besonderen die Potenziale einer auf soft skill basierenden Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union thematisiert worden, um eine Alternative zu den auf militärischen Mitteln oder anderweitigen intervenierenden Eingriffen in andere Länder, zu liefern.

Nach der theoretischen Einführung und der Beschreibung über die Erklärungsmodelle warum sich Staaten integrieren oder sich an Transformationsprozessen beteiligen, wird die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union genauer beleuchtet. Dies umfasst eine Analyse der Hintergründe der Europäischen Nachbarschaftspolitik, sowie ein Bezug auf deren Entstehung. Weiters befasst sich diese Untersuchung mit den Zielen der Nachbarschaftspolitik und deren realpolitischen Implementierungen.

Der Barcelona Prozess, sowie die MEDA Abkommen werden in weiterer Folge beschrieben und ebenso wie die Nachbarschaftspolitik kritisch beleuchtet.

Im weiteren Kapitel werden die Länder Israel und Marokko als Beispielländer herangezogen um sie im Kontext mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu analysieren. Insbesondere wird hier der Schwerpunkt auf die Konflikte in den Regionen gelegt und analysiert, wie und ob die Nachbarschaftspolitik einen konstruktiven Beitrag dazu leisten kann, diese Konflikte zu minimieren.

Das Conclusio beschäftigt sich auch generell mit der Entwicklungspolitik und wirft die Frage auf welche Rolle die Europäische Union auf der internationalen Bühne spielen möchte. Wird sie nur eine wirtschaftliche Handelsmacht sein, die ihre realpolitischen Interessen nach außen hin vertritt oder wird sie eine andere Rolle einnehmen können.

Eine Rolle die auf ihren, sich selbst konstituierenden Werten, basiert, die den Frieden durch Zusammenarbeit garantieren will. Und lassen sich diese Werte, ebenso wie Demokratiebestrebungen und Friedensförderungen in krisengeschüttelte Regionen an die Außengrenzen Europas erfolgreich und auch nachhaltig umsetzen?

Die Union hat unbestreitbar, das Potenzial zu einer Vorreiterrolle in Friedenssicherung und Konfliktbewältigungsstrategien in den Mittelmeerländern zu werden, allerdings bedarf dies eines mutigeren und entschlosseneren Auftretens. Nur dadurch kann sich die Entwicklung im Nahen Osten oder auch in Nordafrika zu einer vermehrten Demokratisierung und auch einer nachhaltigen Stabilität hin entfalten. Auch der Europäische Steuerzahler sollte, an einer sinnvolleren Verwendung seiner Gelder ein stärkeres Interesse haben.

This thesis, under the title, supportive mechanism for democracy and conflict management through the European Neighbourhood Policy is concerned with the political and economic relations of the 'European Union with their neighbourhood states and the influence the relations could have on different societies.

The aspect lies also on the potential of a soft skill based policy and focused on alternatives to military interventions and instrument to enforce their politics based on violent means.

After the theoretical explanation why states tend to integrate or not and why they want to participate in a transform orientated process, the focus of this diploma thesis lies on an analysis of the European Union Neighbourhood Policy.

This research asks about the background and the intentions of an common European Neighbourhood Policy and ask how its goals are going to be reached.

In this matter the Barcelona process is going to be discussed, as same as the MEDA programs to implement the European Neighbourhood policy in the mediterranean states.

Further on the mediterranean states Israel and Morocco and their conflicts are analysed in the context of the European Neighborhood policy.

Can the European Neighbourhood Policy have an positive influence on the management of conflicts in the mediterranean region. That is one of the main questions of this thesis.

In the conclusion the development policy is also discussed. Questions of the future role of the EU are being raised, like which role is the European Union going to play in the international relations. Are economic intentions the main impetus on the European Neighbourhood Policy or can peace making processes also be sucessfully implemented. How are values being transfered and what positive effects can the Neighbourhood policy bring to the societies of mediterranean countries.

The Union has the potential to encourage a positive democracy promotion and bringing solutions of conflict management to these conflict laden countries.

The thesis comes to the conclusion that through strict and active policy the peace and a stable economy in the middle east and in the northern African countries can be established. The European citizen should also be more concerned of matter of fact how his taxes can be spent to useful projects and not wasted or lost through corruption.

6.2. Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Wohlmuth David
Titel: Magister der Philosophie, Bakkalaureus der Philosophie
Geburtsdatum: 1982
Wohnort: Wien

Bildung

1988 – 1992: Volksschule Aspernallee (1020 Wien)

1993 – 2002: BRG Stubenbastei (1010 Wien)

2003 - 2009 Studium der Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität
Wien (Abschluss Mag. phil, Bakk. phil.)

seit 2005: Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien

2005-2012: 1. und 2. Abschnitt Diplomstudium Politikwissenschaft an der
Universität Wien

Sprachen

- Englisch: in Wort und Schrift
- Französisch: Maturaniveau
- Spanisch: Grundkenntnisse

Studienschwerpunkte Publizistik

- TV
- Werbung und Marktkommunikation
- Public Relations
- Kommunikationsforschung

Studienschwerpunkte Politikwissenschaft

- Europäische Union
- Österreichische Politik
- Internationale Politik

Persönliche Interessen

- Die Geschichte der Europäischen Union
- Eventmanagement
- Entwicklungsarbeit